

KAB

REVISIONISMUS
KRITIK 3

ZUR ENTWICKLUNG DER KPD SEIT 1933

DAS KPD-VERBOT UND SEINE FOLGEN

Probleme der Marxisten-Leninisten der BRD

Zur Entwicklung der KPD und SED
(Nachdruck eines Textes der ehemali-
gen kommunistischen Gruppe "Sparta-
kus" aus dem Jahre 1967)

2. gekürzte Auflage

Preis 1,-

EINLEITUNG

Zur REVISIONISMUSKRITIK haben wir in diesem Heft drei Artikel nachgedruckt, nämlich :

1. PROBLEME DER MARXISTEN-LENINISTEN DER BRD - EINE DISKUSSIONSGRUNDLAGE.

Das ist ein Papier der damals in der KPD arbeitenden revolutionären Gruppe SPARTAKUS (nicht identisch mit heute bestehenden Organisationen dieses Namens) zur Entwicklung der KPD und in der DDR seit 1945. Das Papier stammt vom September/Oktober 1967, und ist damit unseres Wissens die erste in der BRD erschienene grundlegende Kritik am modernen Revisionismus.

Stellungnahmen, die wir als Diskussionsbeiträge übernehmen, ohne uns mit ihnen zu identifizieren

**2. KAB-Revisionismuskritik (1). Kritik an einem Papier des AMS (jetzt MSB).
Nachdruck der 2. Auflage.**

Diesen Texten stellen wir zwei kurze Artikel voran, die sich mit einigen Fragen der Geschichte der KPD beschäftigen, nämlich :

DIE ENTWICKLUNG DER KPD NACH 1933 - DIE ÜBERNAHME DER PARTEIFÜHRUNG DURCH DIE RECHTSOPPORTUNISTISCHE GRUPPE ULBRICHT-PIECK

DAS KPD-VERBOT UND SEINE FOLGEN

Diese Artikel stellen nur eine sehr kurze Einführung in die Problematik dar. Eine umfangreiche Darstellung und Untersuchung der Geschichte der KPD wird voraussichtlich bis Ende des Jahres von SALZ und KAB gemeinsam erarbeitet werden.

Die angekündigte Dokumentation "DKP KONTRA KOMMUNISTEN" entfällt, da das SALZ auf der Basis von umfangreicherem Material als uns bisher zugänglich seit längerem eine entsprechende Darstellung vorbereitet : Abdruck und Kommentierung von Äußerungen der DKP-Führer gegen die Hamburger Kommunisten.

Wir werden uns an dieser Arbeit des SALZ beteiligen. Auf das Erscheinen der Dokumentation wird hingewiesen werden.

Die Entwicklung der KPD nach 1933

Der alte Revisionismus in der SPD entstand u. a. auch als Folgeerscheinung der Unterdrückung der Sozialdemokratie durch die Bismarck-Regierung.

Die Illegalisierung der Sozialdemokratie führte einerseits zu anarchistischen Stimmungen in der Partei, andererseits aber auch - besonders nach Lockerung der Verfolgung - zum opportunistischen Zurückweichen vor der Reaktion.

Lenin merkte an:

"... Als 1890 eine Wendung zu 'Zugeständnissen' eintrat, erwies sich diese - wie immer - als noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung, da sie den ebenso einseitigen Wiederhall des bürgerlichen 'Reformertums' hervorrief: den Opportunismus in der Arbeiterbewegung." (Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung)

Auch der Übergang des Kapitals zur faschistischen Herrschaft Anfang 1933 hatte eine Stärkung des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung zur Folge.

Vor der faschistischen "Machtergreifung" hatte die KPD in der Einschätzung des Imperialismus allgemein sowie der Rolle von NSDAP und SPD eine Reihe "linker" Fehler gemacht.

Diese fanden vor allem ihren Ausdruck in der These von der SPD als "sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie" und Hauptkraft der Faschisierung ("Sozialfaschismus"). Die KPD hielt auf Grund dieser falschen Einschätzung zu lange daran fest, den "Hauptstoß gegen die SPD" zu führen. In der Bündnispolitik propagierte die KPD die "Einheit ausschließlich von unten", d. h. ohne die Einbeziehung der SPD-Führung in Bündnis-Angebote.

Ihre Fehler hinderten die KPD, rechtzeitig die Arbeiterklasse zum anti-faschistischen Kampf zu mobilisieren, eine breite Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen und auf der Basis einer konsequenten Politik die Führung in dieser Einheitsfront zu gewinnen.

Neue Strategie und Taktik

Der Sieg des Faschismus zwang zur Überprüfung der bisherigen Politik. Unter dem erdrückenden Eindruck des Sieges des Faschismus entwickelten sich jedoch innerhalb der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE allgemein und in der KPD ganz besonders resignative, pessimistische Stimmungen in Bezug auf die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung, verbunden mit einer allzu optimistischen Einschätzung der zukünftigen Rolle der SPD und der bürgerlich-demokratischen Kräfte.

Aus den "Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis" wurde die Möglichkeit ganz neuer Dimensionen der Bündnispolitik hergeleitet und eine besondere "demokratisch-antifaschistische" Etappe erfunden.

Damals wurde von der KPdSU-Führung bereits der "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion" und das Ende des Klassenkampfes verkündet. Daraus wurde nun eine "allgemeine Stärkung der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der Welt" gefolgert sowie eine "gewaltige Steigerung der Autorität und des internationalen Gewichts der UdSSR", und diese Einschätzung "wirkte auch unmittelbar auf die Strategie und Taktik der Kommunistischen Parteien, darunter auch der KPD, ein." (S. Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin/DDR 1966, S. 88)

Es gab - wie einige Wortführer innerhalb der KOMINTERN behaupteten - "ein neues Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen Maßstab, das die kommunistischen Parteien verpflichtet, eine Reihe grundlegender Probleme der Strategie und Taktik auf neue Art zu stellen" (Manuilski, VII. Kongress der KOMINTERN, August 1935) und daher "neue und grössere Möglichkeiten der Gewinnung breiterer Massen, der Schaffung der breitesten Einheitsfront und Volksfront" (Ulbricht, Brüsseler Konferenz der KPD, Oktober 1935).

"Der Kampf um den Frieden bot die Möglichkeit, breiteste Volksschichten gegen die faschistischen Kriegstreiber zu sammeln. Das hatte tiefgreifende Wirkungen auf die strategisch-taktische Konzeption der KPD" (Vietzke, S. 89)

Rechtsopportunistische Bündnispolitik

Das führte nicht nur zu opportunistischen Angeboten an die SPD-Führer, "sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und den Faschismus jedes Angriffs auf die Sozialdemokratie (zu) enthalten" (Einheitsfrontangebot der KPD vom 10. März 1935), sondern zur Anbiederung sogar an Reaktionäre und faschistische Splittergruppen.

So erklärte man sich auf der Brüsseler Konferenz 1935 bereit, "auch mit Brüning zusammenzuarbeiten", dem Reichskanzler von 1930-32 und Wegbereiter des Faschismus (Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Zusatzband, S. 84).

Die Kontaktaufnahme zur Strasser-Gruppe (Anfang der 30er Jahre aus der NSDAP ausgeschlossen - vertrat als "Schwarze Front" extrem reaktionäre Ziele, die sich am Wirtschafts- und Gesellschaftsleben des Mittelalters orientierten!) scheiterte nur deshalb, weil linke Sozialdemokraten - mit denen es sich die KPD-Führer nicht verderben wollten - entschieden Protest einlegten (Ulbricht, s. o., Bd. II, 2. Zusatzband, S. 64)

An die Stelle des "Links"opportunismus trat eine rechtsopportunistische Bündnispolitik der "Einheit um jeden Preis" gegenüber der SPD und der Spekulation auf reaktionäre bürgerliche Parteien und Politiker bis hinein in die Reihen des Faschismus.

"Lieber eine Niederlage im Kampf als ohne Kampf"

Die Durchsetzung dieser Politik in der KPD war mit einigen Schwierigkeiten verbunden, obwohl durch die Verhaftung Thälmanns (offenbar durch Verrat war er schon am 3. März 33 als erster Führer der KPD in seinem geheimen Quartier festgenommen worden) der wichtigste potentielle Gegner des neuen Kurses nicht mehr aktionsfähig war.

Letztmals am 7. Februar hatte Ernst Thälmann auf einer bereits illegalen Sitzung des ZK der KPD gesprochen. In einer langen Rede hatte er versucht, die sich aus dem Sieg des Faschismus ergebenden Aufgaben der KPD zu entwickeln. Thälmann konnte diese Rede nicht zu Ende halten, da er von Ulbricht - der den Vorsitz führte - mit der Bemerkung unterbrochen wurde, der geheime Sitzungs-ort sei verraten worden. Die ZK-Sitzung wurde aufgelöst. Mehrere Stunden später traf tatsächlich Polizei in dem inzwischen verlassenen Lokal ein.

Das ZK beschloß aber die "Verbreitung" der vollständigen Rede Thälmanns wegen deren politisch-theoretischer Bedeutung: "Die Rede wird illegal gedruckt und verbreitet". Das geschah indessen nicht. Der DDR-Historiker Vietzke kommentiert mit gespielter Naivität: "Offensichtlich gelang dieses Vorhaben unter dem Druck des faschistischen Terrors nicht mehr" (Vietzke, S. 101) - obwohl es zweifellos ein leichtes gewesen wäre, die Rede Thälmanns später vom Ausland aus illegal zu verbreiten.

Aus dieser offenbar strategisch und taktisch bedeutsamen Rede Thälmanns liegen bis heute leider nur isolierte Zitate vor, die u. a. im Artikel Ulbrichts "Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis" und im Offenen Brief "Ernst Thälmann ruft zur antifaschistischen Einheitsfront" vom 27. Februar eingesetzt worden waren, um den bei den Arbeitern populären Namen Thälmann für die rechtsopportunistische Linie zu beschlagnehmen.

Zu lebendig aber war in der deutschen Arbeiterklasse die Erinnerung an Ernst Thälmann:

"Die Leitung hatte große Mühe, die Genossen davon zu überzeugen, daß es falsch wäre, zum bewaffneten Aufstand überzugehen ..." (Vietzke, S. 102 - Fußnote)

Die kommunistischen Arbeiter Berlins sagten "Lieber eine Niederlage im Kampf als ohne Kampf" - "ähnliche Mittelungen liegen aus Hamborn, Wanne-Eickel, dem Saargebiet und aus anderen Parteiorganisationen vor..." (Vietzke, S. 102, Fußnote).

Das Mitglied des Politbüro, Hermann Remmele, erklärte auf einer Sitzung des Politbüro am 20. März 33:

"...daß es besser gewesen wäre, eine Niederlage zu erleiden, als...in die Illegalität zu gehen".

Die Opportunisten setzen sich durch

Zumindest bis zum Herbst 1934 behielten im Politbüro des ZK der KPD (damals Sitz in Paris) die Gegner des neuen Kurses um Hermann Schubert und Fritz Schulte die Mehrheit, während Ulbricht und Pieck als Vertreter des Rechtsopportunisten isoliert blieben.

Das entsprach der Lage in Deutschland selbst, wo vor allem im Ruhr- und Saargebiet, in Berlin und Hamburg die illegalen Zellen den Kampf auf der Thälmannschen Politik fortsetzen wollten.

Entscheidend für die Durchsetzung der Ulbricht-Pieck-Gruppe war die Zerschlagung gerade der aktivsten, bewußten und militanten Partei-Zellen durch den Faschismus und der Bruch in der Kontinuität der politischen Leistungstätigkeit in Deutschland:

Bis Mitte 1935 waren von 422 führenden Funktionären der KPD mehr als die Hälfte - 219 - verhaftet; in einigen Bezirken waren von März 1933 bis April 1935 bis zu acht Leitungen nacheinander tätig!

Wie sich ganz allgemein das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Arbeiterklasse verschob, so wurde im besonderen die Avantgarde des Proletariats entscheidend geschlagen - physisch vernichtet oder demoralisiert. So war für die Durchsetzung des Rechtsopportunisten in der KPD eine objektive Grundlage gegeben. Dazu kam, daß die Ulbricht-Pieck-Gruppe der Unterstützung der KOMINTERN-Führung sicher war und dadurch die im Ausland hergestellte illegale Partei-Presse kontrollierte.

Die Tagung des Politbüros der KPD vom 19. - 23. Oktober 1934 endete noch mit einer mehrheitlichen Verurteilung der Ulbricht-Pieck-Gruppe als rechtsopportunistisch. Das Exekutivkomitee der KOMINTERN (EKKI) gab daraufhin am 27. Oktober eine Erklärung zugunsten der Ulbricht-Pieck-Gruppe ab und erklärte die Mehrheit des Politbüros der KPD zur "linksektiererischen Abweichung". Ein weiterer derartiger Beschluß des EKKI folgte am 19. Januar 1935.

Wenige Tage später, Ende Januar 1935, gelang es der Ulbricht-Pieck-Gruppe erstmals, auf einer Sitzung des ZK eine Mehrheit für ihren Kurs zu gewinnen (dies war kein ordnungsgemäß zustande gekommenes, d. h. gewähltes ZK, da die meisten Parteiführer inhaftiert oder ermordet waren). "Nach der Januar-Tagung begann der Kampf der leninistischen Kräfte in der Parteiführung um die vollständige ideologische Zerschlagung des Sektiererturns und um die Durchsetzung der vom ZK beschlossenen Politik in der ganzen Partei." Hierzu wurden spezielle "Instrukteure" nach Deutschland geschickt, die die Partei-Einheiten im Sinne des neuen Kurses zu bearbeiten hatten. (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin/DDR, Bd. X, S. 95).

Nach dem VII. Weltkongress der KOMINTERN fand im Oktober 1935 in Moskau die sogenannte Brüsseler Konferenz der KPD statt, auf der ein Programm der KPD für den Sturz des Hitler-Regimes beschlossen wurde.

"Die Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen und die Klärung des Charakters des Faschismus als offener terroristischer Diktatur des Monopolkapitals führte die Konferenz zu dem Erkenntnis, daß auch in einem hochentwickelten imperialistischen Land wie Deutschland, in dem schon seit der Jahrhundertwende die sozialökonomischen Voraussetzungen herangereift waren, die demokratische Umwälzung notwendig war... Unter den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen konnte der Sturz der faschistischen Diktatur also nicht durch den unmittelbaren Kampf um die sozialistische Revolution und um die Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt werden, sondern die Massen mußten auf der Grundlage eines demokratischen Programms für die nächsten Schritte zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur gewonnen werden... Ausgehend von dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen den reaktionärsten Cliquen des Finanzkapitals und allen anderen sozialen Gruppen, legte die Parteikonferenz fest, die Volksfrontpolitik als eine spezifische Form der Bündnispolitik zu entwickeln..." (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. X, S. 119 und 123).

Diese Programmatik wurde vertieft auf der sogenannten "Berliner Konferenz der KPD", die Anfang 1939 in der Nähe von Paris stattfand.

In einer Resolution dieser Konferenz hieß es u. a. :

"Das ZK der KPD wiederholt nachdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der KPD fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen..."

Es wurden - wie oben aufgezeigt - in den Jahren 1934/35 und folgenden tiefgreifende Änderungen in der Strategie und

Taktik vollzogen, die im wesentlichen mit angeblichen Veränderungen in der Sowjetunion begründet wurden.

Indessen erweist sich die Verkündung des "Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion" zu jener Zeit als völlig willkürlich, - ebenso wie die Behauptungen, in der Sowjetunion seien "die kapitalistischen Elemente restlos liquidiert" (Geschichte der KPdSU/B, S. 414) und es gebe nunmehr "keine antagonistischen Klassen mehr" (Stalin, Über die Verfassung der UdSSR, 1936).

Gerade auf diese willkürlichen Festlegungen stützte sich aber die Theorie vom "veränderten Kräfteverhältnis in der Welt".

Die Strategie der "Volksfront" mußte - weil sie auf falschen Voraussetzungen basierte - notwendigerweise bankrott machen. Die "Volksfronten" in Spanien und Frankreich während der 30er Jahre waren nicht von langer Dauer. Allgemein gesprochen hat die Arbeiterklasse bis heute mit dieser glorreichen Strategie nur Mißerfolge erlitten.

DIE THEORIE VON DEN "ZWEI FRAKTIONEN"

Wesentliche Grundlage der "Volksfront"-Strategie war die Dimitroffsche "Zwei-Fraktionen"-Theorie.

Unter dem Einfluß Dimitroffs (damals KOMINTERN-Vorsitzender) bezeichnete das XIII. Plenum des EKKI (Dezember 1933 den Faschismus als "die offen terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", d.h. Diktatur nicht der Bourgeoisie schlechthin, sondern eines Teils von dieser.

Der DDR-Historiker Vietzke schreibt dazu : "Das Neue bestand in der Feststellung, daß der Faschismus nicht eine terroristische Herrschaftsform der Großbourgeoisie schlechthin, sondern die offene terroristische Diktatur ihrer reaktionärsten und aggressivsten Clique darstellt.

Diese präzisere Definition half den Kommunistischen Parteien, den Hauptstoß des Kampfes der Völker noch zielgerichteter gegen die ausgesprochen faschistischen Kreise der Monopolbourgeoisie zu richten und eine Bündnispolitik für den Kampf gegen den Faschismus auszuarbeiten, die auch auf die Gewinnung der nichtfaschistischen Teile der Bourgeoisie gerichtet war" (Vietzke, S. 45).

Vietzke konstruiert eine "Kräfteverschiebung im Lager des deutschen Monopol- und Bankkapitals", die angeblich der Regierungsübernahme des Faschismus zugrunde lag. Vietzke zufolge hätte in der Weimarer Republik "die gesamte in sich sehr differenzierte Großbourgeoisie" die politische Macht ausgeübt.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik (Regierungen Brüning, Papen, Schleicher) sei dann eine "Umgruppierung der Kräfte im Lager des deutschen Finanzkapitals vor sich gegangen", und zwar auf Kosten jener "Gruppierungen der Großbourgeoisie, ... die auf dem Gebiet der Innenpolitik noch nicht vollständig mit den bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen gebrochen hatten und außenpolitisch stärker am internationalen Handel als an bewaffneten Aggressionen interessiert waren." Im Januar 1933 schließlich hätten dann die "reaktionärsten und aggressivsten Teile" des Großkapitals "die politische Macht vollends übernommen" (Vietzke, S. 41).

Von seinen eigenen kühnen "Differenzierungen im Lager der Großbourgeoisie" mitgerissen, konstruiert Vietzke auch gleich noch "zwei Fraktionen" jenes zuletzt genannten "reaktionärsten und aggressivsten" Teils der Großbourgeoisie, zwischen denen dann ein "heftiger Kampf um den politischen Führungsan-

spruch im faschistischen Staate" stattgefunden habe (Vietzke, S. 43), nämlich :

■ Dresdner Bank, Thyssen, Flick, Krupp, Blomberg (Reichswehrminister), Göring (Luftwaffe, Rüstungsindustrie) und die Vereinigten Stahlwerke - als die besonders reaktionäre "Fraktion"

■ Deutsche Bank, Siemens, AEG, IG Farben (!), Schmitt und Darré (zwei später zurückgetretene Minister für Wirtschaft bzw. Landwirtschaft), Schleicher (Reichswehr), Röhm (SA) und Gregor Strasser ("linker" Flügel der NSDAP)

(Vietzke, S. 43)

In der Zerschlagung der Röhm-Strasser-Gruppe und der SA im Sommer 1934 sieht Vietzke daher nicht in erster Linie die "Niederschlagung der kleinbürgerlichen Opposition" innerhalb des Faschismus, sondern den "Ausdruck des Machtkampfes zwischen den reaktionärsten und aggressivsten Gruppierungen des deutschen Finanzkapitals" (Vietzke, S. 43).

Aus der einfachen und von Marxisten nie bestrittenen Tatsache, daß innerhalb der Kapitalistenklasse zahlreiche zum Teil sehr scharfe Widersprüche bestehen, folgern die revisionistischen Theoretiker auf die Existenz immer neuer "Fraktionen des Kapitals", immer neuer "Differenzierungen" (vielleicht wird es eines Tages gelingen, den wirklich "allerreaktionärsten" Kapitalisten ausfindig zu machen und zu isolieren ??), unter denen die Arbeiterklasse unter Hintanstellung ihrer eigenen Kampfziele (Diktatur des Proletariats, Sturz der Bourgeoisie) ihre potentiellen Verbündeten zu suchen haben soll.

Es ist - einige Schritte in diese Richtung gegangen - nur konsequent, daß Walter Ulbricht die von der NSDAP abgespaltene faschistische Strasser-Gruppe (SCHWARZE FRONT mit Sitz in Prag) und Ex-Kanzler Brüning in eine "antifaschistische Volksfront" einbeziehen wollte.

Vietzke weist leider nicht aus, nach welchen Kriterien er seine "Differenzierungen" vorgenommen hat. So kommt z.B. der sowjetische Historiker Danil Melnikow zu ganz anderen "Differenzierungen" (M., 20. Juli 1944 - Legende und Wirklichkeit, Berlin/DDR 1964).

Melnikow meint nämlich :

"Um Krupp, Bosch und Reusch gruppierten sich jene Monopolisten, die sich Hitler gegenüber kritisch verhielten."
(s.o., S.119)

Mit Krupp und Reusch (Vertreter der Gute-Hoffnungshütte) rechnet Melnikow also zwei Vertreter des schwerindustriellen, rüstungswirtschaftlich engagierten Teil des Großkapitals zum "kritischen Flügel", die Vietzke für Vertreter der "harten Fraktion" hält.

Tatsächlich stand z.B. der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, Goerdeler (einer der Führer des Putsches vom 20. Juli 44) in engster Verbindung zum Krupp-Konzern, für den er vor dem Krieg mehrere Geschäftstreffen ins Ausland unternahm (nebenbei dürften diese Reisen auch außenpolitischen Charakter gehabt haben). Mit Ewald Loeser war außerdem ein Vertreter des Krupp-Konzerns in Goerdelers "Schattenkabinett" für den Fall eines Sturzes der Hitler-Regierung vorgesehen (Finanzministerium).

Melnikow kommt schließlich zur Feststellung, es sei "noch nicht detailliert erforscht, welcher Teil der monopolistischen Bourgeoisie das 'sinkende Schiff' Hitlers verlassen wollte und begann, die Verschwörung aktiv zu unterstützen" (Melnikow, S.117).

Das kann wohl nichts anderes bedeuten, als daß es gar nicht möglich ist, die großkapitalistischen Hintermänner des 20. Juli (die es zweifellos gab!) mit dieser oder jener "Fraktion der Monopolbourgeoisie" zu identifizieren. Die Reihe der Rückversicherer für den Fall einer Niederlage der Faschismus ging quer durch das Großkapital hindurch. Ebenso finden sich vor 1933 Vertreter beider von Vietzke konstruierten "Fraktionen" unter den entschiedensten Förderern Hitlers.

Gegen die revisionistische "Zwei-Fraktionen"-Theorie sind außer den eindeutigen empirischen Fakten zwei grundsätzliche Überlegungen vorzubringen :

- Die verschiedenen Gruppen und Zweige der kapitalistischen Wirtschaft sind - namentlich im Stadium des Imperialismus! - viel zu eng miteinander verflochten, um grundsätzliche Interessen-Gegensätze (im Sinne von "Fraktionen") zu erlauben
- Die Gegensätze zwischen verschiedenen Teilen des Kapitals unter den Bedingungen der Anarchie der Produktion führen nicht zur Herausbildung fester, dauerhafter "Fraktionen", sondern zu sachlich und zeitlich begrenzten Interessengemeinschaften (A geht heute in dieser Frage mit B gegen C zusammen, während er morgen in jener Frage mit C gegen B zusammengeht usw.)

Was bedeutet :

Diktatur der Bourgeoisie?

So, wie die revisionistischen Ideologen an die Sache herangehen, muß es ganz unsinnig erscheinen, überhaupt von einer Diktatur der Bourgeoisie zu reden. Aber wenn z.B. Lenin von der Diktatur der Bourgeoisie spricht, so ist doch klar, daß keinesfalls die gesamte Kapitalistenklasse, bis runter zum allerkleinsten Kräutchen, kollektiv die politische Macht ausübt. Sondern die Macht wird selbstverständlich immer von den größten Kapitalisten ausgeübt, wobei die kapitalistische Konkurrenz sich auch in gewissen "Machtkämpfen" widerspiegelt. Sie üben diese Macht indessen aus im Grundinteresse der gesamten Kapitalistenklasse, und das ist für uns Kommunisten der Grund, von einer Diktatur der Bourgeoisie zu reden.

Natürlich ist es nicht so, daß sämtliche Kapitalisten plötzlich und zur selben Zeit beschließen, zum Faschismus überzugehen. Es gibt vielmehr einen Prozess des "Herankommens" der Kapitalistenklasse an den Faschismus, der individuell unterschiedlich verläuft. Der Übergang zur faschistischen Herrschaftsform bedeutet jedoch nicht, daß sich eine grundsätzlich und unter allen Umständen zum Faschismus drängende "Fraktion" des Kapitals durchsetzt gegen eine andere "Fraktion", die lieber an der bürgerlichen Demokratie festhalten würde. Er bedeutet vielmehr, daß die Kapitalistenklasse insgesamt den Faschismus zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gegen die Arbeiterklasse braucht, daß sie ohne Faschismus nicht mehr weiter kann.

VII. Kongress der KOMINTERN

Meilenstein des Revisionismus

Die ideologischen Grundlagen der revisionistischen Strategie der "demokratischen Erneuerung" wurden bereits in den 30er Jahren gelegt - ganz abgesehen von ihren Vorläufern in der Politik der SPD und im Rechtsopportunistismus der Brandler-Thalheimer-Fraktion innerhalb der KPD-Führung (um 1923).

Völlig blind ist es, wenn z.B. einige super-"linke" Abbaueorganisationen immer noch darauf schwören, die Politik der KPD sei bis zum XX. Parteitag der KPdSU (1956) und noch darüber hinaus "absolut korrekt" gewesen.

Verbindlich für alle Parteien der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE wurde die neue Strategie entwickelt auf dem VII. Weltkongress der KI im August 1935.

Der VII. KI-Kongress definierte den Faschismus als die "offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Diese Einengung des Faschismus (nicht Diktatur der Bourgeoisie, sondern nur von Teilen dieser) führte direkt zu einer Unterschätzung des Faschismus und zu einem leichtfertigen, abenteuerlichen Herangehen an die Frage des antifaschistischen Kampfes. Der VII. KI-Kongress hielt den Faschismus für "eine grausame, aber keine feste Macht", wegen der "Meinungsverschiedenheiten" und "Gegensätze im Lager der Bourgeoisie", weswegen die "Partei der Faschisten ihr Monopol nicht lange aufrechterhalten" könne.

Es wurde auf ein rasches Zusammenbrechen des Faschismus gerechnet, was seinen konkreten Ausdruck fand u.a. in der Parole der Ulbricht-Pieck-Gruppe vom "Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften", die nur dazu geeignet war, hunderte fortschrittlicher Arbeiter zusätzlich den faschistischen Mördern ans Messer zu liefern, aber keinerlei praktischen Nutzeffekt hatte.

Als wichtigstes Mittel im Kampf gegen den Faschismus bezeichnete der VII. Kongress der KI die "Schaffung der Einheitsfront, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter". "Die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei und Organisation, ist notwendig, noch bevor die Mehrheit der Arbeiterklasse sich zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für den Sieg der proletarischen Revolution vereinigt haben wird."

Der Hauptinhalt der Einheitsfront müsse sein :

"Die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus"

"Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus" war nach Meinung des KI-Kongress "die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront eine besonders wichtige Aufgabe", d.h. die gemeinsame Front des Proletariats mit dem städtischen Kleinbürgertum und der Bauernschaft.

Der VII-KI-Kongreß war der Meinung, "daß eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der Proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird". Das müsse eine "Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion" sein. "Im geeigneten Moment, gestützt auf die ansteigende Einheitsfrontbewegung, wird die Kommunistische Partei des gegebenen Landes für die Schaffung einer solchen Regierung auf der Basis einer bestimmten antifaschistischen Plattform eintreten."

Diese Perspektive stelle sich aber nur "unter den Bedingungen einer politischen Krise, wo die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit dem mächtigen Aufschwung der antifaschistischen Massenbewegung fertig zu werden", wenn erstens "der Staatsapparat der Bourgeoisie bereits genügend desorganisiert und paralysiert ist", und wenn zweitens "die breitesten werk-Massen der Werktätigen, besonders die Massengewerkschaften, stürmisch gegen Faschismus und Reaktion auftreten".

"Wann und in welchen Ländern eine solche Lage tatsächlich eintreten wird, in der diese Voraussetzungen in genügendem Maße gegeben sein werden, kann man im voraus nicht sagen".

"Die endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der faschistischen Revolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten."

(alle Zitate aus dem Hauptreferat Dimitroffs)

Im Vergleich hierzu haben die Revisionisten der DKP in ihrer Grundsatzerklärung und verstärkt in ihren "Thesen" folgende Veränderungen unternommen:

■ Die Darstellung der Perspektive der "Volksfront-Regierung nicht als Möglichkeit unter genau definierten Bedingungen, sondern als grundsätzliche Strategie, die in allen Phasen der Bewegung verfolgt wird - d.h. Festlegung auf die "Volksfront-Regierung" als einziges mögliches Modell der Entwicklung

■ Die Einführung der "Volksfrontregierung" als eine besondere Etappe ("demokratische Erneuerung"), d.h. eine Zwischenstufe zwischen Imperialismus und Sozialismus und die Beseitigung des Kapitalismus durch die "Volksfrontregierung" bereits in der "Etappe" der "demokratischen Erneuerung"

DIE KPD 1945

Nach Kriegsende wandte sich die KPD am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf "an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands".

Es hieß darin u.a.:

"Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feu-

ralen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreussischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen (?) falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."

Dieser Weg wird bereits in der Erklärung vom 11. Juni 45 als "demokratische Erneuerung Deutschlands" bezeichnet.

Völlig falsch eingeschätzt wurde die Rolle des US-Imperialismus als möglicher Schutzpatron der "Demokratisierung" in den westlichen Besatzungszonen und Teil des "Weltfriedenslagers". So heißt es in der Erklärung vom 11. Juni:

"Auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts".

Diese Einschätzung gab dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse in den drei Westzonen eine völlig falsche Orientierung - als könnten sie die "Demokratisierung" mit, statt gegen die westlichen Besatzungsmächte durchführen.

Es handelte sich dabei nicht um einen vereinzelter, isolierten Fehler, sondern um eine grundsätzliche Fehlposition. Hier spukte wieder die revisionistische "Zwei-Fraktionen"-Theorie herum. So wie die Revisionisten heute vom "gemäßigten Flügel" des Imperialismus reden, so wurde 1945 angenommen, daß eine führende "Fraktion" des US-Imperialismus die Zusammenarbeit mit dem "Weltfriedenslager unter Führung der Sowjetunion" bis in alle Ewigkeit fortsetzen wollte.

Indessen erwiesen sich die US-Imperialisten sehr rasch als entschiedene Gegner einer Demokratisierung Deutschlands im Sinne des von ihnen mit unterzeichneten Potsdamer Abkommens und als ebenso entschiedene Förderer des deutschen Imperialismus.

Der Revisionismus in Frankreich

In den anderen Ländern Westeuropas verlief die Entwicklung ähnlich.

In Frankreich z.B. propagierte die revisionistische KP Frankreichs PCF die Entwaflung der Partisanen-Verbände der Resistance nach Vertreibung der faschistischen deutschen Wehrmacht. So wurde der französischen Arbeiterklasse ihr wichtigstes Kampfinstrument aus den Händen gefunden, von Leuten, in denen die Arbeiter ihre Führer sahen!

Auf der Sitzung des ZK der PCF vom 21.-23. Januar 1945 erklärte Parteichef Thorez ganz offen:

"Die Aufgabe der Kommunisten ist nicht, zu regieren, sondern denen zu helfen, die regieren",

was nach Lage der Dinge nur heißen konnte: den Gaullisten, der Regierung der Bourgeoisie.

Alle Anstrengungen der PCF wurden auf eine Kampagne für die "Produktionsschlacht" konzentriert. Ganz so, als wäre Frankreich bereits ein sozialistisches Land wurde die Parole ausgegeben: "Der klassenbewußte Arbeiter vervielfacht seine Produktionsanstrengungen".

Als das nicht wunschgemäß klappte, mußte Thorez im Juli 1945 im Auftrag der französischen Bourgeoisie eine Rundreise durch das nordfranzösische Kohlegebiet unternehmen, um gegen "trotzkistische (!) Elemente im Dienst der Konzerne (?), die die Arbeiter zu Streiks verleiten wollen", zu hetzen, um den Arbeitern Lohnverzicht und verschärfte Ausbeutung schmackhaft zu machen.

Eine weitere Anti-Streik-Kampagne mußten die Revisionisten im Frühjahr 1946 führen. Der Streik der Druckerei-Arbeiter im Januar 1946 war bereits von der revisionistisch bestimmten Gewerkschaft CGT boykottiert worden und PCF-Arbeitsminister Croizat (die PCF erhielt in dieser Phase von der Bourgeoisie einige Ministerposten eingeräumt) klagte die streikenden Arbeiter der "Trägheit, Habgier und Sabotage" an. Die betreffende Rede Croizats sollte zunächst in der Partei-Zeitung "l'Humanité" abgedruckt werden, was aber von den Druckern verhindert wurde. Die Verbreitung der Rede durch Flugblätter scheiterte ebenfalls, weil die Verteiler von den empörten Arbeitern verjagt wurden.

Im Februar 1947 traten die Arbeiter der verstaatlichten Renault-Werke in den Streik. Die Revisionisten würgten diesen Streik zunächst dadurch ab, daß sie erklärten, die Renault-Werke "gehören dem Volk" und dürften deshalb nicht bestreikt werden.

Bis Ende April hatte sich der Streik jedoch erneut auf große Teile der Renault-Arbeiterschaft ausgedehnt. Die Presse der PCF wollte diesen Streik zunächst verschweigen, sah sich dann aber doch gezwungen, in diffamierender Weise von dieser "Provokation einer Handvoll Trotzlisten" immerhin Notiz zu nehmen.

Diese Episode der französischen Arbeiterbewegung endete damit, daß die PCF-Minister nach Erledigung ihres schmutzigen Geschäftes von der Bourgeoisie den Fußtritt erhielten und aus der Regierung flogen - nachdem sich "die Lage beruhigt" hatte. Das geschah noch im Jahre 1947.

KPD propagiert

"Unternehmerinitiative"

In Westdeutschland erhielt die KPD nicht einmal Regierungssitze - betrieb aber dieselbe Politik der Bindung der Arbeiterklasse an die Kapitalinteressen.

Schon in der oben erwähnten Erklärung der KPD vom 11. Juni 1945 wurde die "völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels (!) und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums" gefordert. Es wurde so getan, als seien nunmehr "freier Handel" und "private Unternehmerinitiative" die besten Mittel, "die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen" - das übrigens ganz im Sinne der Erhardschen "Sozialen Marktwirtschaft", aber in Widerspruch zur marxistischen Grunderkenntnis, daß "Unternehmerinitiative" (d.h. anarchischer, unplanter Charakter der Produktion) und "freier" Handel Hemmschuh der Produktivkräfte sind, statt deren Entwicklung zu beschleunigen und voranzutreiben.

"Wir Kommunisten kritisieren nicht, um niederzureißen, sondern um aufzubauen", wurde erklärt (Aufruf der KPD, Bez. Ruhrgebiet-Westfalen, Dezember 45). Aber bevor aufgebaut wird (nämlich der Sozialismus!) muß erst einmal niedergerissen werden (nämlich der Kapitalismus!). Die Anstrengungen der KPD-Führer waren aber tatsächlich darauf gerichtet, die Arbeiterklasse für den Wiederaufbau kapitalistischer Verhältnisse zu gewinnen. Zu diesem Zweck würden die dämlichsten Sprüche geklopft, wie etwa:

"Von unserer eigenen Arbeit hängt der Aufbau unserer Wirtschaft ab"
(aus demselben Aufruf wie voriges)

Diese Parole hatte in der damaligen SBZ ihren Sinn, wo durch die Anwesenheit der Roten Armee eine Entwicklung gesichert war, in deren Verlauf die Betriebe sehr rasch den Kapitalisten entrissen werden würden. Die Parole war aber völlig unsinnig, wo es darum ging, dem Kapitalisten seinen Betrieb wieder in Gang zu bringen.

Keinesfalls handelt es sich um isolierte Ausrutscher verwirrter Partei-Funktionäre auf mittlerer und unterer Ebene, sondern um die Hauptagitationslinie der KPD zu dieser Zeit.

"In erster Linie muß alles getan werden, um unsere Wirtschaft bis zu ihrer äußersten Leistungsfähigkeit in Gang zu bringen" (Erklärung der Bezirkskonferenz Großhessen der KPD "zu dringenden politischen (!) Aufgaben", 5. Mai 1946). "Jeder Kommunist ist verpflichtet, für die Wiederankurbelung der Produktion... seine ganze Kraft einzusetzen.... Jeder Kommunist muß durch sein Verhalten beweisen, daß die Kommunisten zu den Besten der deutschen Nation gehören." (KPD, Bez. Mittelrhein, 23./24. Januar 1946).

Zu diesem Zweck "muß die private Unternehmerinitiative, die diesem Ziel dient, gefördert werden. Heute von 'sozialisieren' sprechen kommt einer Irreführung der Arbeiter gleich..." (Delegiertenkonferenz der KPD, Bez. Ruhrgebiet-Westfalen, 20. Jan. 1946). Ausdrücklich wurde eine "Ermutigung der privaten Initiative und des freien Handels" gefordert (Aufruf der Bezirksleitung Niederrhein der KPD zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschland, Herbst 1945).

Solchen Parolen waren Ausdruck der verheerenden Illusionen innerhalb der KPD über den Charakter des US-Imperialismus und der zukünftigen Kampfbedingungen in den westlichen Besatzungszonen.

Als es darum ging, die Arbeiterklasse umfassend aufzuklären über die Problematik eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus unter kapitalistischen Bedingungen und über die Vorteile einer Wirtschaftsplanung gegenüber der am Profit orientierten "privaten Unternehmerinitiative" - wurde gerade die letztere umfangreich propagiert.

Während in der SBZ bzw. seit 1949 DDR die demokratische Umwälzung als Teil der sozialistischen Revolution zügig und konsequent durchgeführt wurde, verhinderten die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen jede demokratische Reform. Das war von der KPD-Führung völlig falsch eingeschätzt worden, die ihren eigenen opportunistischen Thesen vom "gewandelten (vernünftigen etc.) Imperialismus" und vom "Kräfteverhältnis in der Welt" aufgesessen war.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 hat zweifellos die Herausbildung eines in sich geschlossenen politisch-ideologischen Systems des modernen Revisionismus enorm beschleunigt - er ist aber weder Ursache noch Anfang dieser Entwicklung.

DAS KPD-VERBOT UND SEINE FOLGEN

Vor 15 Jahren sprach das Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD aus und ordnete ihre Auflösung durch die Polizei an. Zur selben Stunde rollte unter Leitung des CDU-Innenministers Schröder eine bundesweite, zentrale Polizeiaktion gegen Büros, Zeitungshäuser und Mitglieder der KPD an, gegen die die Polizeiaktionen der letzten Wochen noch ein Kinderspiel gewesen sind.

Das Verbotsurteil war Teil des Kampfes des wiedererstehenden deutschen Imperialismus gegen die Arbeiterbewegung. Die KPD wurde verboten, weil sie am konsequentesten gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte des werktätigen Volkes eintrat.

Der vom deutschen Imperialismus geführte Raubkrieg hatte am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen Wehrmacht geendet. Es war der erklärte Wille der Völker der Welt, daß der deutsche Imperialismus ein für alle Mal vernichtet werden sollte, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen konnte.

Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens boten dafür eine gute Grundlage. Es waren nämlich vorgesehen:

- die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands,
- eine planmäßige Entnazifizierung,
- Bestrafung der Kriegsverbrecher in der faschistischen Staats- und Wirtschaftsführung,
- Auflösung der Großkonzerne,
- Verbot jeder Rüstungsproduktion,
- Neuaufbau Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage.

An einer solchen Entwicklung war jedoch vor allem der US-Imperialismus nicht interessiert, der nunmehr den Hauptstoß gegen die Sowjet- und gegen die Volksbefreiungsbewegungen richtete. Ausdruck dieser Politik war die Truman-Doktrin im März 1947. Die US-Imperialisten maßen sich darin an, überall in der Welt zugunsten der reaktionären Kräfte einzugreifen.

Deutschland spielte in den strategischen Überlegungen der Imperialisten eine besondere Rolle. Daher betrieben sie zügig die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus.

Während in der sowjetischen Besatzungszone auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens die antifaschistische-demokratische Umwälzung durchgeführt wurde, blockierten in den drei Westzonen die Imperialisten die Durchführung des Abkommens. Es wurden so die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus in der westlichen Hälfte eines geteilten Deutschlands geschaffen.

- Im September 1950 beschloß eine Tagung der westlichen Außenminister in New York die beschleunigte Wiederbewaffnung und Einbeziehung der BRD in die NATO.
- Als militärisches Organisationszentrum wurde das sogenannte "Sicherheitsamt" geschaffen, das direkt dem Bundeskanzler unterstellt war.
- Im Januar 1951 wurden die Verhandlungen über die Beteiligung der BRD an der NATO aufgenommen. Im Februar wurde die Aufstellung des sogenannten "Bundesgrenzschutz" als 1. Schritt zum Aufbau einer westdeutschen Armee beschlossen.
- Im Februar 1954 wurden die Wehrgesetze im Bundestag angenommen. Am 8. Mai 1956 trat die BRD der NATO bei. Am 7. Juli des gleichen Jahres wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, der Abbau demokratischer Rechte und die Wiederaufrüstung trafen auf den entschiedenen Widerstand der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung. So verteidigten z.B. die Arbeiter durch Streiks ihre nach 1945 erkämpften Rechte im Betrieb, kämpften gegen die Verschlechterung ihrer politischen Situation durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, demonstrierten gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung.

Die KPD erwies sich als aktive Kraft in diesem Kampf. Daher befand schon im August 1950 die Konferenz der 11 Innenminister der Bundesländer ein Verbot der KPD für notwendig. In dieser Zeit wurden fast alle kommunistischen, regionalen und überregionalen Zeitungen von mehrmonatigen Verboten betroffen.

Im Jahre 1951 verschärfte sich der Kampf gegen Kommunisten und andere demokratische und Friedenskräfte noch. Am 26. Juni wurde die FDJ verboten, am 29. Juli der Rat der "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes". Ein weiterer Schritt war das Strafrechtsänderungs-Gesetz vom 30. August des Jahres. Es bedroht die sogenannten Tatbestände des "Hochverrats", "Landesverrats" und der "Staatsgefährdung" mit hohen Zuchthausstrafen. Hierunter fielen insbesondere das Eintreten für die Wiedervereinigung Deutschlands und Beziehungen jeder Art zu politischen Organisationen der DDR. In Anwendung dieses Gesetzes wurde z.B. 1954 das KPD-Programm von 1952 als "Vorbereitung zum Hochverrat" erklärt. Zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der KPD wurden unter dem Vorwurf der Mitarbeit an dem Programm zu langen Freiheitsstrafen verurteilt.

Am 23. November 1951 stellte die Bundesregierung den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD durch das Bundesverfassungsgericht. Am 31. Jan-

uar 1952 wurde als erster einer Reihe weiterer Übergriffe eine Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion in den Geschäftsräumen der KPD durchgeführt. Am 23. November 1954 begann beim Bundesverfassungsgericht der KPD-Prozess, der am 17. August 1956 mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD endete.

6 Jahre Vorbereitung

Spätestens seit der Innenministertagung vom August 1950 wurde das Verbot der KPD offen vorbereitet. Hier ist zu erwähnen, daß die Verfassung der Bundesrepublik zwei verschiedene Möglichkeiten für derartige Verbote vorsieht.

Artikel 9 besagt: "Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten".

Das Verbot kann ohne juristische Umstände von der Bundesregierung bzw. den Länderregierungen ausgesprochen werden. Auf dieser Grundlage wurden FDJ und VVN verboten, ebenso wie 1970 der Heidelberger SDS.

Artikel 21 besagt: "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig".

Die Verfassungswidrigkeit muß vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden, nachdem sie in einem Prozess "nachgewiesen" worden ist. Bereits die Innenministertagung vom August 1950 war übereingekommen, gegen die KPD nicht den Artikel 9, sondern den Artikel 21 anzuwenden.

Dafür waren offenbar zwei Gründe ausschlaggebend:

- 1.) Schien es aufgrund des Kräfteverhältnisses ratsam, die Partei nicht sofort zu verbieten, sondern in einem langwierigen Verfahren schrittweise aus der Legalität zu drängen.
- 2.) sollte ein Musterprozess vor dem Bundesverfassungsgericht mit exemplarischer Wirkung für die fernere Zukunft durchgeführt werden.

Einige Aspekte des KPD-Urteils

Im Urteil vom 17. August 1956 heißt es:

- "1. Die KPD ist verfassungswidrig
2. Die KPD wird aufgelöst
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen..."

Das Gericht ging davon aus, daß die KPD auf Grundlage der Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung auf dem Wege über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats anstrebt. Das Gericht faßte die grundsätzliche Entscheidung, daß die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats unvereinbar seien mit der sogenannten "freiheitlichen demokratischen Grundordnung".

Damit war nach Auffassung des Gerichts die Verfassungswidrigkeit der KPD gegeben. Ob die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats als Fernziel angestrebt werden, hielt das Gericht für unerheblich. Wesentlich sei, daß die KPD diese Zielsetzung "systematisch zum Gegenstand ihrer parteipolitischen Schulung, Propaganda und Agitation macht".

Es ist offensichtlich, daß die Erklärung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats als "verfassungswidrig" sich gegen jede Organisation richtet, die ihre Politik auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus bestimmt.

Das Gericht ging in seiner Auslegung aber noch erheblich weiter. Es war nämlich der Meinung, für die Verfassungswidrigkeit sei kein "konkretes Unternehmen" nötig, sondern es sei ausreichend, "wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freien und demokratischen Grundordnung gerichtet ist".

Mit dieser Beurteilung sogenannter "tendenzieller Absichten" bewegt das Gericht sich bereits eindeutig auf dem Boden einer Gesinnungsjustiz.

Das Gericht sah auch grundsätzlich nicht für notwendig an, daß die Zielsetzung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats tatsächlich aufgestellt sein muß. Es sei ausreichend, wenn sich diese Ziele sozusagen im Hinterkopf der fraglichen Organisation befinden: "Eine Dokumentation der Zielsetzung in dem Sinne, daß alle Ziele schriftlich niedergelegt oder sonstwie fixiert sein müßten, verlangt Artikel 21 des Grundgesetzes nicht... Im Einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnten, niemals offen verkündet werden..."

Diese Beurteilung des Gerichts läßt der Spekulation freien Spielraum. Sie bedeutet nämlich, daß im Grunde für die Feststellung der angeblichen Verfassungswidrigkeit einer Organisation irgend eine konkrete Beweisführung gar nicht notwendig ist. Zahlreiche Prozesse gegen fortschrittliche Organisationen und Persönlichkeiten seit 1956 haben gezeigt, daß oftmals nicht geurteilt wurde aufgrund der konkreten Inhalte politischer Aussagen, sondern aufgrund ihres äußeren Stils und Aufbaus. Wurde eine formale, stilistische Ähnlichkeit mit Äußerungen der verbotenen KPD konstatiert, so reichte das oftmals schon zur Verurteilung aus. Die Existenz "verborgener illegaler Ziele" wurde in solchen Fällen jeweils ohne konkrete Beweisführung vorausgesetzt.

Als noch weitgehender anwendbar erwies sich jedoch die Zusatzbestimmung über das Verbot sogenannter "Ersatzorganisationen" der verbotenen KPD. In einem Musterprozess stellte der Bundesgerichtshof dazu fest:

"Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der anstelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele, ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt, weiter verfolgt oder verfolgen will."

Ausreichend ist der bloße Wille, ein offenes Vertreten bestimmter Ziele ist nicht erforderlich.

Hier seien nur einige Maßnahmen gegen nichtkommunistische Demokraten und Aktionen für die Erhaltung des Friedens genannt, die im Windschatten des KPD-Verbots von der CDU/CSU durchgeführt wurden:

- Im März 1957 wurde der Sozialist Dr. Victor Agartz verhaftet. Agartz war ehemaliger Leiter des gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in

Köln gewesen. Von der DGB-Führung wegen seiner kritischen Neigung gefeuert, hatte Dr. Agartz eine eigene sozialistische Zeitung herausgegeben. Ihm wurde nun 1957 vorgeworfen, für diese Zeitung Gelder aus der DDR erhalten zu haben. Da dieser Vorwurf natürlich haltlos war, mußte Dr. Agartz im Dezember des Jahres freigesprochen werden. Der Zweck der Diffamierung war aber erreicht worden.

- Ebenfalls 1957 wurde die IG-Metall wegen angeblicher Verletzung eines Schlichtungsabkommens zu einem Schadensersatz in enormer Höhe verurteilt. Hintergrund war der Streik von 34 000 Metallarbeitern Schleswig-Holsteins, der mit größter Zähigkeit und Ausdauer vom 24. Oktober 1956 bis Mitte Februar 1957 geführt worden war. Zwei von der IG-Metall-Führung ausgehandelte Abkommen waren im Januar 1957 mit 97% und 76% von den Arbeitern abgelehnt worden. Selbst die dritte Urabstimmung am 3. Februar ergab eine Mehrheit von 58% gegen das Abkommen. Damit war das Abkommen allerdings zustande gekommen, da zur Fortführung des Streiks eine drei-viertel-Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Dieser Kampf - zusammen mit der späteren Verurteilung der IG-Metall - war von entscheidender Bedeutung für den allgemeinen Rückgang der spontanen Arbeiterbewegung in den kommenden Jahren.

- Im April 1958 erklärte die Bundesregierung den Gesetzesentwurf der SPD zur Durchführung einer Volksbefragung über die Atombewaffnung für "verfassungswidrig".

Dennoch beschlossen die SPD-Regierungen in den Bundesländern Hamburg, Bremen und Hessen die Durchführung dieser Befragung. Auf Antrag der CDU/CSU-Regierung erklärte das Bundesverfassungsgericht am 30. Juli diese Befragung für "verfassungswidrig".

Wie wir sehen, sind die Bestimmungen des KPD-Verbots sehr weitgehend. Sie verbieten nicht nur das Propagieren der Diktatur des Proletariats und das offene Eintreten dafür, sondern untersagen auch jede sogenannte "verborgene" Zielsetzung dieser Art.

Das Urteil fordert nicht einfach Verzicht auf die Propagierung dieses Ziels, es verlangt Verzicht auf das Ziel selbst. So kann jede normale Handlung, z.B. des ökonomischen Kampfes, wie etwa das Aufstellen einer Lohnforderung, im Sinne des KPD-Urteils "verfassungswidrig" sein, wenn dahinter die Absicht vermutet werden kann, durch diese Handlung einer Gesamtpolitik im Sinne der Vorbereitung der proletarischen Revolution zu dienen. So enthält die Begründung zum KPD-Verbot ausdrücklich eine Formel, die von der "Verwendung sozialer Forderungen zur Tarnung der parteipolitischen Arbeit" spricht.

Ganz in diesem Sinne heißt es in der Broschüre "Die kommunistische Betriebsarbeit", herausgegeben vom Westdeutschen Wirtschaftsdienst Essen, im Jahr 1964:

"Die kommunistische Agitation ist ein wesentlicher Teil der Infiltration der Bundesrepublik. Sie dient der Vorbereitung zum Umsturz, dem die Machtergreifung durch die Kommunisten folgen soll. Dies soll durch das allmähliche Hinarbeiten auf eine Wirtschaftskrise eingeleitet werden, die die KP durch ständig steigende Lohnforderungen, durch Herabsetzen der Konkurrenzfähigkeit, durch Streiks u.a. Methoden zu erreichen sucht. Die mit ihr verbundene Unzufriedenheit der Arbeiter hofft sie dann zu entscheidenden Aktionen ausnutzen zu können..."

Offensichtlich wird hier jede gewerkschaftliche Lohnforderung diskriminiert, indem irgendwelche sogenannten "verborgenen Ziele" dahinter angedeutet werden. Konsequenterweise rät die genannte Broschüre dann auch dazu, jeden Arbeiter, der - wie es heißt - "im Betrieb radikale Reden führt" in den Kreis derjenigen einzubeziehen, die der "kommunistischen Betriebsarbeit" verdächtig sind.

So heißt es dort weiter:

"In der kommunistischen Betriebsarbeit gehört der illegale Streik zu den Kampfmitteln, die den Kommunisten als besonders geeignet für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erscheinen. Unter Berücksichtigung der äußerst ernstesten Folgen für Staat und Wirtschaft, die der illegale Streik mit sich bringen kann, ist es für jeden Betrieb von Wichtigkeit, sich mit allen Möglichkeiten und Formen solcher Aktionen auseinanderzusetzen und schon in ruhigen Zeiten ihre Abwehr vorzubereiten."

Hier zeigt sich die tatsächliche Stoßrichtung des KPD-Verbots. Das KPD-Verbot erwies sich von Anfang an als Waffe gegen jede politisch und ideologisch selbstständige Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Im KPD-Verbot gipfelte 1956 zunächst der Versuch der Kapitalisten, angesichts heftiger Krisen jedes Wiedererwachen der Arbeiterbewegung, jedes Wiedererstarken ihrer Organisationen sowie ihrer möglichen Verbündeten im Keime zu ersticken.

Lockerung des KPD-Verbots - neue Taktik der Kapitalisten

Seit etwa Mitte der 60er Jahre ist eine gewisse Lockerung des KPD-Verbots und Abschwächung der Kommunisten-Verfolgung festzustellen.

Die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots beweist allerdings, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Lockerung handeln kann. Das fortbestehende KPD-Verbot bietet die weitestgehende Handhabe, alle heute bestehenden sozialistischen und kommunistischen Organisationen jederzeit in die Illegalität zu drängen.

Warum geschieht das gegenwärtig nicht?

Das KPD-Verbot stärkt den Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Das ist eine alte Erfahrung gerade der deutschen Arbeiterbewegung.

Im November 1967 erklärte Willi Brandt:

"Ich bin dafür, daß es wieder eine KPD gibt. Das könnte eine günstige Wirkung nach innen und außen haben".

Hier hat Brandt schon auf den politischen Hintergrund der DKP-Gründung hingewiesen - die Kapitalistenklasse verspricht sich davon eine "günstige Wirkung". Nach außen hin: Vorspiegelung demokratischer Zustände in der BRD, Erleichterung der "Neuen Ostpolitik" - nach innen hin: Kanalisierung und Desorientierung der antikapitalistischen Kräfte, Liquidierung der "APO".

Kurz nach der Ankündigung Brandt's hieß es dann in einer regierungsamtlichen Mitteilung vom 27. November: "Bundeskanzler Kiesinger, Bundesaußenminister Brandt, Bundesinnenminister Lücke und die Konferenz der Bundesinnenminister haben darauf hingewiesen, die KPD könne sich neu gründen und frei betätigen, wenn sie die verfassungswidrigen Ziele aufgibt, die zu ihrem Verbot führten."

So erreicht die Kapitalistenklasse durch geschickte Kombination von KPD-Verbot einerseits und Zulassung sogenannter "kommunistischer" Organisationen andererseits eine Deformierung der kommunistischen Ideologie selbst, indem sie den Kommunisten vorschreibt, welche Ziele sie anzustreben haben, bzw. welche nicht (z.B. Diktatur des Proletariats).

Die Kapitalistenklasse bringt einen Teil der sozialistischen und kommunistischen Kräfte dazu, im Interesse ihrer hauchdünnen "Legalität" immer weiter vom Marxismus-Leninismus abzurücken und traditionelle Grundziele der Kommunisten preiszugeben.

Jüngstes Beispiel dafür ist der kürzlich veröffentlichte Thesen-Entwurf des Parteivorstandes der DKP. Dort wird die Zielsetzung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats ersetzt durch die reformistische Konzeption einer sogenannten "antimonopolistischen Demokratie".

Die Verbotsdrohungen gegen die DKP vor allem seitens der CDU/CSU und des "Verfassungsschutz" werden systematisch eingesetzt, um die DKP-Führung noch weiter in die rechtsoportunistische Ecke zu treiben. Das gilt besonders im Hinblick auf den kommenden Parteitag der DKP im November dieses Jahres. Artikel der sozial-liberalen Presse fordern von der DKP-Führung, ihre Abgrenzung vom Sozialdemokratismus abzuschwächen, wobei unterschwellig wieder die Verbotsdrohung anklingt.

Andererseits hat das Gericht in Flensburg vor einigen Wochen entschieden, daß die Beschlagnahme des KPD-Programm-Entwurfs vom Jahre 1968 aufzuheben ist. In der Begründung hieß es u.a. :

"Das Propaganda-Material der KPD weist keine verfassungswidrigen Tendenzen auf." - - Insbesondere wurde festgestellt, daß die in diesem Programmentwurf dargelegten gesellschaftspolitischen Vorstellungen mit der kommunistischen Zielsetzung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats nicht identisch seien.

Das Flensburger Urteil wirft ein merkwürdiges Licht auf die Verbotsdrohungen gegen die DKP.

Es soll abschließend noch auf folgenden Punkt hingewiesen werden : Wie gezeigt wurde, hat das Bundesverfassungsgericht im KPD-Prozeß grundsätzlich festgestellt, daß die Zielsetzung der proletarischen Revolution und Diktatur des Proletariats "unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" seien.

Es ist aber selbstverständlich, daß sich Kommunisten gerade für diese Ziele einsetzen.

Demnach bedeutet die Aufforderung der Kapitalisten zur Neugründung sogenannter "kommunistischer" Parteien bei Fortführung des KPD-Verbots : Jeder hat das Recht, eine "Kommunistische Partei" zu gründen - mit Ausnahme der Kommunisten selbst, da deren grundsätzliche Zielsetzung ja als "verfassungswidrig" abgestempelt ist.

Wer eine "Kommunistische Partei" gründen will, müßte also zuerst einmal den Nachweis erbringen, daß er gar kein Kommunist ist, d.h. daß er nicht der für einen Kommunisten selbstverständlichen Zielsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus folgt.

Das Widersinnige und Unverschämte dieser Tricks der Kapitalistenklasse ist offensichtlich.

"Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft"

Dies ist die überarbeitete Fassung eines Papiers, das wir vor einigen Monaten zur Kritik der AMS/Spartakus herausgegeben hatten.

Damals war von der AMS ein umfangreiches Papier, betitelt "Studienmaterial Nr. 1", vorgelegt worden, das in konzentrierter Form die Thesen und Dogmen des modernen Revisionismus zusammenfaßte

Die Broschüre stellt zuerst die Frage des demokratischen Kampfes, die aber von den Genossen der AMS mit der Frage der von der DKP-Führung verfolgten "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" durcheinandergebracht wird.

Beim demokratischen Kampf geht es darum, daß das Proletariat bei seinem Kampf zum Sturz der Kapitalistenherrschaft den Spielraum der bürgerlichen Demokratie ausnutzen und nach Möglichkeit erweitern muß. Wie Lenin sagt: "Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung", denn "eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt." (Staat und Revolution)

Die AMS scheint aber unter demokratischem Kampf etwas ganz anderes zu verstehen. Was bedeuten sonst folgende Aussagen: "Ob die Marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse demokratische Forderungen aufstellen und ein demokratisches Programm zur Grundlage ihrer Politik machen muß, hängt von den historisch konkreten, objektiven und subjektiven Bedingungen ab, unter denen die Arbeiterklasse kämpft." (S. 6 unten) und "Die Notwendigkeit des demokratischen Kampfes ergibt sich aus dem Charakter der historischen Situation, in der wir uns befinden." (S. 31)

Eben nicht! Die Kommunistische Partei wird grundsätzlich demokratische Forderungen aufstellen und unterstützen! Der demokratische Kampf ist grundsätzlich notwendig! Die Kommunistische Partei stellt grundsätzlich ein demokratisches Programm auf. Übrigens ist die Kommunistische Partei auch die einzige Partei, die ein demokratisches Programm aufstellt, weil allein das Proletariat von allen Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft konsequent demokratisch ist.

Wenn die Genossen von der AMS behaupten, daß diese Fragen von der historischen Situation abhängen, so meinen sie offensichtlich mit "demokratischem Kampf" und "demokratischem Programm" etwas ganz anderes als die Kommunisten.

Uns scheint - wir hoffen ehrlich, das richtig zu interpretieren - daß AMS folgendes meint: daß unter gewissen Bedingungen der demokratische Kampf zur Hauptseite im Kampf der Arbeiterklasse werden kann, und daß die Kommunistische Partei unter gewissen Bedingungen Programme und Forderungen aufstellen muß, die völlig oder weitgehend im Rahmen der bürgerlichen Demokratie bleiben. Diese Interpretation entspricht dem weiteren Gedankengang der Broschüre.

Bei den Genossen von der AMS scheint ein ziemliches theoretisches Konfusionsum zu herrschen, wenn sie von der grundsätzlichen Frage des demokratischen Kampfes plötzlich zur spezielleren Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland (1848) und Rußland (1905/1917) überspringen (S. 3) oder von der "demokratischen Erneuerung" ebenso unvermittelt wieder beim demokratischen Kampf landen (S. 31). Die "Strategie der demokratischen Erneuerung" läßt sich weder mit allgemeinen und ganz banalen Hinweisen auf "demokratischen Kampf" noch mit historischen Exkursen zur 48er bürgerlich-demokratischen Revolution belegen.

AMS entdeckt "neue Situation"

In der Broschüre heißt es: "Angesichts der Tatsache, daß sowohl für den Kampf gegen den Faschismus als auch für die erfolgreiche sozialistische Revolution die Aktionseinheit der Arbeiterklasse unabdingbare Voraussetzung ist und darüber hinaus das Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen Schichten angestrebt werden muß, kann es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht Aufgabe der Kommunisten sein, den unmittelbaren

Kampf für den Sozialismus zu propagieren. Notwendig ist vielmehr in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen antimonopolistischen Klassen und Schichten im demokratischen Kampf und der Kurs auf die demokratische Erneuerung, d.h. auf eine entscheidende Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner." (S. 34) Richtig ist, daß es ohne Aktionseinheit der Arbeiterklasse keine fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen geben wird. Falsch ist aber, daß die AMS ihre Hoffnungen darauf setzen will, "daß die SPD zu einer Partei wird, die im Bündnis mit den Kommunisten gegen die Monopole kämpft und sich dabei auf das Volk stützt".

Hätten die russischen Arbeiter darauf warten wollen, "daß die Menschewiki zu einer Partei werden, die im Bündnis mit den Bolschewiki gegen den Zarismus kämpft und sich dabei auf das Volk stützt" und davon überhaupt die Möglichkeit einer sozialen Revolution in Rußland abhängig gemacht, so hätte es nicht einmal die bürgerlich-demokratische Februar-Revolution gegeben. Es war im Gegenteil so, daß die Menschewiki zu einer Partei wurden, die im Bündnis mit der Konterrevolution gegen das Volk kämpfte. Genauso war es mit der SPD nach der bürgerlich-demokratischen Novemberrevolution 1918. AMS meint aber: "Eine SPD, die im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes handelt, kann auch über den demokratischen Kampf hinaus, im Kampf um den Sozialismus, ein wichtiger Bündnispartner der Kommunisten sein." Worin würde sich eine "SPD, die im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes handelt", noch von der Kommunistischen Partei unterscheiden? Und wozu braucht die Arbeiterklasse zwei Parteien, die im Grunde das Gleiche wollen? Die Erfahrung hat doch gelehrt, daß im Sozialismus für eine selbstständige Sozialdemokratische Partei kein Platz ist.

In das "Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen Klassen und Schichten" sind laut AMS-Papier und DKP-Grundsatzzerklärung einzubeziehen: "die Bauern, die Intelligenz, das Kleinbürgertum und die nichtmonopolistische Bourgeoisie" (S. 39). Diese "Klassen und Schichten" sollen eine "Regierung der fortschrittlichen Kräfte, der Arbeiter und Angestellten, der Geistesschaffenden, der Bauern und des nichtmonopolistischen Bürgertums" bilden, die als "politische Herrschaft des Volkes" bezeichnet wird. (S. 32/33) Im AMS-Papier wird argumentiert: "Das neue an der Klassensituation, die Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus erzeugen, ist, daß neben der Verschärfung des grundlegenden Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit die Interessen aller Klassen und Schichten in einen unversöhnlichen Gegensatz zur Monopolbourgeoisie geraten. Ein Teil von ihnen, wie die Bauern und Kleineigentümer, werden durch den Konzentrationsprozess in Industrie und Landwirtschaft direkt in ihrer Existenz bedroht und können als Klasse langfristig nur in einer Gesellschaft überleben, in der die Arbeiterklasse die politische Macht hat. Mit ihnen kann die Arbeiterklasse dauerhaft ein Bündnis eingehen." Und von den "nichtmonopolistischen", d.h. kleinen und mittleren Kapitalisten, glauben die Genossen der AMS, sie könnten "zumindest im demokratischen Kampf Bündnispartner der Arbeiterklasse sein" (S. 38).

Anscheinend ist diese Situation so "neu", daß Lenin sie in seiner Imperialismus-Theorie nicht berücksichtigen konnte?

Lenin jedenfalls war der Meinung - und zwar gerade in der Auseinandersetzung mit dem Revisionisten Kautsky, der damals ähnliche Thesen vorbrachte wie heute DKP/AMS - : "Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrück-

kung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der Bruch Kautskys und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen und nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegentreten, sondern, im Gegenteil, sich praktisch mit ihr vereinigt hat. (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus). Lenin stellte fest: "Das Proletariat kämpft für den revolutionären Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, das Kleinbürgertum für eine reformistische "Vervollkommnung" des Imperialismus." (Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky). Lenin schätzte ein, daß mit den "schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelementen, d.h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie im Unterschied zur Bourgeoisie" ein "dauerhaftes Bündnis" ganz unmöglich ist (Der Linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, Kap. X).

Lenin war der Auffassung, daß die Arbeiterklasse jedes sich bietende Bündnis ausnützen, jede Opposition gegen die herrschende Gesellschaftsordnung unterstützen, vorübergehend jeden noch so schwankenden Bündnispartner akzeptieren müsse. Das war nur möglich, weil die russischen Kommunisten in der Arbeiterklasse unbedingte Klarheit über die Lage aller Klassen zueinander und den schwankenden Charakter der zeitweiligen Bündnispartner erarbeitet hatten. Eben das tut die DKP nicht, wenn sie von "alle fortschrittlichen Kräfte", "dauerhaftes Bündnis" spricht, Banalitäten über den "unversöhnlichen Gegensatz" der Kleinproduzenten zum Monopolkapital von sich gibt, aber darüber hinwegredet, wie die Frage der Kleinproduzenten im Sozialismus entschieden wird.

Es ist ja wohl ein schlechter Witz, wenn die Genossen von der AMS behaupten, die Kleinproduzenten "können als Klasse langfristig nur in einer Gesellschaft überleben, in der die Arbeiterklasse die politische Macht hat." (S. 38). Nein, Genossen! Die Kleinproduzenten können langfristig als Klasse überhaupt nicht überleben! Das gehört doch wohl zum ABC des Marxismus! Es ist doch gerade jetzt wieder am Beispiel der Klassenkämpfe in der VR Polen deutlich geworden, daß die Existenz einer Klasse kleiner Eigentümer (85% des bewirtschafteten Bodens im Besitz von Privatbauern!) auf die Dauer mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung unvereinbar ist und zu verheerenden Folgen führen muß. Lenin hat darauf hingewiesen, daß die Stärke der gestürzten Bourgeoisie "nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals ... sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion" liegt, denn "die Kleinproduktion ... erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie." (Linker Radikalismus, Kap. II). Lenin spricht hier vom Rußland des Jahres 1920, von der jungen Sowjetunion. Die langfristige Existenz der Kleinproduzenten "als Klasse" ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch eine Absurdität.

AMS will Kleinbürger-"Sozialismus"

Wie steht es unter diesen Umständen mit dem "dauerhaften Bündnis"? Die Genossen von der AMS haben ja Marx/Engels zur bürgerlich - demokratischen Revolution und Lenins "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der Epoche der demokratischen Revolution" gelesen und und zitieren ausgiebig daraus, um teilweise haarsträubende Analogien zu ziehen. Sie sehen aber verschämt darüber hinweg, was Marx, Engels und Lenin zur Frage

des "dauerhaften Bündnisses" gesagt haben. Marx und Engels stellten fest: "Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird." Marx und Engels rieten den Arbeitern zur Unterstützung der bürgerlich - demokratischen Revolution, aber gleichzeitig zum "unverhohlenen Mißtrauen gegen die neue Regierung". "Sie müssen neben den neuen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterclubs oder Arbeiterkomitees, errichten, sodaß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden bedroht und überwacht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht. Mit einem Worte: vom ersten Augenblick des Sieges an muß sich das Mißtrauen nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen ihre bisherigen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein exploitiert (für sich ausnützen) will. Um aber dieser Partei deren Verfall an den Arbeitern mit der ersten Stunde des Sieges anfangen wird, energisch und drohend entgegentreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein." (Marx und Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, März 1850). Marx und Engels sprachen also für die Beteiligung der Arbeiter an der bürgerlich - demokratischen Revolution, wiesen aber auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Arbeiter zugleich eigene politische und militärische Machorgane schaffen. Von einem "dauerhaften Bündnis" war bei ihnen keine Rede, vielmehr von "Mißtrauen gegen ihre bisherigen Bundesgenossen." Die Geschichte hat gezeigt, daß allein auf diesem Weg die bürgerlich - demokratische in die sozialistische Revolution übergeleitet werden kann, nicht aber im "dauerhaften Bündnis" mit den kleinbürgerlichen Demokraten.

Lenin war der Meinung: "Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie auch noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen ... Daraus folgt, daß unser 'vereinigt schlagen' mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, 'auf den Verbündeten wie auf den Feind' scharf aufzupassen usw." (Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)

Die Genossen von der AMS haben sich als Feinschmecker bei Marx, Engels und Lenin die "Rosinen" für ihren Einheits-Brei zusammengesucht, aber alles unterschlagen, was nicht in ihr Konzept mit hinein paßte.

Hinweise auf ein "dauerhaftes Bündnis" der Arbeiterklasse mit den Kleinproduzenten wird man bei Marx, Engels und Lenin nicht finden. Und liegt denn die Annahme so fern, daß die seltsame These vom "Überleben" der Kleinbürger "als Klasse" sich einfach daraus erklärt, daß sich die kleinbürgerlichen Genossen von der AMS einen "Sozialismus" wünschen, in dem sie als Kleinbürger "überleben" können? Nein, sondern das ist die natürlichste Erklärung.

"Politische Herrschaft des Volkes"

im Rahmen der bürgerlichen Demokratie?

DKP/AMS propagieren aber noch über ein bloßes "dauerhaftes Bündnis" hinaus eine regelrechte "Regierung der fortschrittlichen Kräfte, der Arbeiter und Angestellten, der Geistesschaffenden, der Bauern und des nichtmonopolistischen Bürgertums!" (DKP-Grundsatzklärung)

Den Kampf für eine derartige Regierung will die DKP der westdeutschen Arbeiterbewegung als verbindliche Strategie aufnötigen. Es stellt sich zunächst die Frage nach dem Klassencharakter einer solchen Regierung. Sie ist laut AMS "nicht gleichzusetzen mit der Diktatur des Proletariats" (S. 33 oben), ist aber auch kein "besonderes demokratisches Zwischenstadium" zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats (S. 11 unten). Wenn weder Diktatur des Proletariats noch Zwischenstadium, was dann? AMS nennt es "die politische Herrschaft des Volkes" (S. 33), meint aber zugleich, diese Regierung würde sich "völlig im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" bewegen (S. 11 unten). Das ist seltsam genug. Aber mehr noch: "Die DKP erstrebt diese Umgestaltung auf der Basis der im Grundgesetz verkündigten demokratischen Prinzipien und Rechte" (Grundsatzerklärung der DKP). Falls wir nicht annehmen wollen, daß "die politische Herrschaft des Volkes" eine Form der Diktatur der Bourgeoisie sein soll, (was noch verwirrender wäre!) so ist sie eben doch ein gedachtes "Zwischenstadium" zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats.

Es ist aber auch klar, warum die Genossen nicht zugeben wollen, daß sie an ein "Zwischenstadium" denken. Sie haben ein schlechtes Gewissen, weil sie ja bei Dimitroff gelesen haben: "... Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes 'demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterklasse die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu wecken..." (Rede Dimitroffs auf dem VII. Kongress der KOMINTERN, August 1935). Ja eben, und was uns DKP/AMS als "Strategie" aufdrängen wollen, ist gerade ein solcher "parlamentarischer Spaziergang". Das "Volk" soll zuerst per Stimmzettel für eine "veränderte Zusammensetzung des Parlaments" sorgen. Danach sorgt dann eine "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" für die "Umwandlung" des Parlaments "aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ der Volksinteressen" (DKP-Grundsatzerklärung). DKP/AMS sehen gerade über die Faktoren weg, die schon Marx und Engels als unabdingbare Voraussetzungen für die Führung der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution ansahen: Die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse (Arbeitermiliz, Rote Garden) und die selbstständige politische Macht der Arbeiterklasse (Sowjets, Räte). Man mag sich einmal überlegen, was aus der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution in Rußland geworden wäre ohne die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse, ohne eigene Machtorgane der Arbeiterklasse. Es ist doch ganz klar, daß nicht einmal die bürgerliche Republik sich hätte behaupten können, sondern von der Konterrevolution erdrückt worden wäre. Erst recht hätte nicht innerhalb weniger Monate die proletarische, sozialistische Revolution folgen können.

Marx und Engels gegen die "roten" Kleinbürger

Man muß die Behauptungen der AMS über das "dauerhafte Bündnis" der Arbeiterklasse mit den Kleinproduzenten, über das "Überleben" der Kleinproduzenten als Klasse und ihr Hinwegreden über den Klassencharakter der "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" im Zusammenhang sehen. Man muß weiterhin beachten, daß sie über die eigenen Machtorgane der Arbeiterklasse als Voraussetzung der Führung der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution kein Wort verlieren und stattdessen aus dem bürgerlichen Parlament ein "Organ der Volksinteressen" machen wollen. Es wird dann klar, daß es sich um die Ideologie radikalisierte Kleinbürger handelt, die sich den lästigen Druck der imperialistischen (monopolistischen) Bourgeoisie vom Hals schaffen wollen, aber selbst natürlich als Klasse überleben wollen. Weil sie realistisch genug sind, zu merken, daß sie sich nur mit Hilfe der Arbeiterklasse die imperialistische

Bourgeoisie vom Hals schaffen können, biedern sie sich den Arbeitern an und hoffen, daß die Arbeiter mit ihnen ein "dauerhaftes Bündnis" eingehen. Es ist genau, wie Marx und Engels nach der 48er Revolution feststellten: "Im gegenwärtigen Augenblick, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfaßt, das heißt sie streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen." (Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, März 1850). Im selben Zusammenhang sprachen Marx und Engels auch von den "republikanischen Kleinbürgern...", die sich jetzt rot (!) und sozialdemokratisch nennen, weil sie den frommen Wunsch hegen, den Druck des großen Kapitals auf das kleine, des großen Bourgeois auf den Kleinbürger abzuschaffen... Es versteht sich übrigens, daß der veränderte Name dieser Partei gegenüber den Arbeitern nicht das mindeste ändert, sondern bloß beweist, daß sie nun gegen die mit dem Absolutismus verbundene Bourgeoisie Front machen und sich aufs Proletariat stützen muß.

Für das Kleinbürgertum wäre es natürlich ideal, wenn sie "langfristig als Klasse überleben" könnten. Ihr Pech ist, daß die Arbeiter das nicht akzeptieren werden. "Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelklasse vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848).

Die "Volksfront" in der Geschichte

AMS stellt kategorisch fest, es könne in der BRD "nicht Aufgabe der Kommunisten sein, den unmittelbaren Kampf für den Sozialismus zu propagieren" (S. 34), sondern erst müsse jetzt "Kurs auf die demokratische Erneuerung" (S. 34) und die "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" (S. 32) genommen werden. Diese "Strategie" erklärt AMS für verbindlich und begründet das mit angeblichen Beschlüssen des VII. Kongress der KOMINTERN zur "Volksfrontpolitik".

Genossen von der AMS, die Dimitroff-Rede ist doch wohl bei Euch Pflichtlektüre? Der Genosse Dimitroff hat aus der "Volksfront" kein Dogma gemacht - wie ihr es gegenwärtig tut! - sondern sagte damals unmißverständlich: "Möglicherweise (!) wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe (!) von Ländern sich als eine (!) der wichtigsten Übergangsformen erweisen" und "Wir ziehen in Betracht (!), daß eine solche Lage eintreten kann (!), wo die Bildung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird." Dimitroff war also weit davon entfernt, die "Volksfront"-Strategie für alle kapitalistischen Länder für verbindlich zu erklären.

Außerdem meinte Dimitroff: "Die endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten. Die Rettung wird einzig und allein die Sowjetmacht bringen!"

Aber was machen die Genossen von der AMS daraus? Sie meinen, diese "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" würde "grundlegende demokratische Umgestaltungen gegen die Monopole durchsetzen", "die Einschränkung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole" (also letzten Endes doch Sturz der Klassenherrschaft der Ausbeuter?), "die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum" (S. 33). Dimitroff war also der Meinung, diese Regierung könnte nicht die Klassenherrschaft der Imperialisten stürzen, während AMS diese Regierung ganz kühn als "politische Herrschaft des Volkes" bezeichnet (S. 33). Genossen, ihr könnt euch nicht auf Dimitroff berufen! Diesen Mist müßt ihr schon auf eure eigne Kappe nehmen!

Gegenüber dem Versuch der DKP/AMS, den "Kurs auf eine Regierung der fortschrittlichen Kräfte" für verbindlich zu erklären - unter Berufung auf Dimitroff! - sei an den Schluß der Dimitroff-Rede erinnert, wo er sagte: "Wir sind Feinde jedes Schematismus. Wir wollen die konkrete Lage in jedem Moment und an jedem gegebenen Ort berücksichtigen und nicht überall nach einer bestimmten Schablone handeln, wir wollen nicht vergessen, daß unter verschiedenen Bedingungen die Stellungnahme der Kommunisten nicht die gleiche sein kann."

Der ganze Dogmatismus der Genossen von der AMS wird daran sichtbar, daß sie zwar die theoretische Konzeption der "Volksfront" einigermaßen richtig wiedergeben (daraus nicht völlig richtig, wie wir sahen!), aber nicht den leisesten Gedanken an die praktischen Erfahrungen verschwenden.

In Frankreich legte noch vor dem VII. Kongreß der KOMINTERN die Parteikonferenz der PCF (23.-25. Juni 34 in Ivry) fest, Frankreich stünde "nicht vor einer Wahl zwischen Kommunismus und Faschismus, sondern vor der Entscheidung zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie". Einen Monat später, am 27. Juli 34, schloß die Führung der PCF ein "Einheitsfrontabkommen" mit den Sozialdemokraten ab. Am 30. Mai 35 wurde auf die Initiative der Führung der PCF eine "Volksfront" gebildet, an der PCF, Sozialdemokraten, Radikale Partei, Radikalsozialistische Partei und Republikanisch - Sozialistische Partei beteiligt waren. Im Januar 36 stellte die "Volksfront" ihr Programm auf: Verbot der faschistischen Organisationen, politische Amnestie, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Reform der Einkommenssteuer, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und staatlich Aufsicht über die Bank von Frankreich.

Bei den Wahlen April/Mai 36 gewann die Front Populaire 375 von 610 Mandaten, darunter die PCF 72.

Die aus diesen Wahlen zustandgekommene "Volksfront-Regierung" des Sozialdemokraten Léon Blum (an der die PCF nicht beteiligt war) führte zunächst eine Reihe scheinbarer Zugeständnisse durch, wie Lohnerhöhungen, Zulassung der Gewerkschaften in den Betrieben, Einführung der 40-Stunden-Woche und Verbot einiger paramilitärischer faschistischer Organisationen. Danach verkündeten sie eine "Atempause", d.h. den Stopp weiterer Reformen. Außerdem weigerte sich die "Volksfront"-Regierung, der kämpfenden Spanischen Republik irgendeine Form von Unterstützung zu gewähren!

Im Juni 37 wurde Blum durch Chautemps vom rechten Flügel der "Radikalsozialisten" (Kleinbürgerpartei) abgelöst. Nach einem nochmaligen Zwischenspiel Blums (März 38) hob die Französische Bourgeoisie schließlich Daladier in den Sattel, der laut Regierungserklärung dem "Volksfrontprogramm treu ergeben" war. Das bewies die Regierung Daladiers sogleich durch die "Notverordnungen" vom Mai 38, die dem werktätigen Volk Steuererhöhungen, steigende Lebenshaltungskosten und die Abschaffung der 40-Stunden-Woche bescherte.

In Spanien kam auf Initiative der Führung der Spanischen KP ein "Volksfront-Abkommen" im Januar 36 zustande, woran die KP, die Sozialistische Arbeiterpartei, zwei

republikanische Parteien, der Allgemeine Gewerkschaftsbund und kleinere regionale Parteien beteiligt waren. Die "Volksfront" forderte: Amnestie, Demokratisierung der Armee, Landverteilung, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Senkung von Steuern und Pachtsätzen und Lohnerhöhungen. Die Wahlen vom Februar 36 gewann die "Volksfront" mit 268 Sitzen (Republikaner 158, Sozialisten 88 und Kommunisten 88) gegen 205 Sitze der Rechtsparteien. Die Republikaner bildeten die Regierung. Sie führten kleinere soziale Verbesserungen ein und begannen eine zaghafte Agrar-Reform, ließen aber vor allem die reaktionären Kräfte und die faschistischen Banden ungeschoren, zum Verhängnis der bürgerlich-demokratischen Republik. Am 18. Juli 36 begann der Putsch faschistischer Truppen, der im März 39 mit dem Einmarsch der Franko-Truppen in Madrid sein Ende fand. Die kleinbürgerliche "Volksfront"-Regierung brachte es während des fast dreijährigen Bürgerkriegs nicht einmal fertig, entschlossen mit den faschistischen Banden in den republikanischen Städten ("5. Kolonne") Schluß zu machen, die ganz offen Sabotage betrieben und die anrückenden faschistischen Truppen durch Militärputsche unterstützten.

In Chile proklamierten im Juni 1932 pro-US-Kreise der Bourgeoisie eine "Sozialistische Republik" (!) und gaben Erklärungen ab, in denen sie versprachen, ein staatliches Außenhandelsmonopol (!) einzuführen und "Chile vom Joch des internationalen und nationalen Kapitals zu befreien" (gemeint war: Zurückdrängung des englischen zugunsten des US-Kapitals!). Diese Regierung brach zwei Wochen später an ihren inneren Widersprüchen auseinander. Es folgte eine Zeit verschärfter Reaktion. Die KP Chiles wurde verboten. Die Verschärfung der Klassenkämpfe in Chile führte schließlich zum Austritt der Radikalen Partei und der Demokratischen Partei aus der Regierung.

Am 26. März 1936 wurde eine "Volksfront" aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Radikaler Partei und Gewerkschaften gebildet. Bei den Präsidentschaftswahlen 1938 erhielt der Kandidat der "Volksfront" Cerda (Radikale Partei), die meisten Stimmen. Er versprach: "Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Beschränkung der Macht der Monopole, Bodenreform, Verbesserung der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung sowie des Bildungssystems, Verteidigung des Friedens und Festigung der Unabhängigkeit des Landes. 1941 zerbrach die Volksfront, Ohne ihre Ziele auch nur annähernd verwirklicht zu haben.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der "Volksfront"-Politik sind demnach keineswegs so, daß es zulässig wäre, daraus eine verbindliche "Strategie" abzuleiten. Die Erfahrungen bewiesen im Grunde nur, was schon Marx und Engels feststellten, daß nämlich ohne selbstständige politische und militärische Macht der Arbeiterklasse nicht einmal bürgerlich-demokratische Umgestaltungen Bestand haben können. Anfänglich bei dem radikal-reformistischen Teil des Kleinbürgertums und der "Arbeiteraristokratie" liegend (Sozialdemokraten) ging die Führung der "Volksfront" schließlich an die versöhnlerischen, pseudo-reformistischen Schichten des Kleinbürgertums und der kleinen Bourgeoisie über. Das Kleinbürgertum erwies sich als völlig unzuverlässiger Verbündeter der Arbeiterklasse. Die Etikettierung dieser Koalition als "Volksfront" - wie sie auch von den kommunistischen Parteien vorgenommen wurde - erwies sich als bloße Demagogie.

Die "Zurückdrängung der Macht der Monopole"

Der AMS dient die unreflektierte "Volksfront"-Konzeption dazu, sich möglichst unbemerkt am Imperialismus und an der Frage der politischen Macht vorbeizumogeln.

DKP/AMS wissen natürlich recht gut: "Eine solche Regierung kann noch nicht die sozialistische Umwälzung durchführen, dazu ist die politische Herrschaft der Arbeiterklasse notwendig" (Grundsatzerklärung der DKP). Aber: wie erobert denn die Arbeiterklasse die politische Macht?

Lenin sagte einmal über einen der "geistigen Väter" des Revisionismus, Kautsky: "Alle Ausflüchte, Sophismen, betrügerischen Fälschungen braucht Kautsky gerade, um über die gewaltsame Revolution hinwegzureden, um seine Verleugnung der Revolution, seinen Übergang auf die Seite der liberalen Arbeiterpolitik, d.h. auf die Seite der Bourgeoisie, zu verhüllen. Hier liegt der Hund begraben." (Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky)

In der Tat! Natürlich ist es unter der Kapitalistenherrschaft, Fortbestehen des KPD-Verbots usw. nicht einfach, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus auch bezüglich der proletarischen Revolution zu propagieren. Aber gerade darauf kommt es an!

Die Revisionisten sind so in ihre eigenen Ausflüchte und Herumredereien verstrickt, daß sie bereits schlichtweg dummes Zeug reden und sich selbst widersprechen. Sie behaupten, mit ihrer "demokratischen Erneuerung" eine "Herrschaft des Volkes" zu errichten, die indessen "völlig im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" bleiben soll. Verstehe das wer will! Die Kommunisten waren bisher der Meinung, daß die bürgerliche Demokratie eine Form der Herrschaft der Kapitalistenklasse, und nicht der "Herrschaft des Volkes" ist.

Die Revisionisten behaupten sogar, mit ihrer seltsamen "Herrschaft des Volkes" eine "Einschränkung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole" erreichen zu können. Wer soll das machen? Die JUSOs vielleicht, wenn die DKP-Führung ihnen gut zuredet? Es ist doch offenbar, daß jeder ernstzunehmende Angriff auf die ökonomische und politische Macht der Kapitalistenklasse keineswegs "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" vor sich gehen kann, sondern nur durch entschiedene Maßnahmen zur Unterdrückung und Niederhaltung der Kapitalisten und der reaktionären Elemente im Staatsapparat, Bundeswehr, Polizei usw.

Die Formel von der "Zurückdrängung der Macht der Monopole" macht klar, was sich die Revisionisten so vorstellen. Sie machen aus dem Klassenkampf, aus dem Kampf um die Macht im Staat ein läppisches Tauziehen, dessen Spielregeln überdies von der "bürgerlichen Demokratie", von der bürgerlichen Verfassung bestimmt werden. Ein bißchen schubsen, ein bißchen drängeln, schon kippen die Kapitalisten?... Wer von der "Überwindung der Macht der Monopole" spricht, aber verschweigt, was das bedeutet, nämlich nicht ein paar JUSO-"Reformen", sondern tatsächlich Kampf um die Macht im Staat - wer darüber wegschwätzt, handelt nach unserer Auffassung im höchsten Maß verantwortungslos.

Revolutionäre Propaganda ist zur Zeit nicht einfach. Aber das gibt keinem das Recht, der Arbeiterklasse einen Weg in die Sackgasse zu weisen - am Ende noch mit dem "schlauren" Hintergedanken: "Die Arbeiter werdens dann schon merken, daß es auf dem friedlichen Weg und mit Reformen gar nicht geht..." Dafür wäre nämlich der Preis zu hoch!

Die bewaffnete Arbeiterklasse ist der beste Garant für einen möglichen "friedlichen Übergang"

Wie wir sahen schenken Marx und Engels der Frage der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution große Aufmerksamkeit. Und Lenin schätzte ein, ein Sieg über den Zarismus werde eben eine Diktatur sein, d.h., er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf

den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene, auf "legalem, "friedlichem Wege" geschaffene Einrichtungen." (Zwei Taktiken). Erstens könne nur so die Reaktion niedergehalten werden und zweitens könne nur so dem Verrat der zeitweiligen Verbündeten der Arbeiterklasse ein Riegel vorgeschoben werden. In diesem Sinne ist die bewaffnete Arbeiterklasse der beste Garant für einen möglichen "friedlichen Übergang".

Seit Lenin gilt der Grundsatz: wir streben den unblutigsten Weg an, aber wir bereiten uns auf die Möglichkeit vor, daß die Kapitalisten ihre Herrschaft mit Gewalt verteidigen.

Die Genossen von der AMS hätten eine relativ gute Position, wenn sie es einfach dabei beließen, oder wenn sie sich darauf zurückziehen würden, daß diese Frage überhaupt nicht offen diskutiert werden kann (KPD-Verbot). Sie müssen aber unbedingt ihre Eselsohren zeigen, indem sie zusätzlich behaupten, "die Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung der Revolution" seien "heute, wo sich der Imperialismus auf Weltebene in der Defensive befindet, gewachsen". Das ist offenkundig grober Unfug. Je mehr die Imperialisten in die Defensive gedrängt werden, umso abenteuerlicher und unberechenbarer werden ihre Handlungen. Das zeigen auch die tatsächlichen Erfahrungen: Griechenland, Indonesien, Vietnam, Kambodscha, Dominikanische Republik usw. usf.

Woran liegt es wohl, daß trotz "wachsender Möglichkeiten" kein einziges Beispiel für den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" vorliegt, wohl aber in wachsender Zahl Beispiele für die "wachsende" Brutalität der Imperialisten? Das liegt einfach daran, daß sich die Imperialisten um das "Kräfteverhältnis in der Welt" einen Dreck scheren. Wäre es nach dem Kräfteverhältnis gegangen, so hätte der deutsche Faschismus nicht die Sowjetunion angegriffen, und der US-Imperialismus hätte die Finger von Südostasien gelassen. Es ist einfach blödsinnig, anzunehmen, eine untergehende Klasse würde sich auf Grund des Kräfteverhältnisses mit ihrem Untergang abfinden. Darum hat auch die DKP Unrecht, die in ihrer Grundsatzerklärung der "sozialistischen und antimonopolistischen Volksbewegung" rät, sie solle "die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern". Das ist Augenwischerei. Die Imperialisten werde auf jede Veränderung des Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten mit Gewalt antworten. Und selbst ein ungünstiges Kräfteverhältnis wird die Imperialisten nicht hindern, sich auf äußerste Abenteuer einzulassen, um ihren Untergang abzuwenden.

Gegenüber den Spekulationen auf "friedlichen Übergang zum Sozialismus" und eine "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" halten es die Kommunisten mit Lenin: "Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodellieren könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab." (Rede in einer Festsetzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30, S. 417).

Fehleinschätzung in der Beurteilung der Möglichkeiten des "friedlichen Übergangs" sind nur geeignet, die Arbeiterklasse in katastrophale Niederlagen hineinzutreiben. So war es in Griechenland. Mitglieder der revisionistischen KP Griechenlands prahlten vor dem faschistischen Staatsstreich: "Die KP Griechenlands stellte fest, daß der Übergang zunächst zu demokratischen und dann zu sozialistischen Umgestaltungen auf friedlichen Wege möglich ist. Diese Politik beflügelte (?) die demokratische Bewegung, rüstete (?) die Partei zum Kampf für den Sturz der Karamanlis-Regierung und die Entwicklung des Landes auf dem Wege der Demokratisierung (?), entwaffnete (?) ideologisch die reaktionären Kräfte, die unsere Partei, unter Bezugnahme auf den Bürgerkrieg, verleumderisch als Unruhestifter im Lande bezeichneten, förderte (?) wirksam (?) den Kampf zur Wieder-

herstellung der Demokratie." (zitiert aus dem Artikel "Griechenland im Kampf um die Demokratie", in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Prag, Januar 1966).

Der weitere Fortgang der Ereignisse ist bekannt. Das Beispiel zeigt, wohin es führen würde, wenn wir anfangen würden, vor den Realitäten die Augen zu verschließen, nur damit die Kapitalisten uns nicht als "Unruhestifter" verleumden können. Die Rederei vom "friedlichen Übergang" ist nichts anderes als eine Beschönigung des Kapitalismus, die letzten Endes zu abenteuerlichen Schlußfolgerungen und katastrophalen Niederlagen führen muß.

Lenin sagte zu Recht: "Der Imperialismus... d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, nicht bemerken" heißt, zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie herabzusinken.

(Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky)

Aufgabe der Kommunisten muß sein, unter Ausnutzung des Spielraums der bürgerlichen Legalität bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu schaffen. Der "friedliche Möglichkeit" ist eine sehr geringe Möglichkeit, die nicht außer Acht gelassen werden darf, sondern nach Möglichkeit zu erreichen ist - ohne aber diese Möglichkeit zu überschätzen und sie der weiteren Strategie zugrunde zu legen. Gegenwärtig sind die Illusionen über Möglichkeiten eines "friedlichen Überganges" (Wandel durch Veränderung usw.) ungleich größer und gefährlicher bei den Arbeitern als mögliche Überschätzung einer nichtfriedlichen Entwicklung. Daher muß gegen diese Illusionen vor allem die politische Arbeit geleistet werden.

Politik der ganz kleinen Schrittden

Die "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" entlarvt sich als Politik der ganz kleinen Schrittden, als Hoffnung auf Reförmchen, die dann in der Summe plötzlich sich zur gesellschaftlichen "Erneuerung" addieren sollen.

Sehr klar brachte das der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann auf dem Essener Parteitag im April 69 zum Ausdruck: "Der Kampf um die demokratische Erneuerung beginnt jetzt und heute im Wirken für einzelne politische und soziale Forderungen." Und er sagte, an welche Forderungen er da denkt: eine europäische Sicherheitskonferenz (heute hätte er natürlich die Verträge von Moskau und Warschau an erster Stelle genannt!), die Anerkennung der DDR, Verbot der NPD, Aufhebung des KPD-Verbots, Unterstützung der gewerkschaftlichen "Mitbestimmungs"-Forderung, aktive (?) Lohn- und Gehaltspolitik.

Was ist los mit den Verträgen?

Die Revisionisten sind zu einer langfristigen, von Grundsätzen ausgehenden Politik weder bereit noch fähig. Von Augenblicks-Überlegungen geleitet, erheben sie bald diese und bald jene "zentrale Forderung" und versprechen, daß dann "die Arbeitsplätze gesichert" sind, "der Frieden erhalten" bleibt, usw. So war es jahrelang mit der Forderung nach Anerkennung der DDR, die jetzt von den Verträgen und der "Sicherheitskonferenz" auf den dritten Platz verdrängt wurde.

Ihre ganze "demokratische Erneuerung" entlarvt sich als reformistische Schaumschlagerei, wenn es z.B. in einem Flugblatt des Landesvorstandes Schleswig-Holstein der DKP vom 16. Januar heißt: "Frieden, Sicherheit und niedrige Lebenshaltungskosten, das sind Wünsche der Bevölkerung 1971." Die Verwirklichung dieser Wünsche hängt in erster Linie von der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ab. Dauerhafter Frieden in Europa ist nur über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR möglich. Die Inkraftsetzung der Verträge bringt Frieden und Sicherheit durch gutnachbarliche Beziehungen, bringen Rüstungsabbau und damit wirtschaftliches Wachstum." Und dieses Flugblatt wurde ausgerechnet bei einer großen Demonstration gegen eine neofaschistische Versammlung verteilt! Die Verfasser des Flugblatts scheinen die faschistische Gefahr nicht sehr ernst zu nehmen.

Was sagen die Kommunisten zu den Verträgen?

Nach unserer Einschätzung entsprechen die Verträge der gesamten expansiven Wirtschafts- und Außenpolitik des westdeutschen Imperialismus. Das Ziel der Imperialisten ist im Wesentlichen das Gleiche wie früher: Aufspaltung der Front der sozialistischen Staaten, Isolierung der DDR. Heute kommt in erhöhtem Maß die Jagd nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffgebieten dazu.

Natürlich sollen die sozialistischen Länder mit den Kapitalisten Handel treiben. Aber die DKP-Führung sollte aufhören, sich als public relations-Büro des sowjetischen Außenhandels zu gebärden. Da heißt es z.B. in der DKP-Werbeschrift "Die fünf großen Vorteile des Moskauer Vertrages" u.a. "Der Moskauer Vertrag öffnet den Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt, zu einem Ozean des Absatzes." Für wen soll das ein "Vorteil" sein? Für die Arbeiter, belehrt uns die DKP-Führung weiter in ihrer Werbeschrift. Denn wenn der westdeutsche Imperialismus "Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt" erhält, dann bekommen die Kapitalisten mehr Aufträge und machen mehr Profit. Und dann haben die Arbeiter endlich sichere Arbeitsplätze und kriegen mehr Lohn. So ist der Kapitalismus halt: Jeder hat eine Chance... Tatsächlich haben nun ein paar besonders stupide Leute ein Liedchen gemacht, das die DKP sogar auf ihren Veranstaltungen singen läßt, und da heißt es allen Ernstes: "Sind die Verträge erst Gesetze, sichern sie uns Arbeitsplätze..." So weit also ist der Unfug mit den Verträgen schon gediehen.

Diese ganze DKP-These läuft auf eine uralte Lüge der Kapitalisten hinaus: daß nämlich alles, was für den Kapitalisten von Vorteil ist, auch den Arbeitern Vorteil bringt, oder anders ausgedrückt: je voller und reicher der Tisch der Kapitalisten gedeckt ist, umso mehr Krümel werden auch für die Arbeiter abfallen. Daß diese Lüge von Leuten aufgewärmt wird, die sich für Kommunisten halten, ist nicht ohne Witz.

Aber wie ist denn die Realität? Kann es im Kapitalismus "sichere Arbeitsplätze" geben? Kann der Kapitalismus seinen eigenen Krisen überwinden, wenn man ihm "Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt" gewährt? Führen steigende Profite zu steigenden Löhnen?

Natürlich nicht. Es gibt im Kapitalismus keine "soziale Sicherheit", und wenn noch soviel Verträge unterzeichnet werden und wenn die Kapitalisten noch soviel "Zugang" in die sozialistischen Länder erhalten. Es gibt keinen "dauerhaften Frieden", trotz aller Verträge.

Nehmen wir das Beispiel des "Osthandels". Die Revisionisten behaupten, daß mit Hilfe des "Osthandels" die Kapitalisten alle ihre Probleme lösen könnten - und die Probleme der Arbeiter gleich mit. Aber Tatsache ist, daß ein großer Teil des "Osthandels" und der verschiedenen Kooperations-Verträge

zuerst einmal über langfristige Kredite, Waren-Vorauslieferungen o.ä. abgewickelt werden. Was glaubt die DKP-Führung, wo die Kapitalisten die Mittel für diese gesteigerten Investitionen hernehmen werden? Selbstverständlich werden sie aus der verschärften Ausbeutung der Arbeiter, Senkung des Real-Lohns usw. herausgezogen werden.

Weiter. Die Entwicklung der Beziehungen führt auch dazu, daß die Kapitalisten Teile ihrer Produktion in sozialistische Länder verlagern. z.B. werden in der VR Polen Waren für den westdeutschen Markt "in Lizenz" hergestellt (d.h. nach westdeutschen Mustern). Ebenso werden in die VR Polen Rohstoffe (z.B. für Textilien) von den westdeutschen Kapitalisten geliefert, dort verarbeitet und nach Westdeutschland geliefert. z.B. lassen AEG-Telefunken und Grundig Plattenspieler und Tonbandgeräte in Polen produzieren. Was das langfristig für die "Sicherheit des Arbeitsplatzes" bei uns bedeutet, ist klar. Ein weiteres Beispiel: der Handel mit Arbeitskräften. Einige hunderttausende jugoslawische Arbeiterinnen und Arbeiter sind bereits bei uns beschäftigt. Die westdeutschen Imperialisten hoffen indessen, Arbeitskräfte auch aus anderen Ländern beziehen zu können, wie etwa CSSR, VR Polen u.a. Es ist zu bedenken, daß z.B. die VR Polen mit 200 000 Arbeitslosen nicht nur einen "Ozean des Absatzes" bildet, sondern auch eine konkrete Probleme hat, von denen sich die Kapitalisten eine reiche Ernte erhoffen.

Die wirtschaftliche Expansion des Imperialismus geht stets auf Kosten der Arbeiter auch des eigenen Landes, statt ihnen "sichere Arbeitsplätze" und "höhere Löhne" zu bringen. Der "Osthandel" macht da keine Ausnahme!

Wir haben das Beispiel der Verträge von Moskau und Warschau aufgenommen, um zu zeigen, mit welchen Maßstäben von den Revisionisten bestimmt wird, was für sie "im Mittelpunkt" ihrer ganzen politischen Arbeit steht. Bedenkenlos wird den Arbeitern das Blaue vom Himmel heruntergelogen, was sie alles nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau erwarten dürfen: höhere Löhne, sichere Arbeitsplätze, "Frieden und Entspannung" usw. usw.

Zugunsten des Rummels um die Verträge von Moskau und Warschau muß sogar der immer notwendiger werdende entschiedene Kampf gegen den Abbau unserer politischen Rechte, gegen die faschistische Gefahr, zurücktreten. "Der Feind steht rechts", murmeln die Revisionisten. Ja, aber das tut er immer. Die gegenwärtige wachsende faschistische Gefahr und Abbau der bürgerlichen Demokratie wird durch solche Phrasen geradezu verharmlost.

Keiner läßt sich gern einen Reformisten oder Revisionisten nennen, und das macht es der AMS verteuert schwer, in dieser Frage unbefangen zu diskutieren. Es stimmt eben nicht, wenn die Genossen in ihrem Papier schreiben: "Für die Reformisten haben dagegen Reformen genau das entgegengesetzte Ziel" (wie für die Kommunisten), nämlich die Aktivität der Massen zu verhindern, die Massen durch scheinbare Zugeständnisse zu beschwichtigen und sie vom Klassenkampf abzuhalten." (S. 43). Was AMS da schreibt trifft genau auf die SPD-Spitze zu, also waschechte und bewußte Lakaien der Kapitalistenklasse wie Schiller, der den Kapitalismus laut SPIEGEL-Interview "mit Zähnen und Klauen verteidigen" will. Dagegen haben ja die Reformisten den "ehrlichen, guten Willen", die kapitalistische Gesellschaft zu verändern oder sogar durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen (bzw. durch pervertierte Modelle eines "demokratischen Sozialismus", des "jugoslawischen Modell" u.ä.). Nur wollen sie diese Veränderungen "friedlich und demokratisch" auf dem Wege von Reformen, statt durch den revolutionären Sturz der Kapitalistenklasse!

In diesem Sinn ist auch das DKP-Schema der "demokratischen Erneuerung" zutiefst reformistisch, weil es seine "Strategie" auf die Durchsetzbarkeit von Reformen "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" aufbaut, sogar die "Macht der Monopole" "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" "zurückdrängen" (richtiger: Zurückdrängen!) und "schließlich überwinden" will. Auf diese Weise soll sich der DKP zufolge die Arbeiterklasse an die sozialistische Revolution anschließen, ohne daß weder sie selbst, noch die Kapitalisten etwas merken.

Die wichtigsten Fehler des Spartakus - AMS - Papiers

1. die Arbeiterklasse kann mit dem Kleinbürgertum kein "dauerhaftes Bündnis" eingehen, sondern bestensfalls ein zeitweiliges
2. die Kleinproduzenten und Selbstständigen (Kleinbürger, Bauern, "freie" Intelligenz) können weder im Kapitalismus noch im Sozialismus "langfristig als Klasse überleben".
3. die Strategie der "Volksfront" und der "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" kann nicht zur verbindlichen Schablone erhoben werden
4. indem die Kapitalisten in die Defensive gedrängt werden, wachsen die Möglichkeiten für einen "friedlichen Übergang" nicht, sondern werden im Gegenteil geringer

Probleme der MARXISTEN-LENINISTEN der BRD

Stellungnahme einer kommunistischen Gruppe innerhalb der KPD (Herbst 1967)

Ein Thema beherrscht heute in zunehmendem Maß die gesamte Auseinandersetzung zwischen den Marxisten-Leninisten und den modernen Revisionisten in der illegalen KPD Westdeutschlands und erfaßt darüber hinaus immer größere Kreise von Arbeitern, Intellektuellen, Studenten und Jugendlichen:

Wird die DDR von den modernen Revisionisten aller Länder — mit den Revisionisten der Sowjetunion an ihrer Spitze — verraten und verkauft?

Welche Rolle spielen die modernen Revisionisten der SED in der DDR?

Welche Auswirkungen hat diese reaktionäre Entwicklung der DDR für die gesamte politische Situation in Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa?

Wie wirkt sich diese negative Entwicklung auf die Arbeiterbewegung in Westdeutschland und insbesondere der KPD aus?

Voller Sorge wird von allen dem Marxismus-Leninismus verbundenen Genossen in Westdeutschland der heute eindeutig revisionistische Weg der DDR und seine Auswirkungen insbesondere auf Westdeutschland verfolgt. Daß dieser Weg immer mehr in revisionistischer — d. h. reformistischer und letzten Endes kapitalistischer — Richtung verläuft, darüber gibt es keinen Zweifel. Die Tatsachen sprechen für sich.

Ausgehend von dieser Feststellung wundert es keinen Genossen, daß der revisionistische Kurs unserer Partei — der KPD in Westdeutschland — nur eine nahezu zwangsläufige Folge dieser degenerierten Entwicklung der SED in der DDR ist. Schließlich weiß jeder um die starken Verbindungen dieser beiden Parteien, die durch die

Bedingungen der Illegalität in Westdeutschland bestimmt nicht schwächer geworden sind.

Es herrscht also bei fast allen Marxisten-Leninisten Westdeutschlands darüber Klarheit, daß der gesamte moderne Revisionismus die DDR verrät und verkauft, daß damit der gesamte moderne Revisionismus ein gewaltiges Hindernis und eine große Gefahr für ein künftiges sozialistisches Deutschland ist. Darüber hinaus herrscht Klarheit darüber, daß die modernen Revisionisten in der SED und der KPD den gesamten Parteiapparat beherrschen und weitestgehend den Kurs dieser Parteien und damit unserer Partei bestimmen. Weitestgehende Unklarheit herrscht dagegen über die wahren und tiefen Ursachen dieser revisionistischen Entwicklung in der KPD und SED.

Diese mangelnde Kenntnis der Wurzeln des Revisionismus in der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland ist natürlich auf große ideologische Schwächen in der Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse zurückzuführen, einer schon beinahe traditionellen Unterschätzung der revisionistischen Gefahr in der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese ideologische Schwäche, verstärkt durch sehr starke bürgerliche Umwelteinflüsse und verbunden mit einem ausgeprägten Wunschdenken, erzeugt selbst bei dem Marxismus-Leninismus treu verbundenen Genossen illusionäre Vorstellungen über die gegenwärtige und künftige Rolle der SED in der DDR. Viele ehrliche Genossen können und wollen es einfach nicht wahrhaben, daß die revisionistische Entwicklung in der DDR und die Entartung der SED mehr als nur eine vorübergehende Erscheinung sind. Sie wollen es einfach

nicht wahrhaben, daß der Revisionismus in der DDR und auch im gesamten Parteiapparat der KPD in Westdeutschland bereits tiefe Wurzeln geschlagen hat.

Wollen wir aber die Gefährlichkeit und den ganzen Umfang der revisionistischen Seuche erkennen, müssen wir zu den Wurzeln vordringen. Nur so können wir auch die Auswirkungen mit aller Aussicht auf Erfolg und mit unserer ganzen revolutionären Leidenschaft bekämpfen und ausrotten. Unterlassen wir das, dann überlassen wir den modernen Revisionisten — der 5. Kolonne der Imperialisten in den Reihen der Arbeiterklasse — das Feld. Das aber wäre gleichbedeutend mit Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, Verrat an der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns. Das hieße die Arbeiterklasse ohne Führung und ihrer stärksten Waffen beraubt sich selbst zu überlassen und würde darum letzten Endes Kapitulation vor dem US-Imperialismus und seinen deutschen Lakaien bedeuten.

Versuchen wir also zu den Wurzeln des modernen Revisionismus in Deutschland und insbesondere in der DDR vorzudringen.

Verteidigen wir den Marxismus-Leninismus! Verteidigen wir die DDR und ihre sozialistischen Erregenschaften, solange es noch etwas zu verteidigen gibt! Eröffnen wir die Diskussion und damit unsere Offensive gegen die revisionistischen Bastionen!

Der Weg der Revolution ist in Deutschland mit Niederlagen und Verrat gepflastert

„Wer nur die Lichtseiten sieht und die Schwierigkeiten nicht wahrnimmt, der wird nicht erfolgreich für die Erfüllung der vor der Partei stehenden Aufgaben kämpfen können.“

Mao Tse-tung, „Über Koalitionsregierung“ (24. April 1945).

Deutschland hat in seiner Geschichte große revolutionäre Erhebungen erlebt und nicht wenige hervorragende Revolutionäre hervorgebracht. Mit großem Stolz können wir darauf verweisen, daß die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus — Marx und Engels — Söhne Deutschlands waren. Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus — das Kommunistische Manifest — war zugleich das erste entscheidende und bedeutende Dokument der deutschen Arbeiterbewegung.

Alle diese hervorragenden Beispiele, die sich in einer nahezu endlosen Kette fortsetzen ließen, können aber nicht die Tatsache verdecken, daß in der gesamten deutschen Geschichte alle großen revolutionären Erhebungen mit Niederlagen endeten und diese Niederlagen sehr oft durch Verrat und Versagen der Führungskräfte verursacht wurden.

Wir können natürlich nur ganz kurz, zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Situation, einen kleinen historischen Rückblick versuchen.

Der Große Deutsche Bauernkrieg endet mit einer Niederlage durch das Versagen und den Verrat des gerade entstehenden jungen deutschen Bürgertums. Deutschland wird um Jahrhunderte in seiner gesamten Entwicklung zurückgeworfen.

Die Revolution des deutschen Bürgertums beginnt 1848 erfolgreich und endet mit einer entscheidenden Niederlage durch den Verrat des entstehenden kapitalistischen Großunternehmertums. Aus Furcht vor der deutschen Arbeiterklasse die bereits organisiert auftritt, schließt es mit dem feudalistischen Staat und dessen Junkern einen Pakt — sie werden zu „Schlotbaronen“.

Die Einheit Deutschlands wird nicht auf revolutionärem Wege erkämpft, sondern auf kaltem militärischem Machtweg von „oben“ 1870 erreicht.

Die ersten größeren Arbeiterorganisationen in Deutschland waren durchaus keine revolutionären Organisationen. Es waren Gewerkschaften und der rein reformistische „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ von Ferdinand Lassalle. Selbst als die SPD, gegründet von Wilhelm Liebknecht und August Bebel, die politische Bühne betritt, gleicht sie trotz eines mehr oder weniger marxistischen Programms einem Wahlverein.

Von Anfang an macht sich im Schoße der alten SPD revisionistisches und reformistisches Gedankengut breit, das noch stärker wird, als sich diese Partei mit den Lassalleanern auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha 1875 „vereinigt“. Marxens Programmkritik spricht Bände. Daß sich in dieser Partei die Stammväter des klassischen Revisionismus, wie Eduard Bernstein und Legien, breitmachten, kann schon niemand mehr wundern.

Unter völliger Verkennung der ökonomischen und sozialen Wurzeln des Revisionismus wurde dieser, trotz Lenins Warnungen, selbst von den besten Vertretern der deutschen „Linken“ in der Partei nur in seinen Auswüchsen und an der Oberfläche durch Diskussionen bekämpft. Das geschah so lange, bis es zu spät war. 1914 brach die II. Internationale zusammen und mit ihr die letzten, kaum noch vorhandenen Reste einer revolutionären Arbeiterpartei in Deutschland. Der Revisionismus hatte gesiegt — die deutsche Arbeiterklasse wurde als Schlachtvieh verkauft und war ohne revolutionäre Führung.

1918 schlugen die Fluten der Oktoberrevolution nach Deutschland. Es gab eine akute revolutionäre Situation, aber keine starke, den revolutionären Anforderungen entsprechende Führung. Es fehlte eine bolschewistische Partei mit ihren stählernen und erfahrenen Kadern. Die Novemberrevolution wurde von den Revisionisten bewußt fehlgeleitet und verraten. Sie endete mit einem Scheinsieg.

Die Gründung der KPD war die notwendige — aber leider verspätete — Konsequenz aus dem Verrat der Revisionisten. Die Gründung einer neuen revolutionären Partei ist und bleibt das Verdienst von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die dafür auch ihr Leben lassen mußten. Daß die Gründung dennoch sehr spät — fast zu spät — erfolgte, bewies die mangelhafte Nutzung der revolutionären Nachkriegsepoche bis 1923. Daß es möglich war, revolutionäre Kämpfe erfolgreich zu führen, bewies Ernst Thälmann im Hamburger Aufstand. Der Aufstand blieb jedoch isoliert — auch die KPD versagte unter der rechten Führung von Brandler und Thalheimer.

Erst danach entwickelte sich die Partei durch lange Kämpfe unter der Führung von Ernst Thälmann zu einer wirklichen Partei neuen Typus, zu einer leninistischen Partei. Diese Partei errang große Erfolge — insbesondere zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1928 bis 1933.

Aber als dann der Faschismus die Macht ergriff, versagte auch diese zahlenmäßig stärkste Sektion der III. Internationale außerhalb der SU. Sie hatte den Faschismus in seinem ganzen Wesen und seiner ganzen Gefährlichkeit nicht erkannt. Hier konnte man nicht mehr abwarten, hier galt es zu kämpfen — notfalls auch zu unterliegen, erneut zu kämpfen — mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Nichts dergleichen geschah, die ersten zaghaften Versuche eines politischen Widerstandes waren bald im Blut erstickt und Tausende deutscher Kommunisten wanderten in die KZs und ließen ihr Leben. So auch der beste Sohn der deutschen Arbeiterklasse — Ernst Thälmann.

Zwar kämpften viele Tausende deutscher Kommunisten weiter und setzten ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus ein. Sie kämpften in Spanien, in der Widerstandsbewegung in Deutschland und an fast allen Fronten des II. Weltkrieges. Sie vermochten aber nicht, das deutsche Volk von seinen faschistischen Verführern zu trennen und diese Verbrecher auf revolutionärem Wege zu beseitigen. Die Revisionisten hatten gute Vorarbeit

geleistet, große Teile der Arbeiterklasse ideologisch entwaffnet und sie zusammen mit Massen von ent-

täuschten Mittelständlern und Bauern in die Arme der Faschisten getrieben.

1945: Zerschlagung des deutschen Nazi-Faschismus ohne maßgebliche Mitwirkung des deutschen Volkes

Der deutsche Nazi-Faschismus — als Ausdruck der größten Machtentfaltung des deutschen Imperialismus — kapitulierte 1945 bedingungslos. Seine Militärmaschine und sein Staatsapparat lagen zerschmettert am Boden.

Die deutsche Wirtschaft war zwar auch stark angeschlagen, aber insbesondere die mächtige und eng mit dem US-Kapital verflochtene Chemieindustrie hatte eigenartigerweise die Bombenteppiche und in Westdeutschland auch die Kriegshandlungen ganz gut überstanden.

Die Ideologen des deutschen Imperialismus, die sich in chauvinistischem Nationalismus schier überschlugen, waren in die Geschichte der deutschen Nation als die größten nationalen Bankrotteure eingegangen. Dasselbe hätte man auch von den klassischen Revisionisten sagen müssen, die dieselbe Rolle ja im I. Weltkrieg gespielt und dem Faschismus Zutreiberdienste geleistet hatten.

Die Voraussetzungen für einen Neubeginn auf völlig veränderter Grundlage hätten also sehr günstig sein müssen.

Aber war der deutsche Imperialismus und seine ideologische Basis im Volk wirklich zerschlagen?

Eine Tatsache ist, daß sogar große Teile der deutschen Arbeiterklasse bis 5 Minuten nach 12 noch den Durchhalteparolen der Nazis folgten. Die nicht durch Bomben zerstörte Rüstungsindustrie funktionierte bis zum Schluß, und nur wenige deutsche Soldaten wagten ohne Befehl die Waffen wegzuerfesseln. Günstigenfalls konnte man bei großen Teilen des deutschen Volkes von Verzweiflung und enttäuschter Hoffnung über nicht eingelöste Versprechungen von seiten der Faschisten sprechen.

Der deutsche Staatsapparat war zwar weitgehend zerschlagen. Der deutsche Staat aber sollte, so wie es Stalin versprochen hatte, als eine Einheit bestehen bleiben. Das Potsdamer Abkommen sah die Aufteilung in 4 Besatzungszonen nur als eine vorübergehende und grundsätzlich nicht die Einheit Deutschlands berührende Erscheinung vor. Das Potsdamer Ab-

kommen hat — laut Urteil vieler Völkerrechtler — auch heute noch für Deutschland verfassungsähnlichen Charakter und hätte bei konsequenter Anwendung in ganz Deutschland eine wahrhaft demokratische Entwicklung auf revolutionärer Grundlage eingeleitet, es hätte die schon lange fällige bürgerliche Revolution vollenden und darüber hinaus das deutsche Volk einen großen Schritt voranbringen können.

Gerade dieses Kapitel ist für die revisionistischen Anbeter des „friedlichen Weges zum Sozialismus“ sehr lehrreich. Liefert uns doch die jüngere deutsche Geschichte und ihr Produkt — die BRD — das beste Anschauungsmaterial, was auch die beste geschriebene Verfassung, und der schönste Vertrag wert sind, wenn das Volk nicht mit revolutionärer Entschlossenheit dahintersteht. War das aber der Fall?

Nein! — Trotz aller Bemühungen der gerade erst wieder zugelassenen KPD war es nicht möglich, diese notwendige Volksbewegung in den westlichen Besatzungszonen zu entfachen. Die KPD war und blieb die einzige Partei, die diesen Versuch unternahm, um gegenüber den imperialistischen Besatzungsmächten vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Sieg über den deutschen Faschismus war eben nicht vom deutschen Volk selbst unter maßgeblicher Mitwirkung seiner Arbeiterklasse errungen worden, sondern durch die Waffen der Roten Armee und der in der Anti-Hitler-Koalition vereinigten Völker. Trotz allen Heldenumes deutscher Kommunisten, trotz all ihrer Opfer blieb der Anteil des deutschen Volkes an seiner Befreiung vom Faschismus sehr, sehr gering. Das gilt es, nüchtern und klar zu erkennen, wollen wir uns nicht selbst und unserem Volk etwas vormachen.

Von der SBZ zur DDR

Die imperialistischen Besatzungsmächte im Westen Deutschlands gingen sofort nach ihrer Etablierung unter Führung des US-Imperialismus dazu über, das imperialistische System zu retten. Sie kümmerten sich einen Dreck um das Potsdamer Abkommen. (Küm-

mern sich denn jemals Imperialisten um irgendwelche Abkommen, die ihnen nichts nützen?)

In der damaligen Sowjetisch. Besetzten Zone (SBZ) wurde, entsprechend Stalins Anweisungen, konsequent das Potsdamer Abkommen verwirklicht und auf dessen Grundlage ein wahrhaft demokratischer Umwandlungsprozeß eingeleitet.

Es galt, den Faschismus und damit das imperialistische System zumindest in diesem Teil Deutschlands mit seinen Wurzeln auszurotten.

Welchen Anteil hatte die deutsche Arbeiterklasse und ihre führende Partei — die KPD — bei der Lösung dieser Aufgabe?

Die Reihen der KPD hatten sich 1945 stark gelichtet. Er waren nicht die schlechtesten Genossen, die gleich Ernst Thälmann ihr Leben hatten lassen müssen. Diejenigen deutschen Kommunisten, die noch überlebten, waren nicht sehr zahlreich. Vor allen Dingen kamen sie aus einer anderen Welt zu ihrem Volk zurück. Sie kamen aus der Welt der Zuchthäuser und KZs, aus der Welt der Strafkompagnien und aus der Welt der im eigenen Land Verfolgten und Gehetzten. Sie kamen aus der Welt der Emigration und des Kampfes gegen ein verbrecherisches, faschistisches System, das von der Mehrheit ihres Volkes gestützt wurde. Sie kamen also aus einer Isolierung von ihrem eigenen Volk, das zu großen Teilen willig einem verbrecherischen System gedient hatte.

Auf den Schultern dieser Kommunisten lastete nun die gesamte Verantwortung für die Gestaltung eines neuen, sozialistischen Deutschlands. Denn, daß nur ein sozialistisches Deutschland eine Wiederholung der verbrecherischen Vergangenheit unmöglich machen konnte, war ihnen mehr als jedem anderen klar.

Die Chance war da, sie durfte nicht — wie schon so oft in der deutschen Geschichte — ungenutzt verstreichen.

Gestützt auf die bewaffnete Macht der Roten Armee wurde in der damaligen SBZ das Potsdamer Abkommen verwirklicht. Unter der Führung deutscher Antifaschisten mit der KPD als Motor, wurde zum ersten Male in der deutschen Geschichte eine umfassende Industrie- und Bodenreform durchgeführt. Die Schlotbarone wurden entmachtet. Damit wurde die entscheidende, führende Schicht der deutschen Kapitalisten und Junker, die den deutschen Imperialismus verkörperte, zumindest in einem Teil Deutschlands aus ihren Machtpositionen entfernt.

Alle entscheidenden Schlüsselpositionen in Staat, Wirtschaft und

Verwaltung sowie das gesamte politische Leben mußten neu gestaltet und von neuen Kräften besetzt werden. Diese Aufgabe fiel in der SBZ vor allen Dingen den alten, bewährten deutschen Arbeiterfunktionären zu — insbesondere aber den Kommunisten. Obwohl dem eigenen körperlichen Zusammenbruch sehr nahe, packten sie zu und übernahmen die Verantwortung. Ihr Ziel war aber die einheitliche sozialistische deutsche Republik. Diesem Ziele glaubten sie sich näher denn je, als sich die KPD mit der SPD in der damaligen SBZ zur SED vereinigte.

Diese historisch notwendigen Schritte in der SBZ und ihre Erfolge beunruhigten natürlich in starkem Maße die in- und ausländischen Imperialisten in ihrem eigenen Machtbereich. Sie taten alles in ihren nicht unbeträchtlichen Kräften Stehende, um ein Übergreifen dieser Entwicklung auf Westdeutschland zu verhindern und — wenn möglich — die Entwicklung in der SBZ aufzuhalten, zu stören oder gar rückgängig zu machen.

Das von Viktor Agartz einige Zeit vor seinem Tod inspirierte Buch „Verraten und verkauft“ beweist auch für einfältige Gemüter, wie insbesondere die US-Imperialisten im Bunde mit den anderen — einschließlich den deutschen — Imperialisten vor keinem verbrecherischen Mittel zurückschreckten, um ihre Positionen zu retten. Insbesondere gelang es ihnen, in der SPD und den Gewerkschaften nahezu alle Schlüsselpositionen mit ihren eigenen Agenten und Werkzeugen zu besetzen. Das geschah so massiv, daß man das in der Arbeiterbewegung verbreitete Schimpfwort „Agent“ in diesem Zusammenhang schon nicht mehr im übertragenen Sinn anwenden kann. Sogar in die Reihen der KPD in Westdeutschland schleusten sie nicht wenige dieser gedungenen Werkzeuge ein.

Diese kriminellen Elemente in den Reihen der Arbeiterbewegung haben diese Stellungen in Westdeutschland nicht nur behalten, sondern bis zu Ministerposten ausgebaut.

Zuvor aber verhinderten sie die Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage in den westlichen Besatzungszonen, verhinderten die demokratische Umgestaltung der Westzonen und sicherten den aus- und inländischen Imperialisten ihre Positionen ab bzw. halfen ihnen bei deren neuerlicher Festigung.

Als die Imperialisten erkannten, daß die Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands in absehbarer Zeit nicht aufzuhalten war, da die von Stalin geführte Sowjetunion

als Garant hinter dieser Entwicklung stand, schritten sie zur Spaltung des deutschen Staates, der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes.

Der Weg der Spaltung mit dem versklavenden Marshall-Plan als materielle Grundlage ist markiert durch die Bi-Zone, die Tri-Zone, Währungsreform, Ausrufung der BRD, NATO und EWG. Maßgebliche Werkzeuge waren insbesondere die Verräter und Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse — in der SPD und den Gewerkschaften.

Indem die Imperialisten die BRD als Sperrriegel und zugleich als Angriffsbasis gegen das gesamte sozialistische Lager ausbauten, hofften sie zugleich, den östlichen Teil Deutschlands, in dem die von Kommunisten geführte deutsche Arbeiterklasse die Geschicke lenkte, von seiner natürlichen Rohstoffbasis abzuschneiden, auszuhungern und zur Kapitulation zu zwingen.

Tatsächlich entstand für eine lange Periode eine schwierige Situation in der damaligen SBZ, die durch die offene Sabotage hineingeschleust oder angeworbener Agenten und Diversanten noch verschlimmert wurde. Es bedurfte der ganzen Anstrengung aller Kräfte und insbesondere der damals noch

starken und unverbrüchlichen Solidarität des einheitlichen und geschlossenen sozialistischen Lagers. Es gab also in Deutschland eine sowohl in nationaler wie auch in internationaler Hinsicht ausgesprochene Klassenkampfsituation. Da zu dieser Zeit der Geist des Marxismus-Leninismus noch alle kommunistischen und Arbeiterparteien erfüllte, die sich hinter das Banner der von Stalin geführten und darum noch revolutionären KPdSU scharten, wurde diese schwierige Situation auch gemeistert:

Im Osten Deutschlands entstand aus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden — die DDR.

Die DDR war im Klassenkampf — durchaus nicht friedlich — entstanden: als Basis für ein künftiges einheitliches und sozialistisches Gesamtdeutschland. Diesen ehrenvollen Kampfauftrag wird die DDR jedoch nur erfüllen können, wenn sie ihren Klassencharakter wahrt. Verliert die DDR aber ihren Klassencharakter, dann verliert sie auch jeden Führungsanspruch im Kampf für eine einheitliche deutsche sozialistische Republik und sinkt auf die Stufe eines kleinen deutschen Separatstaates zurück und begeht damit nationalen Verrat.

DIE DDR — REPUBLIK OHNE LEIDENSCHAFT

Der moderne Revisionismus hat in der DDR tiefe sozial-ökonomische und historische Wurzeln

Hat die DDR in der Vergangenheit vielen Schwierigkeiten getrotzt und sich allen Angriffen und Sabotageversuchen von seiten der Imperialisten in einem mehr oder weniger offenen Kampf widersetzt, so droht ihr jetzt eine viel tückischere Gefahr aus den eigenen Reihen, aus dem eigenen Hinterland — der moderne Revisionismus. Daß der moderne Revisionismus heute wie ein Polyp in der DDR nahezu alle Bereiche in Partei, Staat, Wirtschaft und Verwaltung erfaßt hat, darüber gibt es leider keinen Zweifel mehr. Leider gibt es aber nicht wenige Genossen, die das zwar auch erkennen, die Ursache aber einzig und allein in der revisionistischen Entwicklung der KPdSU sehen. Sie sehen die revisionistische Entwicklung in der DDR nur als eine mehr taktische Kompromißlösung an, um sich nicht in einen totalen ideologischen Gegensatz zur revisionistischen KPdSU zu begeben, der sofort wirtschaftliche, militärische und politische Konsequenzen nach sich ziehen

würde. Sie kennen die Verhältnisse in der DDR und glauben, sie wäre zu schwach, um diesen Kampf zu überleben. Sie glauben also das „kleinere Übel“ wählen zu müssen und wollen im übrigen abwarten, um die DDR „ökonomisch stärken“ zu können.

Ganz davon abgesehen, daß solch ein Weg zur totalen Kapitulation führt, beruht diese Argumentation doch auf einer totalen Mißachtung der Gefahren, die der deutschen Arbeiterklasse aus den tiefen historischen, ökonomischen und sozialen Quellen des speziellen klassischen deutschen Revisionismus drohen. Wir haben versucht, am Eingang dieses Briefes auf einige dieser Quellen hinzuweisen. Viel besser und gründlicher ist es jedoch bei Lenin nachzulesen und kann nicht oft genug studiert werden.

Eine noch größere Unkenntnis besteht jedoch über die Quellen des modernen Revisionismus in der DDR, deren Ursprung zumeist in

der jüngeren Geschichte zu suchen sind und wiederum ständig neue Quellen des modernen Revisionismus gebären.

Machen wir also den Versuch, wenigstens einige dieser Quellen aufzuspüren, offenzulegen und Dämme dagegen zu errichten. Sie zum Versiegen zu bringen dürfte schon schwerer sein — aber auch das muß uns eines Tages gelingen.

Eingangs zeigten wir, welche schwierige Situation 1945 in der damaligen SBZ vorherrschte. Wir zeigten, welche Aufgaben die Partei in der damaligen Lage lösen mußte und wie überbeansprucht und gering an Zahl die entscheidenden Kader der ersten Stunde waren. Eine echte Revolution von unten hatte es nicht gegeben. Diese Kader lebten in einer fortschrittlichen Ideenwelt, die nicht die Ideenwelt der meisten Menschen ihrer Umgebung war. Sie waren also gewissermaßen ideologisch isoliert. Da es überall an Kadern jeder Art mangelte, mußten viele reaktionäre Kräfte von geringerer Bedeutung auf ihren Posten bleiben, und nicht wenige hatten schon nach kurzer Zeit die Situation erfaßt und „stellten sich um“. Es war die große Stunde von Karrieristen und anderem Gesindel, das sich schnell an die Rockschoße der Sieger hing. Nicht wenige haben inzwischen in der DDR beachtliche Positionen — im wahrsten Sinn des Wortes — erklommen.

Auch die Vereinigung von KPD und SPD zur SED hatte nicht nur positive Wirkungen. Der „Sozialdemokratismus“ hatte Einzug in die Partei gehalten. Viele Sozialdemokraten waren in entscheidende Schlüsselpositionen gerückt. Noch gefährlicher aber war das große Heer der vielen kleineren Funktionäre, die zwar gegenüber dem Marxismus-Leninismus Lippenbekenntnisse ablegten, aber ansonsten wie eh und je emsig und fleißig reinsten Pragmatismus pflegten. Sie hatten den ganzen opportunistischen, reformistischen und letzten Endes auch revisionistischen Ballast mitgebracht.

Da die meisten und besten Kommunisten in verantwortliche Positionen gerückt waren, andererseits viele ganz reaktionäre und faschistische Elemente ihre Positionen räumen mußten, ging in der Arbeiter- und Bauernklasse der damaligen SBZ ein Umstrukturierungsprozeß vonstatten. Gute Revolutionäre gingen in die Verantwortung und wurden von ihren Aufgaben fast erdrückt, kamen aus der Isolierung und isolierten sich wiederum. Reaktionäre Kräfte wurden zur „Bewährung“ in die Arbeiter- und Bauernklasse gedrückt, ihr Einfluß wirkte sich verheerend aus — wie der 17. Juni 1951 bewies.

Zur gleichen Zeit ging in ganz Deutschland ein gewaltiger Umstrukturierungsprozeß vonstatten, der ohne Beispiel war, die gesamte Sozialstruktur veränderte und sich im Klassenkampf auswirken mußte. Millionen von Umsiedlern aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße kamen auch in die damalige SBZ, mitsamt ihren ganzen Ressentiments gegen die Rote Armee, Polen- und Tschechenhaß im Rucksack. Zudem kamen sie aus den rückständigsten Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und gehörten zumeist zur bäuerlich-kleinbürgerlichen Bevölkerung, die besonders an ihrem Besitz hing, und nun ebenfalls hauptsächlich in die Arbeiterklasse hineingepumpt wurde. Durch die Bodenreform wurden hunderttausende deutscher Landarbeiter zu Kleinbesitzern und entwickelten bäuerlich-kleinbürgerliches Denken. Zur gleichen Zeit kehrten Millionen ehemaliger Soldaten der faschistischen Wehrmacht an ihre Arbeitsplätze zurück. Jahrelang hatten sie als Besatzungssoldaten andere Völker unterdrücken geholfen. Viele waren oft unmittelbar an Verbrechen beteiligt, und fast alle waren der faschistischen „Herrenrassen-Theorie“ erlegen gewesen. Einem normalen Arbeitsleben waren sie weitgehend entwöhnt, und auch die militärische Disziplin der Faschisten war in der letzten Zeit stark gelockert gewesen, so daß man ohne weiteres gerade bei diesen Menschen von einer gewissen Verwilderung sprechen konnte.

Eine weitere, zahlenmäßig in die Millionen gehende Gruppe, stellten die Heimkehrer und insbesondere die sog. „Spätheimkehrer“ aus der Sowjetunion dar. Die Masse von ihnen kam mit starken antisowjetischen, d. h. antikommunistischen Ressentiments beladen nach Hause. Heute wissen wir, daß manche ihrer Kritiken nicht ganz unberechtigt waren und praktisch schon die künftige revisionistische Entwicklung ankündigten. Daß schon damals deutliche Anzeichen einer weitverbreiteten Korruption in der Sowjetunion sichtbar wurden und manch einen redlich denkenden deutschen Kriegsgefangenen abstieß, wissen wir heute alle, und das spricht nicht unbedingt gegen diese Menschen.

Anders war es jedoch mit den sogenannten „Antifa-Leuten“ aus den Kriegsgefangenen-Lagern der Sowjetunion. Mit diesen Menschen war der Versuch gemacht worden, aus faschistischen Söldnern „Antifaschisten“ zu machen. Ein sehr löbliches Unterfangen und in Einzelfällen sogar mit Erfolg. Aber wirklich nur in einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen — wenn wir uns nicht an Zahlen und formalen Willenserklärungen berauschen wollen. Mit falschen

Mitteln und Methoden wurde eine gute Sache ins Gegenteil verkehrt. Die heutige revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion und der DDR wurde in diesen Lagern schon vorweggenommen. Wer formale „fortschrittliche“ Willenserklärungen abgab, sich „antifaschistisch“ gebärdete und zudem noch sein Arbeitssoll übererfüllte, bekam schnell neben den Sonderprämien den Status eines „Antifaschisten“ verliehen. Mit diesem Status begann er sich aber grundlegend von allen anderen Kriegsgefangenen zu unterscheiden. Er hatte jetzt den Zugang zu all den vielen kleinen Funktionen der Lagerverwaltung, konnte Brigadier werden und brauchte auf jeden Fall nicht mehr selbst schwer zu arbeiten. Zudem bekam er Sonderzuteilungen an Verpflegung, Kleidung und viele andere Möglichkeiten, sich materielle Vorteile zu verschaffen. Seine Überlebenschancen unter den oft sehr harten Lebensbedingungen im Lager wuchsen. Das hatten natürlich sehr schnell gerade diejenigen unter den Kriegsgefangenen erkannt, die wenig charakterfest, aber dafür um so beweglicher in ihrer „Anpassungsfähigkeit“ waren: Also im wesentlichen kleinbürgerliche und bürgerliche Kräfte, die sich im Faschismus und im faschistischen Militärapparat genauso „angepaßt“ hatten. Sie hatten in den Lagern bald alle „Machtpositionen“ inne und stellten auch die Masse der „Schüler“ auf den „Antifa-Schulen“. Während sie in den Lagern selbst sehr oft einen regelrechten Terror entwickelten, waren sie auf den „Antifa-Schulen“ natürlich die reinsten Musterschüler. Auf diesen Schulen selbst wurde mit rein scholastischen Lehrmethoden der unmögliche Versuch unternommen, Marxismus-Leninismus aus der Retorte zu züchten. Die besten Gedächtnisakrobaten und „Meinungsforscher“ schnitten mit den besten Noten ab und eröffneten sich damit die Chance, anschließend die nächsthöhere Stufe einer Schule zu erklimmen — bis zur zentralen Antifa-Schule in Moskau oder gar als Lehrer. Damit waren sie dem Lager entronnen und hatten sich gleichzeitig die Startlöcher für eine Karriere in Deutschland gegraben. Warum müssen wir heute nach so vielen Jahren diese Tatsachen noch einmal in die Erinnerung zurückrufen?

Einfach deshalb, weil diese Elemente heute massenweise, zu Tausenden und Abertausenden, auf allen Ebenen und in nahezu allen Schlüsselstellungen der DDR und auch der KPD in der BRD anzutreffen sind. Sie stellen die Masse der Kader, wurden unter Verletzung der innerparteilichen Demokratie sogleich nach ihrer Rückkehr als hauptamtliche Kräfte in den Parteiapparat kooptiert und stan-

den sehr oft in ihrem ganzen Leben noch keinen Tag an der Maschine.

In der DDR wirkte sich das noch besonders verheerend aus, weil diese Kräfte ihren ganzen Arbeitsstil, ihre scholastischen Lehrmethoden für die gesamte DDR und auch für die KPD der BRD allgemeinverbindlich machten. So ist es in der DDR ganz „normal“, daß derselbe Schüler oder Student, der in der Gesellschaftskunde eine „Zwei“ oder gar eine „Eins“ nach Hause bringt, der in einer öffentlichen Diskussion sich ungeheuer „fortschrittlich“ gebärdet, in seinem Privatleben und in den persönlichen Gesprächen sich völlig bürgerlich gibt und das in extrem entgegengesetzten Auffassungen zum Ausdruck bringt. Große Teile der Jugend sind bereits im großen Maße korrumpiert und leben ständig in einer ideologischen und geistigen *Czizophrenie*. Sie sind natürlich der beste Nährboden, das beste Mistbeet, auf dem der moderne Revisionismus prächtig gedeihen kann.

Lassen wir es mit diesen Aufzählungen zunächst bewenden. Wir wissen auch, daß die Ursachen für diese Erscheinungen zum Teil weit zurückreichen, teils objektiver Art sind und zu einem großen Teil der

DDR durch massiven ökonomischen, politischen und militärischen Druck — insbesondere von den Revisionisten der Sowjetunion — aufgezungen worden sind. Sicher war die revolutionäre Basis im Volk zu keinem Zeitpunkt so stark oder nur annähernd vergleichbar mit jener der VR China oder der VR Albanien. Für diese Ausgangslage können wir natürlich weder die SED noch die ulbrichtsche Führungsgruppe allein verantwortlich machen. Wofür man sie aber verantwortlich machen muß, das ist, daß sie diesen Zustand noch verschlimmerten, daß sie nichts Entscheidendes taten, um die revolutionäre Basis zu erweitern und zu stärken, daß sie die Partei auf den Weg des Revisionismus, auf den Weg der Isolierung vom Volk und auf den Weg der Korruption gebracht haben. Wir müssen sie auch dafür verantwortlich machen, daß sie in Erkenntnis ihrer isolierten Lage durch Nachtrabpolitik und Hinwendung zu den ideologisch zurückgebliebensten Schichten ihre „Massenbasis“ erweitern wollten.

Ja, man kann sagen, sie sind dabei, das Mistbeet, auf dem der moderne Revisionismus so prächtig gedeiht, zu hegen und zu pflegen und noch ganz neue Sorten und Abarten des Revisionismus zu züchten.

Die versäumte Kulturrevolution

„Ein Kommunist soll offenhertzig, ehrlich und aktiv sein, das Interesse der Revolution muß ihm teurer sein als sein eigenes Leben, er hat seine persönlichen Interessen den Interessen der Revolution unterzuordnen, er soll immer und überall an den richtigen Grundsätzen festhalten und einen unermüdlichen Kampf gegen alle falschen Ideen und Handlungen führen, um so das kollektive Leben der Partei und die Verbindung zwischen Partei und den Massen zu festigen; er muß sich mehr um die Partei und um die Massen kümmern als um die eigene Person, mehr um die anderen Menschen als um sich selbst. Nur dann kann er als Kommunist angesehen werden.“

Mao Tse-tung, „Gegen den Liberalismus“ (7. September 1937).

Jedem Marxisten-Leninisten ist klar, daß nach dem Sturz der

Bourgeoisie und der Änderung der Besitzverhältnisse, die schwierigsten Probleme erst noch gelöst werden müssen. Die Etappe des Sozialismus, die Etappe der Diktatur des Proletariats ist in jedem Falle notwendig, und in ihr muß der neue Typ eines Menschen entstehen, der frei von jedem Egoismus den Kommunismus gestalten kann. Bis es jedoch so weit ist, ist die Frage „Wer — Wen“ noch nicht endgültig entschieden, wird der Klassenkampf unter veränderten und schwierigeren Bedingungen sich sogar noch verstärken.

In dieser Etappe des Sozialismus herrscht auch noch das Verteilungsprinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten — Jedem nach seiner Leistung.“ Jede primitive „Gleichmacherei“ würde sich in dieser Etappe schädlich auswirken und zu einer Hemmung der Entwicklung, zu Anarchie führen.

Aber noch gefährlicher als jede Linksabweichung ist es, diese für die Etappe des Sozialismus richtigen Prinzipien formal, lebensfremd und ihres revolutionären Inhalts beraubt, rein pragmatisch, ohne revolutionäre Zielrichtung anzuwenden.

Entscheidend für die Festigung des Sozialismus und für die Erreichung des Endzieles — des Kommunismus — ist die Schaffung eines völlig neuen Menschen, erfüllt mit einem völlig neuen Bewußtsein. Das Bewußtsein entwickelt sich jedoch nicht von selbst. Gilt diese Binsenweisheit grundsätzlich für alle Länder, so für Deutschland und die DDR in besonderem Maße. Wie man dieses neue sozialistische Bewußtsein auf revolutionärer Grundlage entwickelt und ob es überhaupt gelingt, das hängt ganz und allein vom Zustand der Vorhut der Arbeiterklasse, von ihrer kommunistischen Partei ab. Das hängt aber auch von jedem Kommunisten ab, der in seiner Person schon den neuen, künftigen Menschen verkörpern muß. Er muß Leitbild und Vorbild insbesondere der Jugend sein. Das gilt für jeden Kommunisten jeden Landes. Das gilt aber in besonderem Maße für einen Kommunisten eines sozialistischen Landes, denn er trägt eine noch größere Verantwortung, sein Versagen wirkt sich noch verhängnisvoller aus. Und das gilt noch mehr für einen deutschen Kommunisten, der in ganz besonderem Maße die Schwerkraft des gesamten schon erwähnten Ballastes seiner Geschichte und seiner Umwelt überwinden muß. Hier in unserem Land — ganz Deutschland — werden an den einzelnen Kommunisten besonders hohe Anforderungen gestellt. Um die Massen und besonders die Jugend mitzureißen, muß man selbst vor Leidenschaft brennen, ein Vorbild an Opferbereitschaft, Mut und Prinzipienfestigkeit sein.

An einen Kommunisten in der DDR müßte man in jeder Hinsicht höhere Ansprüche stellen als an jeden beliebigen anderen Bürger. Ein Funktionär in der DDR, ganz gleich auf welcher Ebene, müßte sich auszeichnen durch Bescheidenheit, zugänglich für jede Kritik und selbstkritisch gegenüber der eigenen Person und den eigenen Handlungen, er müßte ständig von den Massen lernen, ohne sich von den negativen Strömungen unter den Massen unterkriegen zu lassen. Aber auch diese negativen Strömungen müßte er real und nüchtern zur Kenntnis nehmen und mit großer Entschlossenheit und Überzeugungskraft bekämpfen.

Wie sieht es aber in der Praxis der DDR aus?

Tatsächlich wird von jedem Funktionär viel verlangt, und er muß auch viel leisten. Tatsächlich sind auf ökonomischem Gebiet große Fortschritte erzielt worden, und es werden in Zukunft vielleicht noch größere erzielt werden. Dafür sorgt schon die erweiterte, moderne tech-

nologische Basis. Schließlich hat die BRD oder Japan ebenfalls eine schnelle, sprunghafte ökonomische Entwicklung durchgemacht, und man kann diese Länder wohl kaum als sozialistisch bezeichnen. Von den Managern in den kapitalistischen Ländern wird auch viel verlangt, wollen sie ihre einmal erklommenen und erboxten Positionen erhalten.

Nur behaupten die Revisionisten in der DDR, daß sie den Sozialismus aufbauen und ihre Privilegierten, ihre Manager deshalb so viel bekommen und auch zu beanspruchen haben, weil es dem sozialistischen Verteilungsprinzip entspreche. Das ist aber auch fast das einzige, was die „sozialistischen Manager“ von den kapitalistischen unterscheidet.

Wie lebt solch ein „sozialistischer“ Manager in der DDR, der zumeist wichtiger Partei-, Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionär in einer Person ist?

Nachdem das Dienstmädchen (die gibt es auch dort noch) ihm das Frühstück bereitet hat, verläßt er seine Villa oder Komfortwohnung. Die Wohnungen werden in der Regel beigelegt, kosten wenig, sie sind für diese speziellen Zwecke besonders komfortabel angelegt, befinden sich zumeist in einer besonderen Lage in einer Umgebung, in der ebenfalls nur ähnliche Wohnungen zu finden sind. Auf ihn wartet in der Regel ein Dienstwagen mit Chauffeur, während sein eigener Wagen seiner Frau, seinen Kindern bzw. seinem eigenen Wochenende vorbehalten bleibt. Zwar arbeitet er dann sehr intensiv, aber sein Arbeits- und Erlebnisbereich unterscheidet sich auch in nichts von dem eines kapitalistischen Managers.

Die Frauen dieser Männer sind zumeist noch bürgerlicher. Die wenigsten arbeiten zumeist „beschränkt“ sie sich auf den Haushalt und die „Pflege eines kultivierten Lebens“ sowie auf „Repräsentationspflichten“. Andere wiederum sind selbst Manager, und noch öfter findet man den Typ, der so eine Art Sekretär zur Verwaltung der Interessen des Mannes bzw. der Familie ist.

Die Gehälter mit allen anderen finanziellen Einkünften betragen natürlich das Mehrfache — oft sogar das 10- bis 20fache eines Arbeitereinkommens. Früher kaufte man seine Lebensmittel und Bedarfsartikel in internen Läden mit speziellen Ausweisen — mitunter etwas verschämt. Heute geschieht das ganz offen in den „Exquisit“-Läden. Dort kann man sämtliche Spitzenprodukte der DDR, die sonst nur für den Export bestimmt sind, kaufen. Dort gibt es aber auch sämtliche Produkte

aus dem kapitalistischen Ausland. Theoretisch kann dort natürlich jeder kaufen — vorausgesetzt, er hat das nötige Geld für die stark überhöhten Preise oder Devisen.

Da die Privilegierten zusammenwohnen, sind natürlich die Schulen, Kindergärten und sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen in ihrer Umgebung besonders ausserlesen. Schließlich sitzen sie ja an der Quelle des Einflusses und der Beziehungen — und für die Jugend — insbesondere die eigenen Sprößlinge — ist natürlich nichts zu schade. Wie die Privilegierten der zweiten Generation, die unter den angeführten Bedingungen aufwachsen, aussehen und was sie anrichten werden, sich das vorzustellen, dazu bedarf es nicht mehr allzuviel Phantasie.

Damit aber nicht genug. Den Feierabend verbringen diese „Herrschaften“ standesgemäß in entsprechenden Klubs, die für spezielle Zwecke existieren, eine sehr „gepflegte Atmosphäre“ besitzen und nur für „Mitglieder“ bestimmt sind. Natürlich stehen außerdem entsprechende Bars u. ä. Einrichtungen zur Verfügung, die jedem westlichen Vergleich standhalten. Darüber hinaus besitzen diese „Sozialisten“ ihre Wochenendhäuser, ihre Segel- oder Motorboote und haben auch sonst noch genügend Gelegenheit, ihren oft nicht billigen „Hobbys“ zu frönen.

So „wertvolle“ Menschen müssen erhalten und gepflegt werden. Schließlich „sorgt man sich um den Menschen“ — insbesondere wenn er zu den Privilegierten gehört. Darum gibt es speziell für sie eigene Krankenhäuser, Sanatorien und Urlaubsstätten — damit sie ja nicht mit dem „gewöhnlichen“ Volk in Berührung kommen. Aber auch da gibt es noch, entsprechend der Stellung in der Hierarchie, Abstufungen. Für die ganz Privilegierten gibt es dann noch extra Stätten, die im Ausland, zumeist in der Sowjetunion liegen.

Selbst aus dem höchst alarmierenden Ereignis des 17. Juni 1951 wurde keine ernsthafte Lehre gezogen. Wo wäre die DDR ohne Rote Armee geblieben?

Natürlich hatten die US-Imperialisten mit Hilfe der deutschen Imperialisten und ihren Lakaien, insbesondere vom Ost-Büro der SPD, diesen konterrevolutionären Putsch geplant und organisiert. Was hinderte aber die führende Partei der Arbeiterklasse in der DDR — die SED — daran, jederzeit mit dieser Möglichkeit zu rechnen, sich auf revolutionärer Grundlage eng mit den Massen zu verbinden und die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen? Wer konnte sie daran hin-

dern, genauestens über das Fühlen und Denken der Massen orientiert zu sein und die Gefahr schon so frühzeitig zu erkennen, daß sie im Keim erstickt werden hätte können? Tatsächlich wurde die Partei und der Staatsapparat völlig überrascht — sie waren von den Massen total isoliert und konnten sich aus eigener Kraft nicht mehr halten. Das ist schmerzlich festzustellen — aber eine durch die Ereignisse bewiesene unumstößliche Tatsache.

Spätestens nach diesen Ereignissen hätten grundsätzliche Änderungen erfolgen müssen. Eine umfassende Kulturrevolution unter den Bedingungen der damaligen Verhältnisse in der DDR wäre notwendig gewesen, um getreu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus die Partei auf revolutionärer Grundlage zu erneuern und von allen schädlichen Elementen zu säubern. Mit dieser Partei und ihren dann wirklich sich selbstlos aufopfernden revolutionären Kadern hätte man die Arbeiterklasse und das ganze Volk revolutionieren müssen, sich auf wirklich revolutionärer Grundlage mit ihm so verbinden müssen, wie die „Knochen mit dem Fleisch“. Nur so wäre es möglich gewesen, vor allen Dingen die Jugend zu gewinnen und zu guten Revolutionären zu erziehen.

Die Entwicklung nahm aber einen anderen Verlauf.

Die Partei begab sich auf die Linie der faulen Kompromisse, auf die Linie der Nachtrabpolitik. Darüber täuscht auch nicht hinweg, daß die Partei sich zunächst von den schlimmsten Kapitulanten trennte. Man schaute gebannt wie ein schlachtreifes Kaninchen auf die mit Dollarhilfe prosperierende BRD. Man sah nur noch die Lösung aller Probleme in der Lösung der ökonomischen Frage. Die ideologischen und politischen Fragen wurden immer mehr durch die Überbetonung der ökonomischen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Das Prinzip des materiellen Anreizes wurde so hochgezüchtet und als „sozialistisches Leistungsprinzip“ so weit getrieben, daß die Korruption großer Teile des Volkes schon zur Tatsache geworden ist. Natürlich ging die Rechnung der modernen Revisionisten nicht ganz auf. Große Teile der Bevölkerung und insbesondere die jungen und im Arbeitsprozeß stehenden Menschen wurden sehr schnell ein Opfer dieser im Grunde genommen konterrevolutionären Orientierung. Sie folgten dem Prinzip des materiellen Anreizes auf ihre Weise und strömten in Massen in die kapitalistische Bundesrepublik. In wenigen Jahren waren es über 3 Mil-

lionen. Die Masse von ihnen war selbst nach ihren eigenen und den Aussagen der westdeutschen Staatsbehörden einzig und allein dem „ökonomischen Anreiz“ gefolgt. Sie versprachen sich in der BRD im Moment eben größere materielle Vorteile. Sie waren also korrupt — aber von wem? Nicht wenige unter ihnen gehörten zu den enttäuschten jungen Menschen, die oft in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaues in der DDR begeistert mitgemacht und auch Opfer auf sich genommen hatten. Sie waren im Grunde genommen von der „Entartung des Sozialismus“ in der DDR enttäuscht, beteiligten sich in der BRD sehr oft aktiv an den Kämpfen der Arbeiterbewegung und der Studenten und zählten sich selbst zu einem großen Teil zur sogenannten „heimatlosen Linken“. Waren alle diese ehemaligen DDR-Bürger in der Vergangenheit für die Arbeiterklasse in der BRD die ernste Belastung und drückten das Niveau noch mehr, so hat sich das inzwischen gewandelt und zum Teil ins Gegenteil verkehrt.

Anders die Auswirkungen in der DDR selbst. Der große Abfluß arbeitsfähiger Bevölkerung bewirkte eine Umschichtung der gesamten Bevölkerungsstruktur zum Nachteil der DDR und führte in der letzten Konsequenz zu einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Die Revisionisten drohten in den eigenen Schlingen gefangen zu werden. Sie sahen nur noch einen Ausweg — den Bau der Mauer. Es gibt für einen aufrechten Marxisten-Leninisten kaum ein beschämenderes Beispiel in der deutschen Geschichte, daß sich ein „Arbeiter- und Bauernstaat“ auf deutschem Boden durch eine Mauer im buchstäblichen Sinne des Wortes isolieren muß, damit ihm seine eigenen Arbeiter, Bauern und Studenten nicht fortlaufen.

Natürlich wirkte sich der Mauerbau in ökonomischer Hinsicht sehr vorteilhaft aus und wird sich auch in Zukunft so auswirken. Natürlich streben die Menschen in der DDR genau wie in der BRD nach materiellen Vorteilen und nehmen diese tatsächlich auch in steigendem Maße zur Kenntnis. Natürlich tolerieren sie schon aus diesem Grunde ihre führende revisionistische Ulbricht-Clique. Was hat das alles aber mit Sozialismus zu tun?

Kann man die gegenwärtige Entwicklung in der DDR nur noch als tragisch bezeichnen, so wird die Zukunft für manch einen ehrlichen Kommunisten noch böse Enttäuschungen bereithalten.

Inzwischen ist nämlich die zweite

Generation von Technokraten, „Spezialisten“, Bürokraten und Apparatschiks herangewachsen. Und die ist weit schlimmer noch als die erste Generation — vor allen Dingen ist sie perfekter und trägt schon stärkere Züge einer neuen Klasse. Sie kommen zumeist von der Schulbank direkt in ihre Führungspositionen und haben zum Volk, zur Arbeiter- und Bauernklasse noch weniger Verbindung als ihre Vorgänger. Sie kennen keine Klassensolidarität im Geiste des proletarischen Internationalismus, körperliche Arbeit ist für sie eine „Erniedrigung“ und für ihre eigene Person auch „unökonomisch“. Für sie zählen nur Produktionsergebnisse, taktische, politische Vorteile und nicht zuletzt ihre eigenen persönlichen Vorteile. Sie sind die Träger einer neuen konterrevolutionären, bourgeoisen Entwicklung in der DDR mit neuen Machtbeziehungen zu den Produktionsmitteln.

Sie können keinen Beitrag mehr

Welche Schlußfolgerungen müssen die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ziehen?

Wir wissen, welche Rolle die DDR in der Vergangenheit als staatliche Basis für den Sozialismus in ganz Deutschland spielte. Jetzt gilt es aber, die gegenwärtige und völlig veränderte Situation zu erkennen und mit allen Illusionen über die DDR aufzuräumen.

Wir Kommunisten in der BRD wissen auch um die sehr starken Bindungen, die es zwischen SED und KPD gibt. Sehr einseitige Bindungen! Daß dabei schon lange die Prinzipien der Gleichberechtigung und natürlich auch des proletarischen Internationalismus genauso wie das Prinzip des demokratischen Zentralismus verletzt worden sind, ist uns allen bekannt und auch durch die Illegalität nicht zu entschuldigen.

Auch alle Hinweise auf unsere Illegalität und die vielleicht bald erreichte Legalität entschuldigen nicht, daß die ideologische Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus in der KPD kaum richtig begonnen hat. „Einheit um jeden Preis“ ist keine Einheit. Eine legale KPD, die sich selbst kastriert hat und dem Klassegegner erst ihre eigene Un-

zur Lösung der nationalen Frage und zum Sieg des Sozialismus in Deutschland leisten. Ohne ihren Sturz und ohne ihre Beseitigung ist der Sozialismus in der DDR für eine ganz erhebliche Zeitspanne zurückgeworfen. Darüber hinaus sind sie ein ernstes Hindernis zur Er kämpfung eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands.

Die Arbeiterklasse in der BRD und alle anderen unterdrückten Schichten in der BRD sind für sie nur ein von Fall zu Fall zu benutzender außenpolitischer Faktor, um ihre eigenen machtpolitischen und egoistischen Pläne zu verwirklichen. Wie oft wurden schon aufrechte und gutgläubige westdeutsche Kommunisten diesen Plänen kaltblütig geopfert. Wie oft verwechselte schon mancher junge unerfahrene Genosse, der ihren Anweisungen blindlings folgte, politische Arbeit mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit und fügte damit unserer Bewegung großen Schaden zu.

gefährlichkeit und Harmlosigkeit für das bestehende System nachweisen muß, ist völlig überflüssig und sogar sehr schädlich.

Natürlich ist es notwendig, daß die Marxisten-Leninisten eine neue Plattform ausarbeiten müssen. Aber kommt diese von selbst als „Himmelsgeschenk“? Muß man erst mit der Auseinandersetzung warten, bis die Plattform da ist?

Wir haben schließlich unsere stärkste Waffe in Gestalt der marxistisch-leninistischen Theorie und vor allen Dingen die Lehre Mao Tse-tungs, die den Marxismus-Leninismus der Gegenwart verkörpert. Wir haben auch noch die Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien von Moskau und Bukarest, die den Revisionismus als gegenwärtige Hauptgefahr klar beim Namen nannten. (Aber auch in diesen Deklarationen dürfen einige Mängel nicht übersehen werden.) Wir haben aber auch die alten Dokumente der KPD und auch der SED, von denen viele noch sehr brauchbar sind.

Die Marxisten-Leninisten der BRD müssen zur Offensive übergehen.

Bisher bestand für jeden Mar-

xisten-Leninisten die revolutionäre Pflicht, konsequent die Positionen des Marxismus-Leninismus — seine Reinheit — gegen die Schlammflut des modernen Revisionismus zu verteidigen. Das wird auch in alle Zukunft notwendig sein. Genügt das aber?

Nein!

Es genügt nicht mehr, sich nur in endlosen Debatten mit eingefleischten Revisionisten oder korrupten Apparatschiks herumzuschlagen. Das hilft höchstens den Revisionisten, jeder Auseinandersetzung auf breiterer Front aus dem Wege zu gehen, die einzeln auftretenden Marxisten-Leninisten zu isolieren und sie unter Umständen noch durch rein pragmatische Arbeit zu beschäftigen und sie so letzten Endes noch vor den revisionistischen Karren zu spannen.

Andererseits gilt es aber, sich vor Provokateuren, Abenteurern und getarnten Klassenfeinden zu schützen. Revolutionäre Wachsamkeit ist erstes Gebot — darf aber nicht in engem, muffigem Mißtrauen enden.

Es genügt auf die Dauer nicht mehr, daß die einzeln auftretenden Marxisten-Leninisten sich darauf beschränken, isoliert zu bleiben. Auch die ersten kleineren Zusammenschlüsse zu örtlichen Gruppen werden in Zukunft nicht mehr ausreichen. Ebenso wenig wird es in Zukunft genügen, sich nur auf die Herausgabe des einen oder anderen marxistisch-leninistischen Blättchens — wie es z. B. auch unsere „Spartakusbriefe“ darstellen — zu beschränken.

Was notwendig ist, das ist der Zusammenschluß von Marxisten-Leninisten zu örtlichen Gruppen, in denen der eine den anderen persönlich kennt.

Dieser Zusammenschluß muß sowohl innerhalb wie auch außerhalb unserer KPD erfolgen. Mögen die Revisionisten zeternd und schreien. Mögen sie uns „Spalter“, „Fraktionsmacher“, „Chinesen“, „Albaner“, „Dogmatiker“ oder „Sektierer“ nennen — wir wissen, wer die

wirklichen Spalter sind und wer den Marxismus-Leninismus verraten hat. Uns ist die Partei kein Selbstzweck — und darf es nie werden. Nur eine mit der Theorie des Marxismus-Leninismus ausgerüstete Partei ist ein scharfes Schwert. Eine revisionistische Partei ist jedoch noch viel weniger wert als ein alter, abgetragener Hut.

Nur durch einen besseren organisatorischen Zusammenschluß kann es uns gelingen, in die ideologische Offensive auf breiter Front überzugehen und den Revisionisten in- und außerhalb der Partei be-

deutend geschlossener und wirkungsvoller entgegenzutreten.

Bei dieser Auseinandersetzung darf der Revisionismus in der DDR nicht geschont werden. Nur durch unsere konsequente und entschlossene Entlarvung des modernen Revisionismus in der DDR können wir auch den Revisionisten in der KPD entscheidende Schläge versetzen und unsere eigene revolutionäre Position stärken. Gleichzeitig leisten wir auf diese Art den Marxisten-Leninisten in der DDR die wirksamste Hilfe — verteidigen somit den Sozialismus in der DDR, der von der Ulbricht-Clique in der SED verraten wird.

Darüber hinaus gilt es insbesondere, die Lehren Mao Tse-tungs schöpferisch auf deutsche Verhältnisse — insbesondere auf die Verhältnisse in der BRD — anzuwenden. Es gibt genügend legale Möglichkeiten, sich mit den Lehren Mao Tse-tungs vertraut zu machen. Nutzen wir sie!

Dennoch wird all das nicht ausreichen, unsere Wirkungskraft entscheidend zu verstärken. Wir brauchen in der BRD ein großes überregionales Bindeglied, ein gemeinsames Forum. Das kann unter den Bedingungen der Illegalität nur eine überregionale Zeitung sein. Diese Zeitung muß entsprechend Lenins Rat unser kollektiver Propagandist, Agitator und nicht zuletzt Organisator werden. Dieses gemeinsame Sprachrohr muß

es uns ermöglichen, in gründlicher und rückhaltloser, offener Sprache mit den Revisionisten abzurechnen und eine neue gemeinsame marxistisch-leninistische Plattform zu erarbeiten.

Auf dieser Grundlage aufbauend, wird es uns möglich werden, zu

prüfen, ob unsere KPD noch zu retten ist.

Danach wird es uns möglich sein, auf dieser Grundlage eine entsprechende Strategie und davon abgeleitet eine entsprechende Taktik zu entwickeln.

Viel Zeit dürfen wir nicht verlieren. Gehen wir darum ans Werk und beschleunigen wir den ganzen Prozeß.

Kämpfen wir!

Kämpfen wir für die Reinheit des Marxismus-Leninismus!

Kämpfen wir für die schöpferische Anwendung der Lehren Mao Tse-tungs, des größten Marxisten-Leninisten der Gegenwart!

Verteidigen wir die DDR gegen Imperialismus und modernen Revisionismus!

Kämpfen wir für ein einheitliches sozialistisches Deutschland!

Kämpfen wir gegen den US-Imperialismus und seine treuesten Verbündeten und Statthalter in Europa — die deutschen Imperialisten!

Greifen wir die Imperialisten an ihrer Basis an, zerschlagen wir ihre 5. Kolonne in den Reihen der Arbeiterklasse — den modernen Revisionismus!

Betrachten wir uns als Teil der revolutionären Weltbewegung aller Völker und aller Länder — beweisen wir tatkräftige Solidarität besonders mit dem tapfer kämpfenden vietnamesischen Volk!

Kämpfen wir für organisatorischen Zusammenschluß und für unsere gemeinsame Zeitung!

**Gruppe
KOMMUNISTISCHER
ARBEITERBUND
Hamburg**

**REVISIONISMUS
KRITIK**

Anschrift: Joachim Welsch, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 375 c
Postcheckkonto: J. Welsch, Hamburg 3490 22

2. gekürzte Auflage

3. - 5. Tausend

druck: vervielfältigungs zentrum hamburg, jobst schultze, 2 hh-13, rappstraße 11, tel. 44 88 76

KAB

REVISIONISMUS KRITIK 3

ZUR ENTWICKLUNG DER KPD SEIT 1933

Probleme der Marxisten-Leninisten der BRD

Zur Entwicklung der KPD und SED
(Nachdruck eines Textes der ehemali-
gen kommunistischen Gruppe "Sparta-
kus" aus dem Jahre 1967)

EINHEITSFRONT UND AKTIONSEINHEIT

Nachdruck aus NEUES ROTES FORUM
Heidelberg, 16.12.70

Preis 1,20

Ulsike

EINHEITSFRONT UND AKTIONSEINHEIT

Zur Politik der DKP

"Die im Geist von Marx, Engels und Lenin wirkende neukonstituierte Kommunistische Partei wird das politische Leben in der Bundesrepublik bereichern." (Erklärung der DKP: An die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, 29.9.1968)

"Ob jedoch eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt nicht nur davon ab, ob sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, sondern auch davon, wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Taktik ist. Nur das letztere ist maßgebend dafür, ob wir wirklich eine politische Partei des Proletariats vor uns haben." (Lenin, Werke Bd. 31, S. 247)

I.

Die Studentenbewegung in Westdeutschland ist zunächst von der Nichtexistenz einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse ausgegangen. Die sozialistischen Gruppen stellten sich daher die Aufgabe der "Rekonstruktion der Arbeiterbewegung", aus der sich schließlich die Aufgabe ergab, an dem Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats teilzunehmen. (1) Das stolze Wort vom SDS als "die größte geschlossene Organisation der Sozialisten in der BRD" (2), setzte sich fort in einem Selbstverständnis als sozialistische Avantgarde, die in Westdeutschland am Punkte Null anfangen mußte und konnte.

Es ist leicht zu erklären, wie es zu dieser Einschätzung kam, die ja auch nicht ganz unberechtigt war. Das KPD-Verbot von 1956 hatte schließlich einer Partei den Garaus gemacht, die bereits damals zur Splittergruppe herabgesunken war (wenn auch ihre Position in den Betrieben ungleich stärker war, als sich das in den Wahlen ausdrückte). Die KPD überstand Verbot und Verfolgung kaum; ihre Kader überlebten meist nur in der Selbstverleugnung.

In dieser Situation, die narodnikähnliche Vorstellungen in der "Basisgruppenstrategie" begünstigte, wurde die Haltung

Die Anmerkungen: 10, 11, 21, 30, 31, 46 - 49 entfallen

(1) "Die marxistischen Studenten und Intellektuellen, die den bürgerlichen Standpunkt verlassen haben, 'um sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen' (Komm. Man., Berlin 1957, S. 55) können sich nicht einfach in das Proletariat und seine Organisation einreihen, sondern haben selbst an deren Aufbau teilzunehmen." J. Schmierer in: Rotes Forum 2/70, S.12

(2) So in: neue kritik Nr. 41, April 1967, Editorial

(3) Elmar Altvater und Christel Neusüss, Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: neue kritik Nr. 51/52, Feb. 1969

(4) J. Schmierer und J. Noth, Vorwort zu: La Chienlit, Dokumente zur französischen Mairevolte, hrsg. v. Jean Jacques Lebel und Jean Louis Bron, Darmstadt 1969

der sozialistischen Intellektuellen zu den bestehenden sozialistischen Parteien und Staaten vor allem durch die Ereignisse in Frankreich Mai 68 und in der CSSR bestimmt; an Hand derer die Distanz zu ihnen verdeutlicht werden konnte, wenn auch die Notwendigkeit, dies theoretisch zu begründen, durchaus noch verspürt wurde.

In ihrer eigenen Praxis allerdings glaubten sie sich über diese Auseinandersetzungen schon hinaus. Elmar Altvater und Christel Neusüss sahen in der Reaktion der westeuropäischen Linken auf den Einmarsch der 5 Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, die "neue Qualität" dieser Linken und stellten fest: "Formen und Inhalte ihres eigenen politischen Kampfes hatten sie von der Politik der UdSSR und damit auch den traditionellen kommunistischen Parteien emanzipiert." (3) Die Ereignisse in Frankreich und der CSSR waren den Linken Beweis für "das endgültige Versagen und die definitive Selbstentlarvung jener, die sich höchst zu Unrecht das schmückende Beiwort 'Kommunist' zulegen, der KPF, der KPdSU und der KPC, den Überbleibseln einer vorläufig gescheiterten Revolution, die die neuen revolutionären Möglichkeiten nicht nur nicht sehen, sondern positiv hintertreiben." (4) Tatsächlich war die Führung der Studentenrevolte gegen den Widerstand der "Traditionisten" im SDS von diesem übernommen worden. Die Tatsache, dass die "an Marx und Lenin orientierten Genossen", wie sie sich selbst nannten, vorerst kein Mittel fanden, in der sich ausbreitenden Studentenbewegung eine andere als bremsende Rolle zu spielen (5), kann natürlich nicht allein dafür herhalten, über die Richtigkeit der Positionen schon zu entscheiden, zeigt aber soviel, dass keine Organisation bestand, die in der Lage war, auf die auftretenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft (d.h. hier der Zusammenbruch der Ideologie der "Demokratie" und des "Rechtsstaates" bei einem großen Teil der jungen Intelligenz) mit einer revolutionären Politik zu antworten, d.h. Möglichkeiten zu radikalen Veränderungen aufzuzeigen, sondern dass die Intellektuellen, die "revolutionären" Studenten sich diese selbst eben gerade ohne Rückhalt im etablierten Sozialismus erarbeiten mußten. (6)

(5) Das hindert sie freilich nicht, sich heute auch an die billigsten Parolen der Studentenbewegung anzuhängen, vgl. das Hochschulaktionsprogramm des Spartakus

(6) In dem Organ der FDJ "Forum" wendet sich Siegfried Wolff in einer Artikelserie über den SDS mit dem Titel "Ausstellung eines Totenscheins" scharf gegen jede Interpretation in dieser Richtung. Er hat damit insofern Recht, wenn er die damalige Selbsteinschätzung eines großen Teils des SDS meint. Was er aber als Beweis zitiert, um die Präsenz der Kommunisten zu dokumentieren, schlägt auf ihn selbst zurück. Wolff führt einen Artikel von Jupp Angenfort in der Oktoberausgabe 67 des KPD-Organs "Freies Volk" an und zitiert daraus u.a.: "In diesem Sinne für ein gemeinsames Handeln der Arbeiterschaft und der demokratischen Studenten für Frieden, Demokratie, soziale Sicherheit und sozialen Fortschritt zu wir-

Dadurch konnten die Linken mit der "neuen Qualität", mit den "neuen revolutionären Möglichkeiten" in der Auseinandersetzung mit den "Traditionälistern" lediglich Fraktionskämpfe sehen, die "uns immer ständig wieder zurückwerfen".

(7) Die Praxis der "Arbeiter-, Schüler- und Studentenbewegung" schien diesen möglichen Auseinandersetzungen immer schon voraus zu sein.

Aber die Bewegung hat in dieser Einheit sowieso nur als Untertitel der RPK existiert, hat dort viele Veränderungen überlebt und ist erst kürzlich mit der Nummer 76/77(7.8.70) endgültig eliminiert worden.

Statt dass man also die beschriebenen Schwierigkeiten hinter sich gelassen hätte, hat man sich noch lange nicht auf das Niveau emporgearbeitet, wo den politischen Auseinandersetzungen der verschiedenen Gruppen tatsächlich Fraktionen innerhalb der Arbeiterklasse entsprechen. Die Linken sind über die Phase der Zirkelbildung, in denen meist noch "das intellektuelle Element vorherrscht" (so die Formulierung eines entsprechenden Geständnisses eines KPD-AO Mitgliedes) nicht hinausgekommen. Die DKP ihrerseits ist zwar die einzige sozialistische Organisation im nationalen Rahmen, in der auch "richtige Arbeiter organisiert sind" (8), von der man aber keineswegs sagen kann, sie sei in der Arbeiterschaft verankert. Umso sträflicher ist es, wenn die kleinste Abspaltung von kleinsten Gruppen, die Streitigkeiten und Animositäten verschiedener Cliquen in den welthistorischen Kategorien des "Links"- und Rechtsoportunismus behandelt werden. Die bombastische Verwendung der Begriffe der traditionellen Fraktionsauseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung wird dann erst recht lächerlich, wenn sich herausstellt, dass diese Querelen auf nichts als auf Lesefrüchten beruhen und dem mehr oder weniger fortgeschrittenen Vordringen in den Werken der Klassiker und der Geschichte der Arbeiterbewegung entsprechen. (9)

Die notwendige Auseinandersetzung um die politische Linie, um die Frage des Parteaufbaus in Westdeutschland hat es also ziemlich schwer, das ihr bisher angelegte viel zu große Kostüm loszuwerden. Mit einigem Realitätsgehalt kann sie geführt werden um die Praxis und Aktionsformen der Studentenbewegung selbst, und der aus ihr hervorgegangenen Gruppen oder aber auch - im günstigen Falle - um die Wiederher-

stellung der Orthodoxie, der "Rekonstruktion der marxistischen Theorie". Die Distanzierung von den "revisionistischen" sozialistischen Staaten und Parteien entsprang zum einen dem tief verwurzelten Antikommunismus, zum anderen aber auch aus deren Schwäche und Misserfolgen, sie zog ihre vorläufige Legitimation aus den überraschenden Erfolgen der antiautoritären Bewegung. Die rücksichtslose Auspowierung der Schriften Mao Tse-tungs und die dekorative Aneignung der chinesischen Revolution hat bisher dazu hergehalten, diesen Zustand nur zu verlängern. In dem Maße, wie die formelhafte Revisionismuskritik der ML, deren opportunistische Tendenzen manchmal offen zu Tage liegen (12), durchgehalten wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß umso mehr linke Studenten der DKP anheimfallen, die sich anschickt, den Abfall des antiautoritären Aufstandes einzusammeln.

In der DKP sind Arbeiter organisiert, als "marxistische Partei der Arbeiterklasse" bietet sie sich den Intellektuellen als einzigen Weg zur Verbindung mit der Arbeiterklasse an. Dem Hang zum "Links"radikalismus unter linken Intellektuellen entspricht deren dauernde Gefährdung durch den Reformismus, die Geschichte der Jusos etwa illustriert das schlagend. Umso wichtiger wird die theoretische Auseinandersetzung gerade auch dann, wenn die richtige Linie sich noch nicht in entfaltenen Klassenkämpfen durchsetzen kann.

II. Nach Heidelberg - Aktionseinheit(?)

Das Verbot des Heidelberger SDS hat nicht nur in Heidelberg selbst, sondern auch fast überall dort, wo Solidaritätsaktionen durchgeführt wurden, die Frage der Bündnispolitik aufgeworfen. Das ist vor allem erst einmal ein Zeichen für die unterschiedlichen politischen Standpunkte verschiedener linker Zirkel (13). In Heidelberg konnte das Problem vergleichsweise einfach gelöst werden. Die Führungsrolle des Heidelberger SDS an der Universität war unbestritten. Da er selber schon das Verhältnis von demokratischem Kampf und sozialistischer Bewegung zum Thema der Agitation gemacht hatte, konnten die sozialistischen Studenten nach dem Verbot eine wirksame Massenagitation entfalten, in der auf inhaltliche Positionen keineswegs verzichtet werden musste. Der Augen-

ken, sollte Aufgabe aller Kommunisten sein." Angenfort formuliert gerade die Politik, die eben unfähig war, eine bestimmende Rolle zu spielen. "Der Anarchismus ist die Strafe für die Sünde des Opportunismus", sagt Lenin.- Übrigens wurde der Artikel von Spartakus/AMS in der "Roten Korrespondenz Extra" Nr. 9 ohne Quellenangabe nachgedruckt.

(7) Diskussionsbeitrag von J. Schmierer auf der 23. o. DK des SDS 1968 in F/M, zitiert in: "Facit Aktuell" Nr. 5, Soll der SDS gespalten werden?, S. 6

(8) So das DKP- und Spartakus-Mitglied M. Kohnen auf einem VDS-Seminar in Marburg, Jan. 1970. Übrigens spielen Statistiken von Arbeitermitgliedern umso mehr eine Rolle, je weniger die Arbeiter eine Rolle spielen.

(9) So hat der Neudruck von Dimitroffs Bericht auf dem

VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus) und vielleicht die Lektüre weiterer Bände von Stalins Werken die Tübinger Studenten des KAB/ML dazu gebracht, die Einheitsfront, ebenso wie die "demokratischen und friedliebenden Kräfte" wieder zu entdecken. - Der Dimitroff wurde also nicht ohne Erfolg vom Spartakus neu herausgegeben.

(12) Vgl. z.B. die vom ML-AStA vorgeschlagene (und angenommene) Resolution zur Aggression der US-Imperialisten in Kambodscha, in: Bochumer Studentenzeitung, Nr. 61 v. 26. 5. 70

(13) Vgl. dazu: Sozialistische Correspondenz, Frankfurt, Nr. 51 und 52/53, und Rotes Blatt, München, Nr. 12 und 13

schein des Opportunismus und der Schwäche nach dem Anschlag der Reaktion konnte dadurch nicht auftreten. Gleichzeitig aber wurden vor allem alle Organisationen der Linken wie auch der Liberalen, die politisch auch eine Rolle spielen wollten, gezwungen, gegen das SDS-Verbot Stellung zu nehmen. Dabei stellte sich faktisch ein Bündnis her bis weit in die Reihen der Bourgeoisie, über dessen Haltbarkeit keine Illusionen möglich sind. Auch waren es nicht die verschiedenen, sich solidarisierenden Organisationen, die etwa die Mobilisierung für die Demonstration hätten leisten können. Im besten Falle brachten sie einen Großteil ihrer Mitglieder. Die Politik und Agitation des SDS war die Grundlage der großen Demonstration der Zehntausend, die unter demokratischen und sozialistischen Parolen das gesamte mobilisierbare Potential vereinigte, dem zwar die verschiedensten Motive zugrundelagen, das aber in der gemeinsamen Aktion erste Bedingungen schuf, um weiterhin organisierte politische Arbeit von Sozialisten möglich zu machen.

Die andere, wichtigere Seite des Problems der Bündnispolitik bestand in der Frage des Bündnisses mit der Arbeiterklasse oder deren Organisationen, wobei sie zumeist in der gegenwärtig vorherrschenden beschränkten Gestalt des Problems der Propaganda in und gegenüber der Arbeiterklasse auftaucht.

Die DKP hielt sich selber für die Lösung dieser Frage und hat sich auch so angeboten. In einem nach der Solidaritätsdemonstration verteilten, und wohl auch überregional verbreiteten UZ-Extrablatt, hat die DKP die Heidelberger Aktion als ein Modellfall der "gemeinsamen demokratischen Abwehrfront" mit "Bedeutung für das ganze Bundesgebiet" interpretiert. Sie verband ihre Berichterstattung über Heidelberg mit der Forderung nach "Aktionseinheit". Diese Einheitsfront wird in der UZ (14) entweder dadurch charakterisiert, daß sie "demokratisch" ist, oder vor allem durch das Bündnis von Arbeitern und Studenten. "Heidelberg am 30.6. - das kann ein Anfang werden für das Zusammengehen und die Solidarität der Arbeiter und Studenten." heißt es in dem Extrablatt. Dass es in Heidelberg "einen Schritt nach vorn im Verhältnis Arbeiter - Studenten" gegeben hat, wie die DKP meint, rechnet sie sich vor allem selber als Verdienst zu. Die DKP legt Wert darauf, als einziger möglicher Vermittler dieses Bündnisses zu gelten. (15) Deshalb erscheinen die Studenten im Extrablatt fast immer nur schlicht als - Studenten - es geht um die Solidarität mit den "Heidelberger Studenten", die Rote-Punkte-Aktion sei von "den Studenten" gestartet worden - nicht aber als politisch bestimmte Studenten, nämlich als Sozialisten. Nach dem Verbot kommt nicht mehr ihre Politik, sondern nur noch die "Breite der

Solidarität" zum Ausdruck (16). Nur einmal werden sie erwähnt, um sie gleich zu warnen, die gewonnene Eintracht ja nicht wieder zu stören. "Ob es zu diesen gemeinsamen Aktionen kommen wird", schreibt DKP- und Spartakus-Mitglied Michael Maercks, "hängt auch von den sich als progressiv verstehenden Studenten ab. Noch ist es ungewiß, ob nicht diejenigen, die heute stolz auf Solidaritätserklärungen der Arbeiter hinweisen, nicht doch morgen wieder einen destruktiven Kampf gegen die Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, und gegen die Partei der Arbeiterklasse, die DKP, aufnehmen." Und Bezirksvorsitzender Walter Ebert sagte auf der Kundgebung: "Alles was sich dieser Einheitsfront entgegenstellt, handelt objektiv im Interesse des Großkapitals." Agitiert die DKP die Studenten auf der einen Seite schlicht mit der Einheitsfront, mit dem Aktionsbündnis, so entspricht dem auf der anderen Seite, daß dieses Aktionsbündnis unter der Hand einen Inhalt bekommt, der schon von vorne herein von der DKP festgelegt ist. So wird es allerdings schwer, sich damit auseinanderzusetzen, ohne "destruktiv" zu werden und "objektiv im Interesse des Monopolkapitals" zu handeln. Doch wer sagt: Ihr müßt für die Einheitsfront sein, und gleichzeitig immer schon bestimmt, was das ist, wird sich auf die Finger schauen lassen müssen.

III. Einheitsfront - Not oder Tugend ?

Die Notwendigkeit der Politik der Einheitsfront entspringt aus zwei schwerwiegenden Niederlagen der Arbeiterklasse: 1. Ihre Spaltung durch das Vorherrschen bürgerlicher Ideologien in ihren Organisationen und 2. das Wiedererstarken des Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg und der Sieg des Faschismus, wobei beide Bedingungen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen.

Bei Lenin, in der "Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution" (Stalin) stand der erste Punkt im Vordergrund. In einer Situation "beginnender revolutionärer Gärung" (17) kam es darauf an, daß die Arbeiterklasse die Fesseln sprengte, die sie an den bürgerlichen Staat und dessen Verkehrsformen band. Lenin erklärte die Vorherrschaft des Opportunismus in vielen europäischen Arbeiterparteien durch die Schaffung einer Arbeiteraristokratie im Imperialismus. Die durch die Monopole erzielten und über dem in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit liegenden Extraprofite versetzten die Bourgeoisie in die Lage, die oberen Schichten "ihrer" Arbeiter zu bestechen. Die Arbeiterparteien wurden zu "bürgerlichen Arbeiterparteien", und der "schon lose Kampf" gegen den Opportunismus notwendiger Teil des K

14) Die UZ selber unterscheidet nicht deutlich zwischen den Begriffen Einheitsfront und Aktionseinheit.

15) Man wird ruhigen Gewissens davon ausgehen können, daß die sozialistischen Studenten durchaus nicht weniger Arbeiter mobilisiert haben, als dann die DKP auf die Demonstration mitbrachte. Freilich waren diese organisiert.

16) Peinlicherweise geriet die DKP dadurch etwas - jedenfalls in dieser Hinsicht - in Kumpanei mit der Journalisten-

kreatur vom Süddeutschen Rundfunk, die in ihrem Fernsehfilm vom 14.8. ebenso tat, als wäre das Verbot schon insofern wirksam gewesen, daß bei den Protestaktionen die sozialistischen Studenten gar nicht mehr auftraten. Allerdings ereilte hier die DKP das gleiche Schicksal: sie wurde gar nicht erwähnt.

(17) vgl. Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, hier zitiert nach: Lenin: Gegen den Revisionismus, Berlin 1959, S. 277

fes gegen die imperialistische Bourgeoisie. (17a)

Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung bedeutete hier den unversöhnlichen Bruch mit dem Opportunismus durch die schonungslose Entlarvung der konterrevolutionären Elemente, der Legiens, Davids und Co. und ihrer zentristischen Liebediener (17). Das war die Voraussetzung für das Fortschreiten der proletarischen Revolution und für ihren endgültigen Erfolg. Daraus ergaben sich auch eindeutige Forderungen, die eine revolutionäre Politik der Aktionseinheit zu erfüllen hatte. Bedingungen für ein Aktionsbündnis waren "sowohl die Klarheit der grundlegenden ideologischen Ansichten als auch eine genauere Festlegung dieser oder jener Aktionsmethoden" (18) und unbedingte Freiheit der Agitation in den Reihen der anderen. "Es kommt nur darauf an, dass man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, dass sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewusstseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt." (19) Die Frage der Einheitsfront "von oben" oder "von unten", die die KP-Führung von 1929 bis 33 so quälte, wird damit völlig gegenstandslos, weil es grundsätzlich auf die erfolgreiche Agitation ankommt, die Schwankungen innerhalb der opportunistischen und kleinbürgerlichen Elemente ausnützt, jene, die kämpfen wollen, absondert von denen, die es nicht wollen. Nicht auf diplomatische Erfolge kommt es also an, sondern auf das tatsächliche Zurückdrängen des Reformismus, der die Arbeiterklasse schwächt.

Mit dem Wiedererstarken des Imperialismus, erst recht mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland und seinen mörderischen Folgen wurde aber die Politik der Einheitsfront als solche systematisch neu formuliert und für die kommunistischen Parteien verbindlich gemacht. Auf den entsprechenden Beschluss des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen und auf das Referat zu dieser Frage von Georgi Dimitroff beruft sich die DKP auch heute noch (20). Die weitere Berufung auf Lenin, die die Kontinuität revolutionärer kommunistischer Politik dokumentieren soll, bleibt rein philologisch, (22) wo ein völlig anderes strategisches Konzept, das versucht, auf die Niederlage der proletarischen Revolution zu antworten, mit Hilfe von Zitaten als leninistisch ausgewiesen werden soll.

Kaum dass die DKP gegründet war, unterbreitete sie der SPD ein Angebot für ein Aktionsbündnis gegen die Rechtsentwicklung, gegen die "neue Harzburger Front". Für die Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen bot sie der SPD an, den Wahlkampf gemeinsam gegen CDU/CSU und NPD zu führen. In einigen Wahlkreisen forderte sie auf, dem SPD-Kandidaten die Stimme zu geben. Wie bekannt hätte sie - wenn sie nur gekonnt hätte - bei der Bundespräsidentenwahl für Heinemann gestimmt, der z.B. neulich bei dem Besuch

des Faschisten Suharto, Indonesien als Faktor der Stabilität in Südasiens lobte.

Mit dem Programm der Aktionseinheit schlechthin ist die DKP überhaupt ins Leben gerufen worden. "Wir Kommunisten setzen uns für die Herstellung der Aktionseinheit aller kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Kräfte der Arbeiterbewegung ein." (Grundsatzserklärung der DKP, Essen 1969, S. 52; im folgenden kurz: GE) und: "Die DKP hat sich als einigende Kraft konstituiert", so der Vorsitzende Bachmann (23), der im übrigen diese Politik allgemein so begründet: "eine fortschrittliche Entwicklung (?) wird es ... ohne Arbeitereinheit, ohne das Zusammenwirken von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten und ohne das Bündnis aller demokratischen Kräfte nicht geben." (24)

Das ist ganz falsch. Schlicht von "Fortschritt" zu reden, sollten die Kommunisten den Bourgeois überlassen (und nicht einmal dem DGB - Parole des DGB zum 1.5.70: "Wir sichern den Fortschritt"). Vor allem aber besteht die Arbeitereinheit gerade nicht in dem "Zusammenwirken von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten". Die Notwendigkeit dieses Bündnisses ist der Ausdruck der Spaltung der Arbeiterklasse in Revolutionäre, Reformisten, kleinbürgerliche Demokraten etc. Ihre Überwindung, die Gewinnung der Arbeitereinheit kann nur auf dem Standpunkt des Proletariats in der Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus geschehen, wobei alle bürgerlichen reformistischen Einflüsse zurückgedrängt werden müssen. Das ist ein unverzichtbares Moment jeder Einheitsfrontpolitik, die auch nur so ihre Aufgabe, Abwehr der imperialistischen Offensive, leisten kann. So betont Lenin, dass die Bolschewiki nur solche Kompromisse und Übereinkommen eingingen, "die den Sieg erleichterten und beschleunigten, und die Bolschewiki auf Kosten der Menschewiki festigten und stärkten". (25)

Die DKP hat nichts besseres zu tun, als sich der SPD anzubiedern, die ihr als natürlicher Bündnispartner gilt. Das stimmt gewiss, was die soziale Herkunft eines großen Teils der SPD-Mitgliedschaft betrifft und es stimmt in dem Sinne, dass der Einfluss des "Sozialdemokratismus" zurückgedrängt werden muß. Die DKP aber ist der Meinung, dass lediglich "bürgerliche und rechtssozialdemokratische Anschauungen" (Hervorhebung vom Verf.) die Arbeiterklasse davon abhalten, sich "ihre Rolle als revolutionäre Kraft bewusst zu machen". (GE 51)

Bei einem Angebot der Aktionseinheit an die SPD hatte man früher davon auszugehen, dass die Sozialdemokraten Reformisten waren, d.h. an einem friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus glaubten und von daher vor der revolutionären Aktion zurückschreckten und die bürgerlichen Re-

(17a) Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Werke Bd. 23, S. 102ff

(18) Lenin, Werke Bd. 21, S. 378

(19) Lenin, Der Linksradikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin 1968, S. 67

(20) vgl. H. Mies, Zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, in: Marxistische Blätter 4/70, S. 5ff

(22) Vgl. Die DKP - eine neue sozialdemokratische Partei, von FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabe, Berlin 1969, S. 17

(23) Kurt Bachmann, Die DKP nach dem Essener Parteitag, in: Marxistische Blätter 4/69, S. 43

(24) Kurt Bachmann, a. a. O., S. 42 f

(25) Lenin, Der Linksradikalismus ..., S. 67

publik verteidigen wollten (was ihnen nebenbei gerade deshalb gegenüber dem Faschismus nicht gelang). Heute muß man davon ausgehen, dass die Sozialdemokraten deshalb Sozialdemokraten und nicht etwa Mitglieder der DKP sind, weil sie Reformen wollen innerhalb des kapitalistischen Systems und keineswegs mehr an die - auch parlamentarisch-gesetzmäßige Umwandlung des Kapitalismus in Sozialismus denken. Bei ihren Führern handelt es sich keineswegs um Opportunisten, die die "Zusammenarbeit mit dem Großkapital und die Anpassung an das kapitalistische System" predigen, wie die DKP meint, sondern das ist die Bourgeoisie selbst, und das Renegatentum Einzelner ist wirklich nur von lebensgeschichtlichem Interesse.

Doch davon will die DKP nichts wissen. Mit jedem Tritt, den sie von der SPD-Führung erhält, kriecht sie näher. "An diesen Gemeinsamkeiten (mit der SPD) halten wir unerschütterlich fest", erklärt Herbert Mies, stellvertretender Vorsitzender der DKP (26). Und Kurt Bachmann beteuert: Die DKP habe "sich nicht konstituiert ..., um der SPD zu schaden", sondern diese könne im Kampf gegen CDU und NPD vielmehr "nur gewinnen". (27) Kein Wunder, wenn es dann bei den Septemberstreiks dazu kommt, dass "die sozialdemokratischen Gewerkschafter erleichtert(sind), daß die Kommunisten die antigewerkschaftliche Stimmung 'nicht für sich ausnutzen' ". (28) Noch epochaler drücken sich die Verfasser von "Imperialismus Heute" aus, die sich darum sorgen, wie eine "selbständige historische Perspektive für die Sozialdemokratie" zu erhalten sei, was übrigens in der Einheitsfront ginge. (29)

In dem Bedürfnis die Sozialdemokratie fest zu umarmen, um sie nach links zu rücken, klammert sich die DKP an die Sozialdemokratie und macht nicht etwa die Klassenlage der Arbeiter selber zum Ausgangspunkt ihrer Agitation, sondern ein wie auch immer geartetes demokratisches Bewußtsein.

Seitdem die Ratifizierung des Moskauer Vertrages ansteht, enthält sich die UZ (Unsere Zeit, hrsg. v. K. Bachmann) jeder Kritik an der sozialdemokratischen Regierung und erteilt höchstens mal ein paar Ratschläge, wie etwa den, die Regierung möge sich doch auf das Volk stützen (Gerd Deumlich, in: UZ, Nr. 43, 24.10.70 und in Nr. 44, 31.10.70). Die Leitartikel dieser Zeitung machen den Eindruck, als wären sie sowieso nur für die sozialdemokratischen Partei- und Bezirksvorstände geschrieben.

In ihrem Angebot an die SPD begreift sich die DKP offenbar selber nur noch als Juniorpartner, der dafür sorgt, daß die SPD eine "konsequente demokratische Reformpolitik" fortführt, die dann ermöglicht, daß die Kommunisten, wie Herbert Mies sagt, ihren "Beitrag dazu leisten, daß diese Bundesrepublik den Weg des Friedens und des demokrati-

schen Fortschritts geht." (UZ, Nr. 46, 14.11.70).

Dem Versuch, die "Aktionseinheit aller kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Kräfte der Arbeiterbewegung" (GE, 52) herzustellen, liegt nichts anderes zu Grunde, als ein idealistisches Konzept, von dem Sozialdemokraten als Sozialdemokraten und Christen als Christen angesprochen werden sollen.

Wie weit der prinzipienlose Pluralismus dabei schon gediehen ist, erfahren wir aus dem Buch "Spätkapitalismus ohne Perspektive", das auch in der BRD, beim Verlag Marxistische Blätter erschienen ist. Dort heisst es: "In eine antimperialistische Gesellschaftskonzeption werden vielfältige demokratische Erkenntnisse und Zielvorstellungen eingehen. Letztlich ist sie jedoch nur auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus möglich. Das ist kein Ausdruck eines "geistigen Alleinvertretungsanspruchs". Zweifellos haben die demokratischen Kräfte aus den verschiedensten sozialen und politischen Gruppen und Schichten viele wertvolle Erkenntnisse und Teilvorstellungen für eine antimperialistische Gesellschaftskonzeption in der Bundesrepublik beigetragen." (32)

Was sind, bei Gott, "demokratische Erkenntnisse"? Was sind diese Ansammlungen von Kraut und Rüben, die "sozialen und politischen Gruppen und Schichten", oder noch besser bei Bachmann, "die demokratischen Parteien, Bewegungen (!) und Persönlichkeiten", mit denen sich die DKP in der ADF zusammengeschlossen habe (33). Wiederum ist Ausgangspunkt nicht die Klassenlage, sondern irgendwelche Vorstellungen und Ideale, an die man sich hofft, anhängen zu können. Dabei werde man freilich, so wird besorgt zugestanden, um "gegensätzliche Auffassungen in Details" nicht herumkommen. (34)

Aber wenn es um die Aktionseinheit geht, dann doch gerade um ein Abkommen von Organisationen, die noch durch tiefe prinzipielle Gegensätze geschieden sind. Was sind das für Kommunisten, die nicht durch Welten von den Opportunisten oder gar Christen getrennt sind. Die DKP aber erstrebt die Einheitsfront "auch für die Zukunft, im Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik" und auch "beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft" (GE 53). In der Erklärung zur Neukonstituierung spricht die DKP zwar noch leichthin von "unterschiedlichen Auffassungen in manchen grundsätzlichen und aktuellen Fragen" bei Sozialisten und Demokraten, aber in den Marxistischen Blättern wird uns schon gleich wieder erklärt, "dass das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten auf gleicher Einschätzung der Grundfragen" beruhe. (35) Wodurch wären Sozialisten, Kommunisten, Reformisten und kleinbürgerliche Demokraten unterschieden, wenn nicht durch grundsätzlich verschiedene Auffassungen in den Fragen der gesellschaft-

(26) Herbert Mies, Zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, in: Marxistische Blätter 4/70, S. 4

(27) Kurt Bachmann, a.a.O., S. 45

(28) Auf den Arbeiter kommt es an, Die Septemberstreiks, Frankfurt 1969, S. 14 - vgl. auch: Die Septemberstreiks, hrsg. v. IMSF, Frankfurt 1969, S. 64

(29) Autorenkollektiv: Imperialismus heute, Berlin 1965, S. 71

(32) Spätkapitalismus ohne Perspektive, Autorenkollektiv, Frankfurt 1970, S. 329

(33) Bachmann, a.a.O., S. 44

(34) Spätkapitalismus ..., S. 329

(35) Helmut Bublitz, in: Marxistische Blätter 4/70, S. 52

lichen Veränderung, der Revolution, des sozialistischen Aufbaus, der Diktatur des Proletariats. Aber nein, da gibt es Unterschiede "in Details". Die DKP stellt sich schließlich dar als die Partei eines demokratischen Bündnisses, die sich noch dazu als "Hauptaufgabe" stellt (Hervorhebung von mir, D.H.), "immer größere Teile der Arbeiterklasse an das Bündnis heranzuführen". (36) In der Frage der Revolution kann es keine Einheitsfront geben (37). Wer sie dennoch in dieser Weise zur Grundlage der Politik einer kommunistischen Partei macht, wird eine gänzlich andere Analyse des Imperialismus vorweisen müssen, als etwa noch Lenin, auf den sich die DKP unverändert beruft.

IV. Auf Schleichwegen zum Sozialismus

Georgi Dimitroff begründete die Notwendigkeit der Einheitsfront aus dem Angriff des Imperialismus: "Die herrschende Bourgeoisie sucht immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion ... vorzubereiten." (38) Es ging um die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie einerseits und der Sowjetunion, als einziges sozialistisches Land, als "Herz der Revolution" (Weinert) andererseits. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sollte sich "gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr" richten.

Die Kommunistische Internationale setzte sich damit von ihrer bisherigen Politik gegenüber dem Faschismus und der Sozialdemokratie, dem "Sozialfaschismus", ab und kritisierte die "sektiererische Beschränktheit" dieser Politik (39). In Wirklichkeit aber erscheint diese Schwenkung der KI nur als Fortführung der "Politik der Panik" in anderer Gestalt (40), die spezifische Theorie des Faschismus als Herrschaft "der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (41) als Kehrseite der Theorie des Sozialfaschismus. Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes der KPD von 1930, das sich noch gegen die "verräterische Sozialdemokratie" und gegen jede "Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie" richtet, das versucht die Nationalsozialisten in allen Punkten propagandistisch zu übertrumpfen, und für den "revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung" (42) sich ausspricht, wird abgelöst durch die Resolution der Brüsseler

Parteikonferenz der KPD 1935, die in einer "neuen taktischen Orientierung" entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der KI die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront und einer antifaschistischen Volksfront fordert und "den Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes" stellt. (43) Beiden Programmen ist allerdings gemeinsam die Ersetzung einer Klassenkampfstrategie durch eine Strategie des Volkskampfes, die, nachdem die Politik der revolutionären Phrase in der Niederlage durch den Faschismus beendet hatte, allzu konsequent durch das Zusammengehen mit den bürgerlichen Kräften und durch den demokratischen Kampf des Volkes fortgeführt wurde. (44) Gruppen wie die KPD, die vor 35 als "rechte" Abweichung galten, treten dann plötzlich als "linke" Kritiker an der Volksfrontstrategie auf. Die grobe Interpretation des Faschismus als offene Diktatur der am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, statt eines "bestimmten Gesamtverhältnisses der Klassen" (Thalheimer) rechtfertigte eine Politik, die auf den automatischen Widerstand der großen Mehrheit des Volkes rechnete und eine vermeintliche Volksstimmung zur Grundlage der Strategie machte, die letztlich dann in der Forderung nach einer "neuen demokratischen Republik" (45) endete, in der alle Wurzeln des Faschismus ausgerottet sein sollten. An die Stelle des Kampfes für den Sozialismus tritt ein Etappenmodell der gesellschaftlichen Entwicklung, getragen durch den demokratischen Kampf des ganzen Volkes.

Die Strategie der DKP heute ist das totgeborene Kind dieser mißratenen Mutter. Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung soll die antifaschistischen Impulse wieder aufnehmen. Dabei reicht schon die personelle Identität zwischen der faschistischen und der bundesrepublikanischen Oberschicht, um die Identität mit der faschistischen Entwicklung überhaupt zu behaupten. Nicht dieselben Fehler wie 1933 zu wiederholen ist dann auch die ständige Warnung an die SPD und die Abwehr aller linken Kritiker. Was unter dem faschistischen Terror noch den Schein der Realität für sich gehabt hat, die direkte Gegenübersetzung von Monopolkapitalisten und dem Volk, wird dann zum bloßen Dogma, wenn sie für die spätkapitalistische Gesellschaft nur wiederholt und durch keine Analyse des Gesamtverhältnisses der Klassen vermittelt zur Grundlage der Strategie gemacht wird. Das tatsächlich vorhandene - dann eben falsche - Bewusstsein der Volksmassen kann

(36) Bachmann, a.a.O., S.45

(37) In dem Bündnis der Arbeiter und Bauern in der Oktoberrevolution sah Lenin gerade den "bürgerlichen Charakter überhaupt" dieser Revolution. Dem russischen Proletariat stellte sich die Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Revolution gegen den bürgerlichen Reformismus zuende zu führen. Die Bündnispolitik in der Oktoberrevolution ist daher gerade nicht zu verallgemeinern.

(38) Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, neu herausgegeben durch Spartakus/AMS, Rote Drucke, 1970, S.5

(39) Dimitroff, a.a.O., S.23

(40) Rabehl, a.a.O., S.154

(41) Dimitroff, a.a.O., S.7

(42) in: Revolutionäre Parteiprogramme, Berlin 1965, S.123 ff.

(43) ibid. S. 146

(44) vgl. Rabehl, a.a.O., S.153 ff.

(45) vgl. Resolution der Berner Konferenz der KPD, in: Revolutionäre Parteiprogramme, S.178 ff.

nur noch durch die herrschende Manipulation, nicht mehr aber durch ihre materielle Klassenlage erklärt werden.

In der Grundsatzklärung der DKP heisst es: "Der Gegensatz von Kapital und Arbeit, zwischen der von Millionen Menschen, also gesellschaftlich betriebenen Produktion und der Aneignung der Früchte der Arbeit durch das Großkapital - das ist der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaftsordnung. Aus ihm erwachsen die Auseinandersetzungen zwischen der kleinen Gruppe des Monopolkapitals und allen antimonopolistischen demokratischen Volkskräften." (GE 19)

Da steckt schon ein methodischer Fehler drin. Auf der abstrakten Ebene, in der hier vom Gegensatz von Kapital und Arbeit die Rede ist, kann es nur darum gehen, dass halt die gesellschaftlich erzeugten Produkte privat angeeignet werden; dass darüberhinaus das "Großkapital", besser die Monopole, zu Extraprofiten gelangen, mitunter auf Kosten kleinerer Kapitale, liegt auf einer gänzlich anderen Abstraktionsstufe der Analyse, ergibt sich erst aus der konkreten Entfaltung des Grundwiderspruchs selber in der historischen Entwicklung. So kann es dann bei der DKP dazu kommen, dass sich jetzt die "kleine Gruppe der Monopolbourgeoisie" und "alle antimonopolistischen, demokratischen Volkskräfte" gegenüberstehen wie weiland Bourgeoisie und Proletariat. Was sich wie ein Versuch der historischen Konkretisierung der marxischen Lehre ausnehmen sollte, entpuppt sich als deren Verballhornung.

Die DKP mag noch soviel den Gegensatz von Kapital und Arbeit beschwören, sie setzt vielmehr an seine Stelle den von Großkapital und - Moral. Die These von der Kluft zwischen den Möglichkeiten des Reichtums und seiner unzureichenden Realisierung wird zum ideologischen Ausdruck dafür, dass an die allgemeine Unzufriedenheit aller "politischen und sozialen Gruppen und Schichten" angeknüpft werden kann. "Das spätkapitalistische System ist durch unlösbare Widersprüche zerissen. Seine äusserliche Stärke verbirgt die tiefe innere Schwäche, die Unfähigkeit, die sozialen Gegensätze zu überwinden." (GE 19) Da dieses System die Produktivkräfte fesselt, ist es reaktionär. Diese "Entwicklung ruft die Kräfte des Widerstandes auf den Plan". (GE 19) Deren "gemeinsames Handeln" besteht nun schlicht darin, "dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen". (GE 21) Ein historisches Stadium des Kapitalismus, nämlich sein "höchstes", das Stadium des "parasitären und sterbenden Kapitalismus" (Lenin) wird uminterpretiert in den objektiven Gegensatz zwischen einer Handvoll Monopolkapitalisten und dem ganzen Volk, was auf der anderen Seite Breiten Raum dem Subjektivismus lässt, und zwar sowohl in Bezug auf die Herrschaftsseite, wo das Monopolkapital zur finsternen Macht wird, die in "abenteuerlicher Politik" und "Unternehmerwillkür" schaltet, als auch in Bezug auf "alle Volkskräfte", deren Eintreten für den Fortschritt letztlich

moralisch und gar nicht mehr mit ihrer Klassenlage vermittelt ist. Die unmittelbare Übertragung des Gegensatzes von der Entwicklung der Produktivkräfte und deren Fesselung auf die gegensätzliche politische Entwicklung hat mit Klassenanalyse nichts mehr zu tun. Da kann man sich doch gleich fragen, warum nicht auch die Bourgeoisie angesichts dieser Perspektivlosigkeit auf die Seite des Fortschritts übertritt. (50)

In der Analyse des Imperialismus, der höchsten Zuspitzung der Widersprüche des kapitalistischen Systems, hat Lenin noch versucht, das Auftreten des Opportunismus in der Arbeiterbewegung materialistisch zu erklären. Der "Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus" ist dagegen heute zur Phrase verkommen, die nur noch den endgültigen und offenen Übertritt der "rechtssozialdemokratischen Führer" auf die Seite der Bourgeoisie erklären soll. Ansonsten dient der "Monopolismus" der DKP gerade dazu, klassenmäßige Differenzierungen aufgehen zu lassen in das breite Bündnis aller demokratischen und antimperialistischen Volkskräfte.

Die besondere Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis kann nur noch notdürftig begründet werden. Vor dem gleichen Dilemma muß auch der bekannte Revisionist und Arbeiterverräter der II. Internationale Otto Bauer gestanden haben. Er erfand in dieser Situation die "5 sozialen Machtfaktoren", die als objektive Gegebenheiten dafür sorgen sollten, dass irgendwie die Entwicklung zum Sozialismus führt.

Diese Machtfaktoren der Arbeiterklasse waren: "1. die Zahl der Klassenangehörigen; 2. die Art, Stärke, Leistungsfähigkeit ihrer Organisation; 3. ihre Stellung im Produktions- und Verteilungsprozess, die die wirtschaftlichen Machtmittel bestimmt, über die sie verfügt; 4. die Stärke ihres politischen Interesses, ihre Beweglichkeit, Aktivität, Opferfähigkeit; 5. die Höhe ihrer Bildung, der Grad ihrer Fähigkeit, ihre eigenen Klassenangehörigen und andere Klassen mit geistigen Mitteln zu beeinflussen, die Anziehungskraft ihrer Ideologie." (51) Lenin hat Otto Bauer scharf angegriffen und sich über diesen "ausgemachten deutschen Spiesser" ausgiebig lustig gemacht. Die etwas tragi-komische Geschichte ist allgemein bekannt, dass das ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in ihren 14 Thesen zum 100. Geburtstag Lenins diese "Theorie" der sozialen Machtfaktoren in traurig plumper Weise Lenin selbst zuschrieb und gleichzeitig versicherte: "Lenin schätzte das Proletariat der Industriestaaten hoch ein." (52)

Nun heisst es, dass Ulbricht selbst diesen ungeheuerlichen faux pas entdeckt haben soll (worauf lediglich die falsche Quellenangabe - Lenin - entfernt wurde; die Marxistischen Blätter verbreiteten die ursprüngliche Fassung). Leider aber war das kein zufälliger Fehler. Ulbrichts stellvertretender Abteilungsleiter Gerhard Meyer schreibt: "Die Hauptkraft in dieser Auseinandersetzung (zwischen den reaktionärsten

(50) Natürlich setzt die Entwicklung des Kapitalismus auch andere Schichten zu seiner Produktionsweise in Gegensatz, z. B. "die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern." Sie sind aber daher "reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen". (MEW,

Bd. 4, S. 472, Kom. Man.)

(51) Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie?, Wien 1920, S. 109, zit. nach Peking Rundschau, Nr. 17, 1970, 28. 4. 70, S. 20

(52) Dieses besondere Dokument ist nachzulesen in einem Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern 1/1970, hier S.

Kräften des Monopolkapitals und den breiten Volksschichten) ist zweifellos die Arbeiterklasse der Bundesrepublik: Ihre Stärke, Organisiertheit und Aktivität gibt den entscheidenden Ausschlag." (53) In der Grundsatzklärung der DKP heißt es unter der Überschrift "Die Arbeiterklasse als Hauptkraft": "Ihre Stellung als ausgebeutete Klasse in der kapitalistischen Großproduktion, ihre Stärke, Organisiertheit und Solidarität machen die Arbeiterklasse objektiv zur Hauptkraft der gesellschaftsverändernden Bewegung." (GE 50) Die "gesellschaftsverändernde Bewegung" entsteht aus dem Gegensatz zwischen den reaktionären Monopolen und den breiten antimonopolistischen Volkskräften. Davon ist die Arbeiterklasse die Hauptkraft, aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer Stärke, Organisiertheit und Solidarität, und zwar objektiv. Das hat nun doch zuviel mit Otto Bauer zu tun, als dass es noch eine "ferne Erinnerung an die marxischen Sätze" auslösen würde, "daß das Proletariat, wenn es sich als Klasse befreit, die ganze Gesellschaft aus ihren Fesseln löst." (54) Spätestens hier ist der Übergang zur bürgerlichen Soziologie vollzogen. In den Thesen der KPdSU kommt die platte mechanistische Auffassung auch dadurch zum Ausdruck, daß sie siegesgewiss schreiben, "seit Lenin diesen Gedanken geäußert hat (wir wissen, er hat nie), ist die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse rapide gewachsen, haben sich ihre Organisiertheit, ihre politische Aktivität, ihre Allgemeinbildung und berufliche Ausbildung beträchtlich erhöht." (55) Die DKP fügt das Wörtchen "objektiv" ein, wohl weil man noch auf den subjektiven Faktor Wert legen wollte. Aber gerade diese Ausdrucksweise unterstreicht noch den Fehler: "Organisiertheit" und "Solidarität" sind nichts objektives, was sich ohne Zutun durchsetzt.

Die DKP vertritt ein "schreibtischmäßig abstraktes Etappenmodell" (56) der gesellschaftlichen Entwicklung, an deren Ende irgendwo der Sozialismus steht. Da die Entwicklung nun mal so läuft, kommt es darauf an, sie zu erkennen. Dem sturen Objektivismus entspricht ein moralischer Subjektivismus, der alle möglichen bürgerlichen Bewusstseinsinhalte (Humanismus, Christentum, Gerechtigkeitsliebe, Ehrlichkeit) zum Vehikel der fortschrittlichen Entwicklung macht. Da der Gegensatz von Kapital und Arbeit, der sich immer wieder entlädt in den ökonomischen Krisen, wo also die "beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten" (57), überdeckt ist durch den Gegensatz von Möglichkeit und Wirklichkeit der gesellschaftlichen Produktion, steht der antimonopolistische Kampf auf der Tagesordnung.

Der Massenkampf für den Sozialismus kann also nicht mit dem Kampf für den Sozialismus beginnen. Daß das mal im Sozialismus enden soll, weiß vorerst nur die DKP (58). Sie ist aber "überzeugt davon, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft und aller Werktätigen in unserem Land im Verlauf des Kampfes um ihre sozialen Rechte (!) und um demokratische Veränderungen die Notwendigkeit des historischen Vorwärtsschreitens zu höheren menschlichen Lebensformen, zur sozialistischen Gesellschaft erkennen wird". (GE 45) Na also, wird schon kommen. Vorerst aber haben die Arbeiter in dem breiten Volksbündnis zu kämpfen um "soziale Sicherheit, Mitbestimmung, reale politische Demokratie", um eine "moderne (!) Bildungspolitik", auch um den "Schutz der bäuerlichen Betriebe"; "die beherrschende Stellung der Konzernherren in der Wirtschaft" soll zurückgedrängt, die "Über (!) macht der Industrie- und Bankherren" eingeschränkt werden. "Die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum" hält die DKP für "aktuell und zeitgemäß". (59)

Da man die Erscheinungsformen des spätkapitalistischen Systems bekämpft, alle "Disparitäten" sammelt, ist es z. B. kein Wunder, daß die Rote-Punkt-Aktionen in Hannover und Heidelberg zu den exemplarischen Vorbildern des demokratischen Massenkampfes hingestellt werden. Die Interpretation, die Gerhard Meyer liefert, ist bezeichnend. Dieser "Kampf breiter Volksschichten" mit "gesamtstaatlicher Bedeutung" war deshalb so erfolgreich und beispielhaft, weil "es den demokratischen Kräften (gelang), die Unzufriedenheit, die Gedanken und Wünsche von Zehntausenden von Menschen ... zum Ausdruck zu bringen". Als nicht: "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" und: "Zahlt die Fahrpreise aus Unternehmerproften", Parolen, mit denen die Heidelberger "Linksopportunisten" des SDS auf die Straße gingen, sondern: "Runter mit den Preisen". (60)

Folglich achtete die DKP in Hannover auch ängstlich darauf, daß nichts dieses eingebildete Bündnis stören könnte. Und während Arbeiter die Weichen der Straßenbahn mit Zement unbrauchbar machten, verbreitete die DKP: "Gewalt ist nicht unsere Methode". (61) Die Ambivalenz dieser "populistischen Massenaktion" kann nicht mehr ins Blickfeld kommen, das Bewusstsein der Massen, ihre subjektive Fähigkeit, den Sozialismus zu erkämpfen, wird unerheblich. Jetzt wissen wir auch besser, was Bachmann meinte, wenn er davon sprach, daß die DKP sich als "einigende Kraft konstituiert" habe. Die marxische Forderung, "das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten", ist völlig verkommen zu ei-

(53) Gerhard Meyer: Erfordernisse demokratischer Erneuerung in Westdeutschland, in: Einheit; herausgegeben vom ZK der SED, Nr. 2/70, S. 166

(54) Die DKP - eine neue sozialdemokratische Partei..., S. 31

(55) Thesen der KPdSU..., a.a.O., S. 21

(56) Vgl. Das Erfurter Treffen, a.a.O. S. 5

(57) Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, MEW Bd. 7, S. 98

(58) Vgl. Das Erfurter Treffen, a.a.O., S. 5

(59) Erklärung der DKP an die Bevölkerung Nordrhein Westfalens: Zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, 29. 9. 68

(60) Die Forderung nach Überführung der ÜSTRA in kommunales Eigentum der Stadt Hannover, die auch gestellt wurde, wird doch wohl niemand als sozialistische oder klassenspezifische Forderungen bezeichnen wollen, allenfalls als "fortschrittlich", oder wenn man den Sozialismus ganz mit der Post verwechselt.

(61) Vgl. den Bericht des Hannoveraner SDS in: Straßenbahnaktionen 69, Trikont, München 69

nem breiten Volksbündnis mit Bauern, Mittelstand und kleinen Unternehmern. Der Ausspruch, "die einigende Kraft" zu sein, bezieht sich schliesslich darauf, dass die DKP darauf achtet, "dass sich Aktionen radikaler Gruppen der Arbeiterklasse nicht entfernen aus dem sorgsam gehüteten Feld der Bündnispolitik". (62)

V. Demokratischer Kampf - Betrug an den Massen

Die angestrebte Breite des Bündnisses ermöglicht nur eine vage programmatische Skizzierung von allgemein demokratischen Aufgaben (63). Den Standpunkt der SED drückt Walter Ulbricht folgendermaßen aus: "In Westdeutschland steht gegenwärtig der Kampf um eine parlamentarische Demokratie (!) mit antimilitaristischem und gegen das Aufkommen des Neonazismus gerichtetem Charakter auf der Tagesordnung". (64) Die DKP ist unter der Parole angetreten: "Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft". "Unser Volk braucht eine fortschrittliche Demokratie," heisst es in der Grundsatzklärung. "Die Menschen müssen gehört und respektiert werden, sie müssen mitentscheiden können." (GE 14). Die Kritik an diesem Programm, vor allem von links, die von "reformistischem Opportunismus" (Rabehl) oder falscher Einschätzung der bürgerlichen Demokratie spricht, ist schnell zurückgewiesen. Schliesslich war auch Lenin für Reformen (Meyer) und lehrte: die Revolution entwickelt sich in Etappen (65). Eine Politik des "Alles oder Nichts" könne nicht erfolgreich sein, es gehe vielmehr um die Verbindung von Reform und Revolution. Hier werden dann die klassischen Zitate gegen den Linksradikalismus bemüht, allerdings in gewohnter, formelhafter Weise, die Marx und Lenin zum Zitatenschatz degradiert.

Wenn sich Lenin in "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" zur Frage des Kampfes um die bürgerliche Demokratie äussert, dann kann das auch gar nicht falsch sein, um gegen den "Linksradikalismus" heute zu Felde zu ziehen, z. B.: "Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig." (Lenin) (66) Wer will das bestreiten? Noch dazu im zaristischen Russland! Es käme halt darauf an, in dem Bezug auf die konkrete historische Situation damals wie heute "die leninistischen Prinzipien kommunistischer Taktik und Organisation" als "eine Konkretion des Marxismus" herauszuarbeiten (67), und nicht einfach alles herauszuschreiben, was

von Demokratie handelt. Dann kann man es sich allerdings nicht mehr so einfach machen, und in dem Gegensatz zwischen sich und den anderen einfach den zwischen Orthodoxie und Linksabweichung zu sehen, weil man jedes Zitat über die Reform verabsolutiert, und so als Rationalisierung benutzt, daß jeder, der das reformistische Programm ablehnt, zum Putschisten gemacht wird. Die (zweifelloso richtigen) Zitate, etwa daß Lenin die Kommunisten auffordere, "mit dem Kampf um Reformen solche Besserungen der Lage der Arbeiter zu erreichen, die deren Fähigkeit den Klassenkampf zu führen erhöht", (68) verschleiern nur, dass mit dem "demokratischen Kampf" anderes gemeint ist.

Dimitroff hat dagegen das Problem recht einsichtig formuliert: "Vor 15 Jahren hat uns Lenin aufgefordert", berichtet er, "unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, 'Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen'. Nachdem Dimitroff davon gesprochen hat, daß die Einheitsfrontregierung eine solche Übergangsform sein könnte, und nachdem er die 'linken' Doktrinen zurückgewiesen hat, die 'Übergangsformen' überhaupt ablehnen, fährt er fort: 'Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes 'demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive 'Zwischenstadium' nannten sie auch 'Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Überganges und des Herankommens an die 'proletarische Revolution', d. h. an den Sturz der Diktatur und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur." (69)

Die "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" ist so ein "Zwischenstadium". In der Formulierung von "Imperialismus heute" heisst das so: "Zwischen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Übergang zum Sozialismus liegt die Etappe der Erkämpfung, Errichtung und Entfaltung der gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichteten Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen, friedliebenden Kräften." (70) Das ist also nicht einfach die Verteidigung der bürgerli-

(62) Die DKP - eine neue ..., S. 32

(63) Vgl. Ursula Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt 68, S. 61

(64) Walter Ulbricht, Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970, zit. in: G. Meyer, a. a. O., S. 164

(65) Vgl. Meyer, a. a. O., S. 166 und Peter Hess, Aktuelle Bezüge der Leninschen Lehre von Klassenkampf und Revolution, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 11, Nov. 1969, S. 1614

(66) Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie, AW Bd. 1, S. 559, zit. v. Roland Lang in: Rote Korrespondenz 9, Bemerkungen über eine neue Form des Antikommunismus, Langs Artikel ist ein Musterbeispiel des heruntergekommenen

"Leninismus", der seine Theorielosigkeit unter heiligen Zitaten verschanzt.

(67) J. Schmiederer, Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung, in: Rotes Forum 2/70, S. 18

(68) Lenin, Brief an den Nordbund, Werke Bd. 6, S. 161, zit. bei G. Meyer, a. a. O., S. 166, vgl. auch: Spätkapitalismus ..., S. 322

(69) Dimitroff, a. a. O., S. 86
Wahrscheinlich ist diese Einsicht Dimitroffs einfach der noch erhaltenen revolutionären Rhetorik zu danken.

(70) Imperialismus Heute, S. 727

chen Demokratie, um dem Proletariat günstige Kampfbedingungen zu erhalten. Zwar "erstrebt" die DKP "diese Umgestaltung auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte" (GE 22), aber, erklären die Verfasser von "Spätkapitalismus ohne Perspektive", "sowohl Marxisten als auch Vertreter der demokratischen Opposition erkennen, dass der Kampf um Demokratie nicht einfach Verwirklichung des Grundgesetzes in seiner früheren Fassung bedeuten kann". (71) Der DKP geht es vielmehr um "reale politische Demokratie" (GE 33) oder um eine "reale fortschrittliche Demokratie" (GE 22) oder um eine "reale Demokratie für das Volk" (GE 29). In "Imperialismus Heute" handelt es sich um ein "neue Demokratie", wobei mit deren "Entfaltung" der Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen, friedliebenden Kräfte allmählich in die sozialistische Etappe der Revolution hinüberwachsen wird. (72)

War man vielleicht bisher der Meinung, etwa nach einiger Leninlektüre, daß der Charakter der Demokratie eine Klassenfrage ist, d.h. dass es sich entweder um eine bürgerliche oder proletarische Demokratie handelt, so werden wir jetzt eines besseren belehrt. Konnte Lenin als "revolutionärer Marxist", wie er selbst sagt, sich noch mit aller Schärfe gegen die Opportunisten wenden, die "sich dem bürgerlichen Parlamentarismus anpaßten, den bürgerlichen Charakter der heutigen Demokratie verschwiegen und nur ihre Erweiterung, ihre restlose Durchführung forderten" (73), so geht es heute aber der DKP um die "Erweiterung und den Ausbau der demokratischen Rechte des Volkes", was "schliesslich die Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und aller Werktätigen" nach sich ziehen soll (GE 30). Lenin forderte die "Erweiterung der bürgerlichen Demokratie, um die Massen zur Revolution vorzubereiten", (74) (wie es mitunter auch richtig zitiert wird), und das deshalb weil er wusste, daß "Börse und Bankiers sich die bürgerlichen Parlamente umso vollständiger unterwerfen, je stärker die Demokratie entwickelt ist", daß "in der bürgerlichen Demokratie die Massen durch Tausende von Kniffen der Kapitalisten, die umso geschickter sind und umso sicherer wirken, je entwickelter die "reine" Demokratie ist, von der Teilnahme an der Regierung, von der Versammlungs- und Pressefreiheit usw. abgedrängt" werden. "Daraus folgt nicht, daß man den bürgerlichen Parlamentarismus nicht ausnutzen soll", sagt Lenin weiter, und darauf stürzen sich die Opportunisten aller Länder und exzerpieren auch fleissig die "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie", weil Lenin da ganz zeitgemäß von der demokratischen Revolution abhandelt, "daraus folgt aber" fährt Lenin fort, "daß nur ein Liberaler die historische Beschränktheit und Bedingtheit des bürgerlichen Parlamentarismus vergessen kann." (75)

Die DKP erstrebt die "Umwandlung des Parlaments aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ des Volksinteresses", sie ist für eine "veränderte Zusammensetzung

des Parlaments"; auf dem Weg dahin erscheinen ihr sogar sogenannte "gesellschaftliche Fachausschüsse beim Bundestag, bei den Landtagen und Ministerien, ... deren Mitglieder von den Gewerkschaften und anderen demokratischen Vereinigungen delegiert werden", geeignet, dem "Volk Einfluss auf die Gesetzesentscheidung" zu verschaffen. (GE 22 f) Daß das alles möglich ist, gehört offenbar zu der "Besonderheit des revolutionären Prozesses in industriell hochentwickelten Ländern unter den ... Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus". (76) Das "reaktionäre Monopolkapital" hat ein "breites Bündnis demokratischer Volkskräfte" gegen sich, die die fortschrittliche Entwicklung wollen. Das spätkapitalistische System ist unfähig, "die sozialen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen". (GE 45) Sie zu lösen ist die Aufgabe vieler, aller die den Fortschritt wollen, wobei die Arbeiterklasse ihn irgendwie am konsequentesten will.

Die "reale", die "fortschrittliche" Demokratie hat keinen Klasseninhalt mehr, sie ist halt Demokratie, und was für welche. Worin besteht sie nun eigentlich, diese Demokratie? Zuerst einmal in einer ganzen Reihe von bürgerlich-demokratischen Einzelforderungen, die es jedem recht machen wollen, aber deren Erfüllung durchaus geeignet sein kann, die Kampfbedingungen des Proletariats zu verbessern, etwa in der Formel: "Volle Wiederherstellung und Anwendung der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Grundrechte für alle Bürger." (GE 32) Aber die "reale", die "fortschrittliche" Demokratie ist ja mehr: "Die demokratische Erneuerung bedeutet ... die Einschränkung der Macht des Monopolkapitals und ihre schließliche Überwindung, die Umwandlung der Bundesrepublik in eine reale, fortschrittliche Demokratie." (GE 21 f). "Das sind Aufgaben von riesigem Umfang", staunt Gerhard Meyer

(71) Spätkapitalismus..., S. 321

(72) Imperialismus Heute, S. 727 f

(73) Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Gegen den Revisionismus, S. 415

(74) ibid.

(75) Lenin, ebda, S. 382

(76) Imperialismus Heute, a.a.O., S. 728

von der SED nicht ganz zu Unrecht (a.a.O. 167). Denn wir erkennen unter dem so beliebten tautologischen Wortgeklänge, daß die reale Demokratie nichts weniger bedeutet als die "Überwindung der Macht des Monopolkapitals". Und nun begreifen wir, daß hier Einiges durcheinander geraten ist. Die DKP schlägt vor, den Kampf für drei grundlegende gesellschaftspolitische Umgestaltungen in der Wirtschaft aufzunehmen, weil der "Kampf um reale politische Demokratie untrennbar verbunden" sei mit dem "Kampf für tiefgreifende demokratische Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet". (GE 33 f) Diese drei Umgestaltungen sind: 1. Mitbestimmung und demokratische Kontrolle auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens als "Waffe zur Einschränkung der Macht des Großkapitals", 2. demokratische Wirtschaftsplanung im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und 3. Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum. Schauen wir uns mal an, was das alles ist: "In öffentliches Eigentum zu überführen sind alle Unternehmen der Rüstungs- und Atomwirtschaft, die Großkonzerne der Chemie, Erdöl, Kohle- und Stahlindustrie, des Fahrzeug- und Flugzeugbaus, der Elektroindustrie, der Elektronik und Datenverarbeitung, die Großbanken und großen Versicherungen, die amerikanischen und anderen ausländischen Konzernunternehmen in der Bundesrepublik." (GE 36 f) "Das sind Aufgaben von riesigem Umfang" sagt SED-Mitglied Gerhard Meyer. Wie aber sollen sie gelöst werden? Die Überführung der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum fordert die DKP "auf der Grundlage der Artikel 14 und 15 GG und entsprechender Bestimmungen der Landesverfassungen."

Man wird zugeben, daß vorher die Umwandlung des Parlaments "aus einem Organ des Großbesitzes zu einem Organ des Volkswillens" stattgefunden haben muß (und einiges mehr). Jetzt soll der Einfluss der Monopole zurückgedrängt werden. Statt dem Großkapital die Reproduktionsbedingungen zu sichern, beginnt der Staat sie zu beschneiden. Er stellt zum Beispiel "ausreichend finanzielle Mittel" bereit für "die materielle Gewährleistung der Unabhängigkeit der Hochschulen" (GE 43); "Schutz der bäuerlichen Betriebe", "Unterstützung der Forderungen der Handwerker, Einzelhändler, Gewerbetreibenden und Kleinunternehmer ... im Kampf gegen das Großkapital, die Verbesserung der Sozialrenten, Vergrößerung des Anteils der Arbeitenden am Sozialprodukt, Stabilisierung der Preise" etc. etc., dies alles soll geschehen "auf Kosten der Profite der Großunternehmen". Die "ökonomische Grundlage" wiederum dieser "demokratischen Wirtschaftspolitik" ist laut Grundsatzerklärung die Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum, weil dann die Wirtschaftspolitik "vom Druck privatkapitalistischer Konzerngruppen frei ist" (GE 36). Das ist ein unglaublicher Schlamassel. Einmal soll die demokratische Politik die Macht der Monopole zurückdrängen, das andere Mal ist deren Enteignung die materielle Basis für diese demokratische Politik. Das, was mal die Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf der

Arbeiterklasse war, ist verballhornt zu einem schlichten Zirkel, wo das eine sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis des anderen ist.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus sind alle objektiven Bedingungen reif für den Sozialismus, so sagen sie. Tatsächlich, wenn die kapitalistische Produktionsweise so zur Fessel der Produktivkräfte geworden ist, dann ist die Befreiung der größten Produktivkraft, der revolutionären Klasse, ein objektives Erfordernis, d.h. das Privateigentum an den Produktionsmitteln muß aufgehoben werden, und zwar so, dass die freie Entwicklung der Individualitäten zum Maß des wirklichen Reichtums wird und nicht die unbezahlte Arbeitszeit. (77) Was aber die DKP mit ihrer demokratischen Wirtschaftspolitik anbietet, soll weder eine kapitalistische Wirtschaft sein (die würde auch so nicht funktionieren), noch ist sie eine sozialistische, sondern sie ist halt eine demokratische Wirtschaft, und die große Mehrheit ist dafür, eben weil sie's ist, demokratisch. Und so steht hinter der "demokratischen Wirtschaftspolitik" das altbekannte Gesicht der "Wirtschaftsdemokratie", was auch wiederum nur die Maske des platten bürgerlichen Reformismus für den Fortschritt des - Kapitalismus ist.

In den marxistischen Lehrbriefen, die zu Zwecken der Schulung herausgegeben werden, wird zwar beteuert: "Das Ziel der Marxisten kann nie sein, die monopolkapitalistische Ordnung zum bestmöglichen Funktionieren zu bringen", gleichzeitig aber erklären sie entgegen allem revolutionären Vokabular, daß in einer "demokratischen Wirtschaftsplanung" als Alternative zur "staatsmonopolistischen Regulierung" "eine höhere Besteuerung des Profits und eine Offenlegung der Bilanzen der Wirtschaft der Bundesrepublik echte (!) Stabilität verleihen (würde)". (78)

Das DKP-Programm reproduziert in diesem Zusammenhang auch alle klassischen Zutaten des Revisionismus, wie etwa die relative Selbständigkeit des Staates (79). Die politische Macht des Großkapitals begründet sie etwa nicht aus einer Analyse der Staatsfunktionen überhaupt zur (wenn auch in sich widersprüchlichen) Durchsetzung des Gesamtinteresses des ideellen Gesamtkapitalisten, sondern soziologisch schlicht daraus, dass das Großkapital seine "Beauftragten in Parteien und Parlamenten" sitzen hat, daß es "vor allem durch die Unternehmensverbände ... immer vollständiger" seinen "Einfluß auf die staatliche Exekutive ausübt". Das ist beste bürgerliche Politologie.

Allerdings hat sich die DKP gegenüber dem klassischen Reformismus ein Stück revolutionärer Programmatik bewahrt: Zwar will sie den "gesetzlichen Reformweg" (Luxemburg) einschlagen, aber nicht ohne die - freilich demokratische - Aktion der Massen. "Der Weg zur Lösung der Lebensfragen unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft führt nur über die Entfaltung der politischen Aktivität der arbeitenden Massen." (GE 21) Wenn wir uns aber anschauen, was Ziel dieser demokratischen Erneuerung ist, die "nur durch das Volk selbst

tigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?, S.12

(77) Vgl. Hess, a.a.O., S. 1604

(78) Marxistische Lehrbriefe, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, Serie A, Nr.5, Was lehrt der Marxismus über den Staat, S. 14 und: Serie B, Nr.7, Warum gibt es auch im heu-

(79) Wolfgang Müller und Christel Neustiss, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: SoPo 6/7, S.4

errungen werden" kann, wie es in der Grundsatzklärung heißt, dann zeigt das schon, wie mechanisch Bewegung und Ziel getrennt sind. Die Selbsttätigkeit, die revolutionäre Aktion der Massen hat keinen Platz in einem System der "demokratischen Wirtschaftspolitik", daß auf "schrittweise Eroberung" der Institutionen ausgerichtet ist, und der Sozialismus sich als objektive Notwendigkeit, in die man, wenn's hoch kommt, Einsicht hat, durchsetzt. Die Massen können nur eingesetzt werden von einer Partei, die ihr Wissen um die Entwicklung zum Sozialismus woanders her hat, die gerade nicht aus dem Kampf der Massen schöpft, sich nicht in seiner Führung legitimiert, sondern Bewusstsein wie die nächsten Schritte und längerfristigen Ziele vorschreibt und als solche schon eingeplant hat in ihren Stufenplan der Umwälzung.

VI. Bündnis und Klassenstandpunkt - das Problem der Verteidigung der sozialistischen Staaten

Der bloße Vorwurf des Revisionismus an die Adresse der DKP reicht nicht aus. Wenn diese Partei heute in ihrem Programm die Platteiten des klassischen Reformismus wiederholt, gleichzeitig aber diese seltsame Mischung anbietet, mit der sie "reformistische, opportunistische, sozialdemokratische und revolutionäre Ansätze zu vereinen sucht" (80), so ist das nicht allein zu erklären als Rechtfertigungsideologie einer bestimmten reformistischen Anpassung der Partei an die scheinbar stabilisierten Herrschaftsverhältnisse des Imperialismus in Westdeutschland, die Rationalisierung "enthält außerdem noch Elemente der Rechtfertigungsideologie der Politik der sozialistischen Länder" (81) und zwar sowohl, was den Aufbau des Sozialismus als auch die daraus resultierenden Fragen des Verhältnisses zu den kapitalistischen Ländern, der friedlichen Koexistenz angeht.

Bei der "Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien" in Moskau 1969 wurden die drei Hauptströmungen der internationalen Revolution hervorgehoben: Das sozialistische Weltsystem, der Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und die Befreiungsbewegungen der unterentwickelt gehaltenen Länder. (82) Die Einheit dieses weltweiten Kampfes ist eine der Hauptthesen des Leninismus. Mit Berufung auf Lenin wird auch heute jede Kritik zurückgewiesen, die Gegensätze zwischen dem heutigen politischen Interesse der sozialistischen Staaten und den Erfordernissen des Kampfes und der antiimperialistischen nationalen Befreiungskämpfe sehen. Tatsächlich entspricht die Politik der an Marx und Moskau orientierten Genossen

nicht dieser Einheit des Kampfes, sie kann das nur mühsam vortäuschen, was nicht immer gelingt. Die Auseinandersetzungen zwischen den russischen und chinesischen Kommunisten, die Konflikte aus Anlass der CSSR-Frage, aber auch der chronische Mißerfolg der Volksfrontbewegung sind Symptome dafür. Wir werden andeutungsweise versuchen zu zeigen, woran das liegt (83).

"Das sozialistische Weltsystem ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf" heißt es in dem Hauptdokument der Internationalen Beratung (84). Lenin selbst hat die Bedeutung des Sieges der Oktoberrevolution immer hervorgehoben und den Zusammenhang mit der internationalen Revolution betont. "Der Bolschewismus", sagt Lenin, "hat in der Tat die Entwicklung der proletarischen Revolution in Europa und Amerika so stark gefördert, wie bisher keine einzige Partei in irgendeinem Land vermochte". Und: "Die Massen der unterdrückten Klassen, die klassenbewussten und ehrlichen Führer aus den Reihen der revolutionären Proletarier werden für uns sein. Es genügt, diese Proletarier und diese Massen mit unserer Sowjetverfassung bekannt zu machen, und sie werden sofort sagen: Das sind wirklich unsere Leute, das dort ist die richtige Arbeiterpartei, die richtige Arbeiterregierung." (85) Peter Hess vom DWI, der noch am besten das revolutionäre anstelle des reformistischen Vokabulars beherrscht, schließt an ähnliche Äußerungen Lenins an: "... Jede Nachricht, jeder kleinste Bericht über unsere Revolution, jeder Name wird von dem Proletariat mit einem Beifallsturm begrüßt, weil es weiß, daß in Russland an der gemeinsamen Sache gearbeitet wird, der Sache des Aufstandes des Proletariats, der internationalen sozialistischen Revolution". (86)

Heute zittern die DKP-Genossen mit Vorliebe und als Legitimation diejenigen Sätze von Lenin, die von der Relevanz der, wie es heute heißt, "Ökonomie als Feld des Systemkampfes" handeln, wobei sie die Bedeutung der "vollen Befreiung der Arbeiter" (Lenin) unterschlagen zugunsten einer platten Vorstellung von den Vorzügen des sozialistischen Systems. Von der Sowjetmacht bleibt die Elektrifizierung. So endet das dann damit: "Der Beitrag des sozialistischen Weltsystems zur gemeinsamen Sache der antiimperialistischen Kräfte wird vor allem durch seine wachsende wirtschaftliche Macht bestimmt." (87) Aus der internationalen Revolution wird die "gemeinsame Sache der antiimperialistischen Kräfte". Hess kratzt die Kurve vom revolutionären Vokabular zur reformistischen Politik dadurch, daß er an Stelle von Sowjetmacht, die bei Lenin Synonym für Befreiung war, "sozialistisches Weltsystem" setzt, ohne zu reflektieren, welche bedeutenden Änderungen sich gerade dadurch ergeben haben, daß die sozialistischen Länder sich gegen einen nach dem

(80) Die DKP - eine neue sozialdemokratische Partei, a.a.O., S. 77

(81) ebda, S. 75

(82) Vgl. den Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern 4/69 und Hess, a.a.O., S. 1601

(83) Eigentlich erfordert die Behandlung dieser Frage eine genauere Analyse der spezifischen Form des Aufbaus des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern, die hier nicht

geleistet wird; was folgt ist unter dieser Einschränkung zu sehen.

(84) Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern 4/69, S. 11

(85) Lenin, Die proletarische ..., a.a.O., S. 428 und S. 414

(86) Lenin, Werke Bd. 26, S. 471 zit. nach Hess, a.a.O., S. 1619

(87) Vgl. Sonderdruck zu den Marxistischen Blättern, 4/69

2. Weltkrieg stabilisierenden Imperialismus zu verteidigen hatten, und daß das "sozialistische Weltsystem" zumindest in Osteuropa eher Ergebnis des 2. Weltkrieges als der internationalen Revolution war. Darauf werden wir gleich zurückkommen. Festzuhalten bleibt, daß Lenin gerade auch dann, wenn er von der Bedeutung des wirtschaftlichen Aufbaus sprach, das immer in Einheit gesehen hat mit der "vollständigen Befreiung des Proletariats", so 1921: "Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus. Auf die russische Sowjetrepublik sind die Augen aller gerichtet, aller Werktätigen in allen Ländern der Welt ohne jede Ausnahme und ohne jede Übertreibung. Das haben wir erreicht. Die Kapitalisten können nichts mehr totscheiden oder verheimlichen, deshalb greifen sie mit Vorliebe unsere wirtschaftlichen Fehler und unsere Schwächen auf. Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen." (88) Warum sind die Augen aller Werktätigen ohne jede Ausnahme auf die Sowjetrepublik gerichtet, trotz deren Fehler und Schwächen? Weil, erklärt uns Lenin, "der Bolschewismus ... die Idee der Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt popularisiert ... und an dem Beispiel der Sowjetmacht gezeigt (hat), dass die Arbeiter und die armen Bauern sogar eines rückständigen Landes ... imstande waren, inmitten gigantischer Schwierigkeiten, im Kampfe gegen die (von der Bourgeoisie der ganzen Welt unterstützten) Ausbeuter die Macht der Werktätigen zu wahren, eine ungleich höhere und breitere Demokratie als alle früheren Demokratien der Welt zu schaffen und mit der schöpferischen Arbeit Dutzender Millionen von Arbeitern und Bauern die praktische Verwirklichung des Sozialismus zu beginnen." (89) Das ist klar genug, als daß mit diesen Zitaten Schindluder getrieben werden kann, wie das immer wieder versucht wird.

Andererseits können und wollen die Kommunisten Moskauer Richtung nicht zugeben, daß das nicht mehr der Fall ist, was Lenin hier beschreibt. Da der Sozialismus - aus welchen Gründen auch immer - seine politische Anziehungskraft vorerst verloren zu haben scheint, setzen sie auf die ökonomische. Wenn dazu der staatsmonopolistische Kapitalismus fast ausschließlich dadurch charakterisiert wird, daß er die Entwicklung der Produktivkräfte fesselt, daß er unfähig ist, "Lebensfragen unseres Volkes", "die sozialen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen" (GE), dann wird der Sozialismus zu einem System der optimalen Anpassung an den Stand der Produktivkräfte, an die Erfordernisse der wissenschaftlich technischen Revolution. Dann führt die Aufgabe, die kapitalistischen Länder in der Produktion zu überholen, zu der letzten Entscheidung und zum tatsächlichen Beweis "der objektiven Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft". (90) Die sozialistische Gesellschaft ist demnach imstande, "vollauf den objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte Rechnung zu tragen", im Gegensatz zum Monopolkapital, das "seiner ganzen Natur nach", wegen "Profit- und Macht-

strebens", nicht fähig ist, diesen Anforderungen nachzukommen. In den Begriffen des "Systemkampfes", wie er von den kommunistischen und Arbeiterparteien Moskauer Prägung verwandt wird, werden wesentliche Inhalte des Sozialismus fallen gelassen. Nicht zufällig erscheinen dann Befreiung und Emanzipation des Menschen von den blindwütigen Gesetzen kapitalistischer Produktionsweise in den traditionellen ideologischen Ausdrücken des Bürgerrechts. Die Krisenfreiheit des sozialistischen Systems im Gegensatz zur chronischen Strukturkrise des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird zum hauptsächlichsten propagandistischen Vorteil. "Beständiges Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit" erklärt die DKP zu den Vorzügen dieses Systems (Erklärung zur Neukonstituierung... 29. 9. 68). Der Sozialismus wird den Massen angeboten und nicht als Ziel ihres eigenen Kampfes propagiert.

Tatsächlich ist die soziale Sicherheit offensichtlich im Augenblick der einzige Vorteil der sozialistischen Länder, in denen noch Lohnarbeit existiert, der Mehrwert aber zentral verteilt wird, d.h. auch dort noch weiter ohne Stagnation produziert werden kann, wo es nicht mehr "rentabel" ist. (91) Ob das nun mit allen seinen politischen Folgen wirklich objektiven Notwendigkeiten entspricht, mag dahingestellt bleiben. Die opportunistische Abweichung findet jedenfalls da ihren Ausdruck, wo die Fehler wegrationalisiert werden, wo "aus der Not eine Tugend" gemacht wird. In der Verteidigung der sozialistischen Staaten können DDR-Genossen bis zu den Straßenbahnfahrpreisen hinabsteigen, und merken nicht, wenn sie an äußerlichen Erscheinungen hängen bleiben, daß sie gerade der Arbeiterklasse die Diskrepanz zwischen der Realität und auch den Zwängen, denen die sozialistischen Länder unterworfen sind, einerseits und den "lichten Höhen des Kommunismus", zu denen die Sowjetunion jetzt aufsteigt, (91a) andererseits nicht mehr erklären können. Lenin konnte ungeniert vom "Staatskapitalismus" reden, weil er (noch) der Sowjetmacht vertrauen konnte. Heute führt die opportunistische Auffassung vom Sicherheitsbedürfnis der sozialistischen Länder dazu, daß die Sozialisten dem Sicherheitsbedürfnis des Kapitals erliegen.

Die mögliche Macht der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat sich durch die Monopolisierung erheblich erhöht. Allein durch die Verflechtung der Produktion kommen heute Kampfmaßnahmen in einzelnen Branchen verstärkte Bedeutung zu. Die Zahl der Lohnabhängigen hat sich weiter erhöht. Von ihrer Arbeit und Disziplin hängt die Fortexistenz der Gesellschaft ab, bei gleichzeitig spürbarer Labilität des Kapitalismus. In der bürgerlichen Ideologie spiegelt sich das als extremes Sicherheitsbedürfnis wider. In der Furcht von den Konsequenzen der sozialen Umwälzung verzichten Arbeiterparteien und Gewerkschaften nicht nur auf die Perspektive der Revolution, sondern sogar auf Sozialisierung und Verstaatlichung, vor allem aber auf die Führung des konsequenten ökonomischen Kampfes. Im Bewußtsein der Unterdrückten wird

(88) Lenin, Rede bei der Schließung der gesamtrussischen Konferenz der KPR (B) in: Werke Bd. 32, S. 457 f

(89) Lenin, Die proletarische ..., a.a.O., S. 428

(90) Spätkapitalismus..., S. 29; vgl. auch S. 395 f

(91) Paul Mattick, Kritik an Herbert Marcuse, Frankfurt 1969, S. 47

(91a) vgl. Vorwort des Verlages zu Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin (Dietz) 1968

das Verlangen nach Freiheit in das Verlangen nach Sicherheit und schließlich nach Ordnung pervertiert.

Die DKP konserviert dieses Sicherheitsbedürfnis, indem sie es ihrer Strategie zugrundelegt, vereinigt mit dem Sicherheitsbedürfnis der sozialistischen Staaten. Dies wiederum entspringt aus der Bedrohung durch den Imperialismus, aber auch aus dem Bedürfnis der Bürokratie, das sozialistische System auf dem gegenwärtigen Stand politisch zu konservieren, weiter auf Basis der Lohnarbeit ausreichend zu akkumulieren. Zum anderen gerät diese Politik in Gefahr, die Herrschaft des Kapitals reformistisch zu stärken. Das Hinausschieben von Krisen im Monopolkapitalismus ist im wesentlichen angewiesen auf eine Befriedungspolitik gegenüber der durch Niederlagen geschwächten Arbeiterklasse. Eine reformistische Politik ist daher gerade nicht geeignet, dies (die anhaltende "Labilität") zu durchbrechen, deren Anhalten im wesentlichen gerade auf das Zusammenspiel von Befriedung und Reformismus beruht. (92)

Die DKP kann aber nicht den traditionellen Weg des Reformismus gehen, zum endgültigen Aufgeben des sozialistischen Zieles (93), daran wird sie tatsächlich durch die Solidarität mit dem Aufbau des Sozialismus in den Staaten, die sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden, gehindert (94). Wie sehr aber eine verballhornte Geschichte dieses Aufbaus zur Rechtfertigungsideologie der Politik der westeuropäischen KP's werden kann, läßt sich zeigen anhand der Rolle, die das Beispiel DDR für die Bundesrepublik spielen soll. "Eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus", beteuert die DKP (Erklärung ... 29.9.68), "ist infolge der andersgearteten historischen Situation und der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der BRD ausgeschlossen." (Vgl. auch GE 47) Gleichwohl wird das Beispiel DDR gerade dann herangezogen, wenn es darum geht, die Möglichkeit des friedlichen Weges des Etappenmodells der antifaschistisch-demokratischen und schließlich sozialistischen Revolution zu beweisen. "Der Kampf um Demokratie in Westdeutschland (wird) ... viele Analogien zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung (in der DDR) aufweisen", heißt es in "Imperialismus Heute" (S. 718); zwar könne die Entwicklung in Westdeutschland keine Kopie dieses Weges sein, "aber wesentliche Grundinhalte werden identisch sein", von daher ergebe sich auch die "grundsätzliche Bedeutung" und der wachsende Einfluss des Beispiels der DDR (95). Es wird völlig wegrationalisiert, daß die faschistische Staatsmacht in Ostdeutschland durch die Rote Armee nun aber so gründlich zerschlagen worden ist, wie kaum durch eine Revolution, und daß die Rote Armee streckenweise allein der Garant zur Verhinderung der Konterrevolution gewesen ist.

Die Einheit der drei Hauptströmungen des Opportunismus, beim Aufbau der sozialistischen Länder, bei der Anpassung an den bürgerlichen Parlamentarismus und gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen ist nicht herstellbar.

Liegt schon in der Dominanz des breiten Bündnisses der demo-

kratischen Volkskräfte vor dem Kampf der Arbeiterklasse - was eine schlichte Umkehrung des marxischen Verhältnisses von Klassenkampf und Interesse der Gesamtbewegung ist - die permanente Möglichkeit der Sprengung dieses Bündnisses durch die entwickelten Klassenkämpfe selber (etwa durch militante Verteidigung eines Streiks), so erst recht dann, wenn der "Klassenstandpunkt" seine Inhalte erhält durch die sich in Formen klassischer Machtpolitik abspielende Verteidigung der sozialistischen Länder. (Die DKP fordert die Verbesserung der Beziehungen zur "Weltmacht Sowjetunion"). "Die Breite der Bewegung (der antiimperialistischen Volkskräfte) (wird) immer wieder gegensätzliche Auffassungen in Details zutage fördern", hatten die Verfasser von "Spätkapitalismus ohne Perspektive" geschrieben. In der Frage der "Hilfsaktion der sozialistischen Länder für die CSSR" sind sie aber gezwungen, auf einem "klaren Klassenstandpunkt" als Grundlage dieses Bündnisses zu bestehen, was die ganze Sache sowieso schon ad absurdum führt, und noch dazu ein Klassenstandpunkt ist, dessen "Klarheit" sich an einer Frage beweisen soll, in der die Klassenauseinandersetzungen bereits durch zwischenstaatliche Beziehungen überlagert sind. "Linkssektiererische und reformistische Strömungen", heißt es dort weiter, bewiesen "ein tiefes Unverständnis für die Funktionen der Arbeiterklasse, ihrer Partei und ihrer staatlichen Machtorgane." (S. 326) Die Argumentation ist geradezu grotesk. Dieses "Unverständnis" der "antiimperialistischen Kräfte" kann von den Verfassern gar nicht mehr erklärt werden und gerät ihnen unter der Hand zur "Verleumdung des Sozialismus" und zu "antikommunistischen Positionen", obwohl es doch die einsichtigste Sache von der Welt ist, daß sich ein breites Bündnis demokratischer Kräfte gerade etwa an der Frage der Diktatur des Proletariats spaltet, eben weil sie eine Klassenfrage ist. Dafür kann das breite Bündnis auch nicht angestrebt werden. Diese Unterscheidungen sind der ganze Inhalt der Bündnispolitik, daß man nämlich sowohl die reformistischen Teile der Arbeiterbewegung als auch demokratisch eingestellte Teile der Bourgeoisie für ganz bestimmte Etappenziele, die an die Revolution heranführen, gewinnen kann, mehr nicht.

Was als breites Bündnis angeboten wird, ist - wie sich herausstellt - ein Parteiladen. Aber dieser Parteiladen ist nicht der der Arbeiterklasse, schon deshalb, weil er sich als breites Bündnis gibt.

Scheint es vielleicht erst so, daß die DKP in guter Tradition des Reformismus an die Stelle des Kampfes zum Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats den Kampf der demokratischen Kräfte letztlich nur um Reformen setzt, so ist es eher so, daß sie an dessen Stelle die opportunistische Verteidigung der sozialistischen Staaten setzt und zwar so, daß das in den internationalen Beziehungen zum Aufgeben des Klassenstandpunkts und zum prinzipienlosen Paktieren führt. Diese opportunistische Verteidigung des Opportunismus in den sozialistischen Ländern führt zu Widersprüchen, die die ganze Politik sprengt. Die KPF hat nach der CSSR-Okkupation lange daran laboriert.

(92) Vgl. Wolfgang Müller, Christel Neustüss, a.a.O., S.19

(93) a.a.O., S.4 f

(94) Elmar Altvater, Christel Neustüss, a.a.O., S.19

(95) Vgl. auch: Spätkapitalismus ..., S.326 wo diese These wiederholt wird.

Sie hatte sich der Bourgeoisie schon soweit angebedient, daß sie sich deshalb nicht mehr traute, den CSSR-Einmarsch zu verteidigen, und sah sich dann doch gezwungen, auf Moskau-Linie einzuschwenken.

Was erst wie ein Anhängen an bestehendes Bewusstsein in der Arbeiterklasse und "breiten Schichten des Volkes" sich ausmachte, ist in Wirklichkeit der Versuch, ihnen ein solches Bewusstsein vorzuschreiben. Die Volksfrontpolitik muß scheitern, und zwar in jeder Hinsicht, schon weil diese Volksfront auch nie zustande kommt. So schließt die DKP permanent Bündnisse mit sich selbst oder mit vereinzelt notorischen Friedensfreunden. "In den Arbeiterorganisationen der Bundesrepublik tauchen vielerorts Forderungen nach

'Überführung der entscheidenden Großkonzerne ... in ... öffentliches Eigentum' auf", frohlockt Gerhard Meyer von der SED (S.168), und der Fußnote entnehmen wir, daß er eine Erklärung des DKP-Parteivorstandes zitiert hat. Mit dieser Politik kann die DKP nicht die bürgerlichen reformistischen Kräfte gewinnen, wie sie gerne möchte, und auch nicht die Arbeiterklasse, schon gar nicht für die Revolution.

In der Grundsatzerklärung heisst es (GE 59): "Die Lehren eines mehr als hundertjährigen Kampfes der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der Nachkriegsentwicklung zeigen, daß die Arbeiter und alle Werktätigen der Bundesrepublik eine revolutionäre Arbeiterpartei brauchen."

Das ist zweifellos richtig.

Dietrich Hildebrandt

KAB - ARBEITERZEITUNG

Die KAB - ARBEITERZEITUNG erscheint jeweils in der ersten Hälfte des Monats. Preis pro Heft 0,70 DM incl. Porto. Halbjahresabonnement 4,20 DM. Die Themen der letzten Hefte:

Nr. 7 (Juni): Verschärfte Angriffe auf die Arbeiterklasse (BVG, Lohnleitlinien, Regierungsmaßnahmen) / Zur Gewerkschaftsfrage / Was ist Ökonomismus? / Die DKP auf dem Wege des Ökonomismus und Reformismus / Was ist los mit der Mitbestimmung?

Nr. 8 (Juli): Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß (Zum Verlauf des Chemie - Tarifikampfes) / Sieg im Volkskrieg und "politische Lösung" / Mitbestimmung (2. Teil)

Nr. 9 (August): Petra Schelm, Opfer einer Notstandsübung / Zur Kritik der Rote Armee Fraktion (RAF) / 15 Jahre KPD - Verbot / Arbeitspapier von 11 kommunistischen Gruppen und Organisationen zum einheitlichen Vorgehen in der Metall - Tarif - Auseinandersetzung / Zur Diskussion um das Arbeitspapier

Ernst Thälmann Über Gewerkschaften

Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI

Das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale fand vom 3. bis 19. Juli in Moskau statt.

Ernst Thälmann hielt ein Referat über "Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien". Das Koreferat hielt Losowski über "Der ökonomische Kampf und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien".

Thälmann zeigte in seinem Referat, welche Aufgaben die Zuspitzung der Klassenkämpfe stellte: den Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften. Den Plänen zur Gründung neuer "revolutionärer" Gewerkschaften in Deutschland erteilte Ernst Thälmann eine Absage: gerade der Kurs der Reformisten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordere im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer durch die Kommunisten, um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Ernst Thälmann wies hin auf die Notwendigkeit eines selbständigen Auftretens der Kommunistischen Parteien bei der Führung ökonomischer Kämpfe, in der Streikbewegung und bei den Betriebsrätewahlen.

Ernst Thälmann erweist sich auch in seinen Beiträgen auf dem 10. Plenum des EKKI als unermüdlicher Kämpfer für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, als prinzipienfester Verteidiger des Marxismus - Lenismus gegen alle rechts- und "links" opportunistischen Verfälscher.

Ernst Thälmann hat bei anderer Gelegenheit festgestellt, daß die Gewerkschaftsfrage für die Kommunistischen Parteien der "Knotenpunkt aller politischen Probleme" ist. "Die Gewerkschaftsfrage ist die Grundlage unserer Taktik. Durch sie wird das Verhältnis von Partei und Klasse entschieden, das Verhältnis unserer Partei zur deutschen Arbeiterklasse." (Referat auf dem 10. Parteitag der KPD, Juli 1925).

Die Erkenntnis der Notwendigkeit und Aktualität eines solchen Herangehens an die Gewerkschaftsfrage gewinnt gegenwärtig bei den Kommunisten an Boden. Im Rahmen umfassenderer Arbeiten haben wir uns zur Herausgabe dieser Schrift entschlossen.

106 S. A5 kart. 3,- DM

Hermann Remmele Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

100 S. A5 kart. 3,- DM

Nachdruck aus "Die Internationale", "Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus" der KPD, Frühjahr 1930.

Hermann Remmele (1880 - 1939), Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, Abgeordneter im Reichstag, Vorsitzender des Kampfbundes gegen den Faschismus, Mitglied des Präsidiums des EKKI, 1935 aus der KPD ausgeschlossen.

Die Schrift "Schritt halten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?" wurde von Hermann Remmele in der Zeitschrift "Die Internationale" ab Heft 5, Anfang März im Jahre 1930 veröffentlicht.

Sie wurde im Auftrag des ZK der KPD im Kampf gegen die sektiererische Politik der Gruppe um Merker erstellt, der dann aus dem ZK ausgeschlossen wurde. Die Merker - Gruppe wollte die SPD zum "Hauptfeind" erklären.

Während dieser Artikelserie - am 27. 3. 30 - wurde der sozialdemokratischen Hermann - Müller - Regierung von der Kapitalistenklasse ein Fußtritt versetzt, nachdem sie durch die SPD - Regierung die Young - Gesetze hatte verabschieden lassen.

Ausgehend vom Kampf gegen die linkssektiererische Merker - Gruppe wird im Remmele - Artikel die Bedeutung des Kampfes gegen jede Art des Opportunismus prinzipiell aufgezeigt und dem Opportunismus die Aufgaben der Kommunisten entgegengehalten.

Obwohl sich die Rolle der SPD grundsätzlich nicht geändert hat, und die geschichtliche Entwicklung nach 1933 zur völligen Zerschlagung der Arbeiterbewegung führte, versuchen heute linkssektiererische Gruppen, die "Theorien" der Merker - Gruppe noch in den Schatten zu stellen. Da die Massenkämpfe und der Aufbau der Kommunistischen Partei in der BRD erst in den Anfängen stehen, gewinnt diese Auseinandersetzung ganz besondere Bedeutung. Um den Rechtsopportunismus konsequent niederzukämpfen, ist es notwendig, das Linkssektierertum zu zerschlagen.

In dieser Situation die SPD zum Hauptfeind zu erklären bedeutete, vom konsequenten Kampf gegen die Kapitalistenklasse abzulenken, die einerseits in der Krise die SPD - Regierung vorschob, andererseits die notwendigerweise arbeiterfeindliche Politik der SPD - Regierung ausnützte, demagogisch die Verbrechen der Kapitalisten der SPD und der Gewerkschaftsführung in die Schuhe zu schieben, um so die Machtübernahme der Rechtsradikalen vorzubereiten.

Was sind die Super "Linken" und wie schaden sie der Sache des Proletariats?

Herausgegeben vom KAB und SALZ Hamburg

Eine Untersuchung über die materiellen Ursachen des kleinbürgerlichen "Links"radikalismus und Kritik an den Positionen des "Roten Morgen".

21 S. A4 1,- DM

Klassenkampf in Schweden

Übersetzung einer Analyse der Genossen vom KOMMUNISTISCHEN BUND / MARXISTEN - LENINISTEN Schwedens zur allgemeinen Entwicklung des Klassenkampfes in Schweden und dem Streik der Grubenarbeiter Nordschwedens 1969/70.

8 S. A4 -50 DM

ÜBER DIE PARTEI

Texte der schwedischen und norwegischen Marxisten - Leninisten

Übersetzungen aus schwedischen ML - Organen

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI: Referat von Bo Gustafson, Chefredakteur des theoretischen Organs des schwedischen Kommunistischen Bundes KFML. Gehalten am 28. Mai 1969 auf einem Treffen mit norwegischen Genossen in Oslo.

Diese Rede wurde in mehreren Zeitungen skandinavischer ML - Gruppen abgedruckt.

ÜBER DEN PARTEIAUFBAU: Gespräch der norwegischen Zeitung "Klassekampen" mit dem Vorsitzenden des Sozialistischen Jugendbundes SUF/ML Norwegens, Pål Steigan. Erschienen in Klassekampen Nr. 5/71.

EINHEITSFRONT UND AKTIONSEINHEIT: Artikel aus "Gnist" Nr. 2/71, dem Organ des KFML, über Fragen der Einheitsfront und Aktionseinheit.

16 S. A5 -70 DM

**Gruppe
KOMMUNISTISCHER
ARBEITERBUND
Hamburg**

**REVISIONISMUS
KRITIK**

Anschrift: Joachim Welsch, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 375 c
Postscheckkonto: J. Welsch, Hamburg 3490 22